

# DIALOG GLOBAL



**UN-Millennium-  
Entwicklungsziele –**  
Kommunale Praxisbeispiele im Dialog  
**Dokumentation**



Dialog Global

---

Heft 18

UN-Millennium-Entwicklungsziele –  
Kommunale Praxisbeispiele im Dialog

Bonn 2007

---

## **Impressum:**

Herausgeber:  
InWEnt gGmbH –  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn  
Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-1601  
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de  
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 18  
Projektleitung: Michael Marwede

Texte: Barbara Baltsch  
Redaktion: Barbara Baltsch, Michael Marwede, Renate Wolbring  
Fotos: Barbara Baltsch

Titelgestaltung: dreimalig, Köln  
Layoutgestaltung: BNW Werbeagentur, Kaarst  
Druck: Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach  
100% Recyclingpapier

ISSN 1610-9163

InWEnt-Nummer: 7.01-0005-2007

Bonn, Dezember 2007

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger  
Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“  
wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
sowie den Bundesländern Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz,  
sowie dem Ministerium für Generationen, Familie,  
Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

# Inhalt

<b>Impressum</b> .....	4
<b>I. Vorwort</b> .....	7
<b>II. Begrüßung</b> .....	9
Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn .....	9
Dr. Carola Donner-Reichle, Beauftragte für die Millennium-Entwicklungsziele bei der InWEnt gGmbH .....	11
<b>III. Die Eröffnungsrede</b> .....	
Erich Stather, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	13
Fragen .....	19
<b>IV. Podiumsdiskussion</b> .....	24
<b>V. Die Workshops</b> .....	
Praxisbeispiele im Dialog .....	30
<b>Workshop 1: FAIRER HANDEL UND FAIRE BESCHAFFUNG</b> .....	
Christoph Bartscher – Fairer Handel und Faire Beschaffung .....	31
Renate Hechenberg – München als Vorbild und Vorreiter .....	33
Helga Jänsch – Dortmunder Aktionsbündnis für den Fairen Handel .....	35
Helfried Wollensak – Ravensburg – fair und sozial .....	38
Walter Leitermann – Der politische Wille zählt .....	40
<b>Workshop 2: KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN</b> .....	
Rüdiger Bednarz – Eine Brücke von Halver nach Matara .....	43
Beate Bröcker – Magdeburg als Partner der Welthungerhilfe .....	45
Dr. Carola Stein – 25 Jahre Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz .....	47
Thomas Fettback – Biberach im Kaukasus aktiv .....	49
Karin Gleixner – Nürnbergs gelebte Partnerschaft mit San Carlos .....	51
<b>Workshop 3: FINANZIERUNGSMODELLE</b> .....	
Hans Clasen – Rhein-Sieg-Kreis unterstützt Verwaltungen in Kambodscha .....	53
Andreas Rosen – Förderprogramm der Stiftung Nord-Süd-Brücken .....	55
Silvia Starz – Fundraising – mehr als nur Mittelbeschaffung .....	59
Dagmar Vogt-Sädler – Neuss fördert Mikrokredite in Entwicklungsländern .....	61
<b>Workshop 4: KLIMASCHUTZ UND ENERGIE</b> .....	
Josef Ahlke – Erfurter Projekte für Klimaschutz und Energie .....	63
Dr. Maria Hohn-Berghorn – Bonn und Buchara im Klimaschutz aktiv .....	65
Gerald Knauf – Armutsbekämpfung durch Energiewende .....	67
Silke Lunnebach – Städte im (Klima)Wandel .....	69
Dr. Gerhard Osadnik – Solarenergienutzung in Gelsenkirchen .....	71
<b>VI. Frühschoppen</b> .....	
Zusammenführung der Ergebnisse aus den Workshops .....	73
<b>VII. Die Vorträge</b> .....	
Prof. Dr. Helmut Mayer – Management des Klimawandels – Welche Lösungsstrategien können auf kommunaler Ebene zum Klimaschutz beitragen? .....	83
Fragen .....	88
Dr. Herbert Schmalstieg – Die Bedeutung der kommunalen Ebene für konkrete Beiträge der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele .....	90
Fragen .....	96
<b>VIII. Schlussworte</b> .....	98
<b>IX. Rahmenprogramm</b> .....	100
<b>X. Anhang</b> .....	101
Programm der Fachkonferenz „UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog“ .....	101
Teilnehmerliste .....	104
Presse .....	106
<b>XI. Publikationen</b> .....	109
<b>XII. Über uns</b> .....	112

# I. Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2000 haben sich die UN-Mitgliedstaaten verpflichtet, bis zum Jahr 2015 die Millennium-Entwicklungsziele zu verwirklichen. Dazu gehören die Halbierung von Hunger und Armut, die Senkung der Kindersterblichkeit um ein Drittel und der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen. Wie die Halbzeit-Bilanz zeigt, werden die Millennium-Entwicklungsziele ohne weitere Anstrengungen bis 2015 leider noch nicht erreichbar sein. Es bleiben aber noch sieben Jahre, die genutzt werden müssen und können. Dabei sind vor allem die Regierungen der Industriestaaten gefordert, ihre eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Aber auch die Kommunen können einen wichtigen Beitrag leisten für eine friedlichere, gerechtere und sozialere Welt. Aber was haben die Millennium-Entwicklungsziele eigentlich mit meiner Kommune zu tun? Welche Möglichkeiten haben Kommunen, zur Verringerung von Armut nicht nur vor der eigenen Haustür beizutragen? Sind die weltweiten Auswirkungen des Klimawandels auch ein kommunales Thema? Wer profitiert eigentlich von wem in kommunalen Partnerschaften? Und: Wie können innovative Finanzierungsmodelle auch als kommunale Instrumente genutzt werden?

Diesen Fragen ist die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in der gemeinsam mit der Stadt Bonn veranstalteten Fachkonferenz „UN-Millennium-Entwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog“ vom 18. bis 20. Oktober 2007 in Bonn nachgegangen. Neben Fachvorträgen zur Rolle und der Bedeutung der Kommunen zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele stellten insbesondere Praktikerinnen und Praktiker aus Kommunen und Nichtregierungsorganisationen lokale Praxisbeispiele aus den Bereichen „Fairer Handel und faire Beschaffung“, „Kommunale Partnerschaften“, „Finanzierungsmodelle für kommunale EZ“ sowie „Klimaschutz und Energie“ vor.

Die Konferenz war mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht. Das lag sicher auch an den hochrangigen Entscheidungsträgern und Experten, die wir für die Konferenz gewinnen konnten und deren Vorträge in

dieser Dokumentation gesammelt vorliegen. Außerdem finden Sie hier die Mitschrift der Podiumsdiskussionen sowie die Zusammenfassungen der Praxisbeispiele aus den Workshops, aus denen Sie hoffentlich Ideen und Anregungen für die eigene Arbeit vor Ort ziehen werden.

Denn bei der Arbeit in den Workshops und den zahlreichen Diskussionen hat sich gezeigt: Kommunen sind wichtige Akteure zur Verwirklichung der UN-Millennium-Entwicklungsziele. Sie haben direkten Einfluss auf infrastrukturelle Versorgung, Bildung, Gesundheit, Arbeit und Integration und sind damit prädestiniert, entscheidenden Einfluss auf die Erreichung der Ziele zu nehmen. Konkrete Anknüpfungspunkte ergeben sich dabei über die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Form von Städtepartnerschaften, kommunalen Entwicklungsprojekten oder Projektpartnerschaften. Durch vielfältige Projekte im Bereich Umwelt, Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung tragen die Kommunen aber nicht nur zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele in Afrika, Asien oder Lateinamerika bei, sondern auch zur Bewusstseinsbildung ihrer Bürgerinnen und Bürger - denn die Eine Welt beginnt vor Ort!

Viele Anregungen wünscht Ihnen im Namen des ganzen Teams der Servicestelle Ihr

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen  
in der Einen Welt/ InWEnt gGmbH

## II. Begrüßung

**Bärbel Dieckmann,**  
**Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn**

Herr Staatssekretär,  
Herr Nitschke,  
Frau Dr. Donner-Reichle,  
meine Damen und Herren,

mit großer Freude darf ich Sie heute hier in Bonn begrüßen. Diese Woche hat für uns eine besondere Bedeutung, denn morgen und übermorgen feiern wir den Geburtstag der Vereinten Nationen.

Wenn wir in Bonn die Vereinten Nationen feiern, dann verbinden wir dies auch immer mit Inhalten. Im Jahr 2005 zum Beispiel standen die Millennium-Entwicklungsziele als Ganzheit im Mittelpunkt. In diesem Jahr gilt der Schwerpunkt unseres UNO-Tages der Armutbekämpfung. Beim 8. Bonner UNO-Gespräch, zu dem wir morgen Abend wieder über 500 Besucherinnen und Besucher in der Bundeskunsthalle erwarten, wird der UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung, Professor Jean Ziegler, in Bonn sprechen. Ich bin sicher, es wird ein spannender Abend werden, der auch nach dem Vortrag von Professor Ziegler noch zu lebhaften Diskussionen im Foyer der Bundeskunsthalle einlädt. Die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sind ein ganz wichtiges Thema für Kommunen – deshalb passt Ihre Konferenz heute in ganz besonderer Weise hier nach Bonn.

Sie werden sich vielleicht mit der Frage beschäftigen, was Kommunen tun können, um die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu unterstützen. Ich bin davon überzeugt: Ohne die Kommunen und Gebietskörperschaften würde sich nichts bewegen. Das, lieber Herr Staatssekretär Stather, ist nicht als Kritik an der Arbeit der Ministerien oder Regierungen gemeint. Wir wissen sehr wohl, wie wichtig es ist, dass Vorgaben gemacht, Ziele formuliert und dass Gesetzesvorhaben umgesetzt werden. Mit Frau Wieczorek-Zeul haben wir eine Ministerin, die sich seit vielen Jahren in besonderer Weise für diese Ziele engagiert und die – wie ich finde – Ihre Arbeit sehr gut macht.



Und trotzdem: Ohne die Kommunen und Gebietskörperschaften würde es auch in der Entwicklungszusammenarbeit keinen Fortschritt geben! Deshalb bin ich froh, dass wir uns in den vergangenen Jahren auf vielen internationalen Konferenzen als Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen erfolgreich mit diesen Themen beschäftigt haben. Heute haben in der Regel auch Kommunen die Chance, dass ihre Stimme im Plenum großer internationaler Staatenkonferenzen Gehör findet. Weltweit engagieren sich immer mehr Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit.

Dass die Herausforderungen sich dabei unterscheiden, steht außer Frage. Natürlich ist die Situation einer afrikanischen oder asiatischen Stadt nicht mit Bonn oder Berlin oder London vergleichbar. Selbst innerhalb Europas gibt es Unterschiede. Aber das Wissen, dass viele Menschen auf dieser Welt durch uns in den Kommunen erreichbar sind, ist überall sehr ausgeprägt. Dabei schließe ich ausdrücklich die US-amerikanischen Bürgermeister mit ein. Egal ob bei Fragen des Klimawandels oder der Wüstenbildung – in ihrem Bewusstsein für globale Entwicklungen sind viele kommunale Mandatsträger sehr viel weiter als die Regierung.

Wir haben in Bonn durch die Gründung von Projektpartnerschaften mit anderen Städten viele konkrete Beiträge

---

geleistet. Dabei haben wir uns bewusst auf kleinere Projekte beispielsweise in La Paz, Bucharra oder auch in Ulan Bator konzentriert, wobei immer die Schwerpunkte Armutsbekämpfung und Klimaschutz im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus gehen wir jedes Jahr eine Jahrespartnerschaft mit einer der in Bonn ansässigen Organisationen, wie UNICEF, CARE, Uno-Flüchtlingshilfe oder Help, ein. In diesem Jahr besteht eine Jahrespartnerschaft mit der Andheri-Hilfe. Diese Jahrespartnerschaften dienen nicht nur dazu, Geld zu sammeln und Projekte zu unterstützen, bei denen es um Armutsbekämpfung geht. Sie tragen auch dazu bei, ein Bewusstsein für die „Eine Welt“ bei den Menschen in dieser Stadt zu schaffen. So werden jährlich rund eine Million Briefe mit dem Partnerschaftslogo durch die Stadtverwaltung versandt – eine Maßnahme neben vielen, die der Bekanntmachung dieser Organisationen und deren Zielen dient. Beim Weltjugendtag vor anderthalb Jahren beteten wir bei der großen Messe auf der Hofgartenwiese in eindrucksvoller Weise die Fürbitten für die Millennium-Entwicklungsziele. Mit dieser Initiative – von den Jugendlichen selbst mitentwickelt – wurden über 100.000 Besucherinnen und Besucher des Gottesdienstes erreicht.

Wir wissen, dass wir Antworten auf globale Entwicklungen finden müssen. Daher begrüße ich ausdrücklich diese heutige Konferenz der Servicestelle zur Rolle der Kommunen bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele. Der Zusammenschluss der Kommunen und die Bildung einer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH sind – genauso wie der Erfahrungsaustausch untereinander – sehr wichtig. Denn auch in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit muss das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden. Es gibt viele Möglichkeiten, von den Erfahrungen Anderer zu lernen. Die heutige Konferenz bietet hierzu reichlich Gelegenheit.

Gute Tagungen und gute Konferenzen messe ich daran, ob ich neue Ideen und Anregungen mit nach Hause nehme. Wir in der Verwaltung lassen uns gerne davon anstecken. Somit wünsche ich Ihnen für die heutige Konferenz einen regen Erfahrungsaustausch und viele neue Impulse für die Arbeit in den Kommunen und heiße Sie noch einmal sehr herzlich in Bonn willkommen!



**Dr. Carola Donner-Reichle,  
Beauftragte für die Millennium-Entwicklungsziele bei  
der InWEnt gGmbH**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Stather,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dieckmann,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, die Konferenz „UN-Millennium-Entwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog“ mit Frau Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann eröffnen zu können. Im Juli 2007 war Halbzeit der Millennium-Erklärung und der Millennium-Entwicklungsziele, die von 189 Staats- und Regierungschefs in New York unterzeichnet wurden.

Erlauben Sie mir einen persönlichen Rückblick auf die Entstehung der Millenniumziele: In den 1990-er Jahren nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts entstand eine optimistische Haltung, viele Probleme in der Welt nun gemeinsam diskutieren zu können und nach Lösungen zu suchen. Der Reigen der UN-Konferenzen und Gipfel fing an mit dem Weltkindergipfel in New York. Es folgten Rio, Wien, Kopenhagen und Rom. Sie alle stehen für Kinderrechte, Umweltfragen, Menschenrechte, soziale Entwicklung sowie die Bekämpfung der Armut und des Hungers.

Ein Meilenstein war die langsame, aber immer stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in die Verhandlungsprozesse. Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen wurden Teil der Regierungsdelegationen und fanden so Gehör und beeinflussten die politische Agenda. Als „watch dog“ sind viele Zusammenschlüsse von Nichtregierungsorganisationen wie „social watch“ tätig, die Regierungen an ihren vereinbarten Beschlüssen messen und beurteilen.

Aus den UN-Konferenzen entstanden mit der Millennium-erklärung die am häufigsten genannten Themen für die Millennium-Entwicklungsziele. Eine Kritik, die ich immer wieder in den letzten Jahren hörte – warum ausgerechnet diese Themen und nicht auch andere – zeigt eventuell auch das Versäumnis der UN, diese Prozesse nicht für Beteiligte transparent gemacht zu haben. Aber unabhängig davon,



halte ich die Festschreibung der Ziele für eine wichtige politische Aktion, die den Handlungsrahmen für alle Regierungen weltweit setzt.

Nachdem die Millennium-Entwicklungsziele beschlossen waren, dachte ich oft: Sind die Ziele tragfähig? Werden sie tatsächlich bis 2015 als Referenzrahmen dienen? Die heutige Konferenz zeigt, dass die Millennium-Entwicklungsziele nach wie vor Bezugsrahmen für die weltweite Bekämpfung der Armut, für Geschlechtergerechtigkeit und globale Partnerschaft in Bezug auf Veränderungen der Handels- und Finanzsysteme sind.

Natürlich entstanden seit der Verabschiedung der Millennium-Entwicklungsziele neue Herausforderungen für die Staaten: Erstmals leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Die Ungleichheit zwischen Staaten und innerhalb der Länder nimmt dramatisch zu – auch in reichen Industrieländern. Wachsende Kinderarmut und Bildungschancen abhängig von der sozialen Schicht in Deutschland sind ein Skandal, stellt der Social Watch Bericht Deutschland im Oktober 2007 fest. Und wie der Friedensnobelpreis für Al Gore und den Klimarat der Vereinten Nationen zeigt, ist das Thema Klimawandel international angekommen.

InWEnt hat durch verschiedene Instrumente im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Beitrag zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele geleistet. Durch die neue programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung wurde zum Beispiel in Entwicklungsländer ein hoher Weiterbildungsbedarf in Ministerien festgestellt. Die Bildungsministerien im südlichen Afrika lernen nun das Management der Umstellung auf ergebnisorientierte, programmbasierte Haushaltsführung sowie den Umgang mit Problemen der Dezentralisierung sowie der Absicherung der Qualität von Budgetaufstellungen. Das sind sicher Themen, die sie alle auch kennen.

Was wurde durch die Millennium-Entwicklungsziele auch erreicht? Die Ziele gehen nicht nur die Regierungen an, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Kommunen. Für mich war es einer der größten Erfolge, dass die Millennium-Entwicklungsziele nicht abstrakt geblieben sind, sondern ganz praktische Auswirkungen haben.

Kommunen können ihre Kompetenzen auch zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele wirkungsvoll einsetzen: durch Bürgernähe und Erfahrung in der konkreten Umsetzung politischer Vorhaben, durch fachliches Know-how in den zentralen Versorgungs- und Infrastrukturbereichen wie Wasser, Energie, Gesundheit, Verkehr und Entsorgung, durch Kompetenzen im Bereich der Wirtschaftsansiedlung sowie durch innovative Integrationsprogramme wie in Nordrhein-Westfalen und „last but not least“ Aktivitäten und Veranstaltungen zur entwicklungspolitischen Bildung und Information.

Bestes Beispiel für letzteres ist der Einsatz der UN-Millennium-Tore zusammen mit der UN-Millenniumkampagne in 21 Städten von Sommer 2005 bis Oktober 2007. Erwähnt seien hier stellvertretend für alle Standorte die Millennium-Aktionstage in Bremen im Frühjahr 2006, die Aktionswoche „Stuttgart gegen Globale Armut“ im Herbst 2006 oder auch der kürzlich stattgefundenene Einsatz in Mainz, bei dem ein voller Monat der Bekämpfung von Armut gewidmet wurde und damit ein ganzes Bundesland seine Unterstützung demonstrierte.

Die Gemeinsamkeit aller dieser „Einsätze“ in deutschen Kommunen – von Rostock bis Lindau am Bodensee, von Düsseldorf bis Cottbus – liegt, neben der thematischen Auseinandersetzung mit den Millennium-Entwicklungszielen, in der bemerkenswerten Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Akteure, die Voraussetzung ist, um Veranstaltungen dieser Intensität durchführen zu können. Die Wirkung der UN-Tore vor Ort lohnt den Einsatz: Information über weltweite Entwicklungsziele und -prozesse, Bewusstseinsbildung für die Eine Welt, die Notwendigkeit nachhaltige Entwicklungsprozesse umzusetzen sowie die Stärkung der politische Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Die Themenkreise dieser Konferenz, die kommunalen Handlungsfelder, die Ihnen hier von kompetenten kommunalen Referentinnen und Referenten vorgestellt werden, zeigen weitere Möglichkeiten auf, wie sich Kommunen ganz konkret zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele einsetzen können. Und sie zeigen vor allem eines: Kommunen übernehmen Verantwortung auch zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele! In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Konferenz!

Vielen Dank.

### III. Eröffnung

**Erich Stather,**  
**Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Liebe Bärbel Dieckmann,  
lieber Herr Nitschke,  
meine Damen und Herren,

Frau Oberbürgermeisterin, ich habe mein Handwerk in der Kommunalpolitik gelernt und kenne daher Ihre Möglichkeiten, Politik auch direkt umzusetzen und spürbar für die Menschen zu machen. Ihr Anliegen und die Themen, die wir hier diskutieren, sind bei der gegenwärtigen personellen Besetzung der Leitung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung daher gut aufgehoben. Ich werde auch in meiner Rede die kommunale Arbeit entsprechend würdigen und loben.

Ich freue mich sehr, diese praxisorientierte kommunale Konferenz zu den Millennium-Entwicklungszielen zu eröffnen. Noch dazu befinden wir uns – der eine oder andere wird es wissen – in der stellvertretenden deutschen Hauptstadt des Fairen Handels. Vor genau einem Monat ist dieser Titel – in Bonn ist das vielleicht nicht so tragisch – nach Düsseldorf gegangen. Bonn ist Zweiter geworden! Ich finde, dass ein zweiter Platz in diesem Fall kein schlechterer Platz sondern eine hohe Auszeichnung ist. Und es ist Ansporn für viele, beim nächsten Wettbewerb in zwei Jahren wieder mitzumachen.

Dass mir beim Blick in diese Runde viele Gesichter im Publikum bekannt sind, hat sicherlich dreierlei Gründe. Erstens sind einige von Ihnen schon lange und zuverlässig dabei. Zweitens ist Ihr Engagement facettenreich und hat sehr unterschiedliche Gesichter, wenn es darauf ankommt, sich in unseren Partnerländern zu engagieren. Und drittens: Wir sind einfach viele. Der Kreis ist groß geworden, groß geblieben und das macht deutlich, wie sehr dieses Thema inzwischen bereits verankert ist. Dafür, meine Damen und Herren, meinen Dank!

Ich möchte sagen, dass diese Vielfalt und Kreativität in großen und kleinen Kommunen ein wirklich deutsches Markenzeichen ist. Ich habe übrigens einmal die Probe aufs



Exempel gemacht, vier x-beliebige Städte von der Deutschlandkarte gepickt und mir dann deren Homepages angeschaut. Manchmal musste ich ein bisschen stöbern, aber das Ergebnis war überall das gleiche: Sie alle hatten sich durch Vereinsarbeit oder direkte Städtepartnerschaften die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik oder entwicklungspolitische Ziele auf die Fahnen geschrieben.

Weltweit beispielhaft ist Ihr Einsatz, wenn es darum geht, Menschen in Not zu helfen. Ich nenne hier nur drei Stichworte: die Tsunami-Hilfe – bei der übrigens unsere eingerichtete Servicestelle eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat –, Darfur und die humanitäre Unterstützung für die Menschen Osteuropas nach dem Ende des Kalten Krieges. Das ist bei dem einen oder anderen im Laufe der Zeit vielleicht schon ein wenig in Vergessenheit geraten. Aber auch hier sind sehr tiefe Partnerschaften zwischen Menschen, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen entstanden – übrigens auch zwischen Kommunen in Südosteuropa selbst –, die bis heute halten und neben der ursprünglichen Hilfe in eine richtige Freundschaft übergegangen sind. Das halte ich für sehr wichtig. Dies ist insbesondere für eine Entwicklungspolitik, die sich auch als Friedenspolitik versteht, ein ganz wichtiges Element.

Stellvertretend möchte ich an dieser Stelle Beate Weber und die Stadt Heidelberg nennen. Als ehemalige Oberbürgermeisterin hat sie den weltweiten Verband von Städten und Gemeinden und Landkreisen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung maßgeblich mit gestaltet. Ihr grenzüberschreitendes Engagement für den Klimaschutz wurde kürzlich von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt mit dem Umweltpreis 2007 honoriert. Ich muss hier und heute also in diesem Kreis niemanden zum Jagen tragen, ich predige sozusagen vor Bekehrten!

Sie werden mir zustimmen: Diese Konferenz ist zur rechten Zeit am rechten Ort bei der Halbzeit der Millennium-Entwicklungsziele auf dem Weg zur Zielerreichung 2015. Es ist Zeit für Bilanz, Zeit, nach vorne zu blicken.

Mit der Millennium-Erklärung von 2000 sowie den Millennium-Entwicklungszielen von 2005 hat die Völkergemeinschaft die wesentlichen Voraussetzungen zur Bekämpfung von Armut, zur Sicherstellung einer globalen Zukunft und zur Erreichung nachhaltiger Entwicklung formuliert. Bereits im Frühjahr 2001 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit seinem Aktionsprogramm 2015 ein für uns gültiges entwicklungspolitisches Rahmenprogramm zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele und zur Bekämpfung der Armut verabschiedet. Darin wird unter anderem ein kohärentes Vorgehen aller Politikfelder für die Umsetzung der Millennium-Erklärung gefordert.

Kohärenz herzustellen, ist nicht immer ganz einfach. Aber ich glaube, dass uns auf der Basis unseres Aktionsprogramms in den letzten Jahren wichtige Schritte nach vorne gelungen sind – wichtige Schritte zum Beispiel bei der Zuckermarktordnung und bei Baumwolle, um zwei Bereiche aus anderen Politikfeldern zu nennen, die aber ganz entscheidend für die Entwicklung in den Ländern, für die Armutsbekämpfung und für das wirtschaftliche Vorgehen sind.

Wo stehen wir heute, nachdem die Hälfte der uns gegebenen Zeit zur Erreichung der Entwicklungsziele verstrichen ist? Liegt denn auch schon die Hälfte der Wegstrecke hinter uns? Haben wir die Hälfte erreicht? Die Bilanz, meine Damen und Herren, ist nach unserer Auffassung gemischt.

Ich nenne nur einige Schlaglichter: Fortschritte gibt es in wesentlichen Bereichen, aber sie sind sehr ungleich verteilt. Sowohl in den Staaten als auch zwischen den Regionen und Kontinenten. Keine Region der Erde ist derzeit bei allem Millennium-Entwicklungszielen auf dem Wege einer sicheren Zielerreichung. Insbesondere das erste Millennium-Entwicklungsziel, nämlich die Armutsbekämpfung, macht uns Sorge. Global wird das Ziel nach jetzigem Stand nicht bis zum Jahre 2015 erreicht. 1990 betrug die Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben musste – also mit weniger als einen Dollar am Tag – etwa 1,25 Milliarden. Heute sind wir bei einer Zahl von weniger als einer Milliarde – und dies trotz des zwischenzeitlichen Bevölkerungswachstums von 20 Prozent. Damit fiel der Anteil der Armen in den Entwicklungsländern von 29 Prozent im Jahr 1990 auf 18 Prozent im Jahr 2004.

Der wirtschaftliche Erfolg von China und Indien hat global wesentlich zur Reduzierung der Armut beigetragen. Da führt überhaupt kein Weg daran vorbei. In Subsahara-Afrika sank der Anteil der Menschen in extremer Armut zwischen 1999 und 2004 um 4,7 Prozent auf 41 Prozent. Wegen der Bevölkerungsentwicklung aber stagnierte die Gesamtzahl bei 300 Millionen. Meine Damen und Herren, statistisch verbessern sich die Zahlen, aber es gibt überhaupt keinen Grund zur Entwarnung. Aber: Es gibt Zeichen der Hoffnung, denn Afrika entwickelt sich dynamisch. Wirtschaftliche Entwicklung ist in der Mehrzahl der Staaten auf gutem Wege. Das reale Pro-Kopf-Einkommen in den ärmsten Ländern Subsahara-Afrikas seit der Jahrtausendwende ist in bislang unbekanntem Maße gestiegen. Auch das Vertrauen von privaten Investoren oder von privaten Investitionen wächst und damit die Voraussetzungen für ein eigenständiges Wirtschaftswachstum, ohne welches nach unserer Auffassung eine dauerhafte Reduzierung der Armut nicht möglich ist.

Zunehmend – auch wenn man ab und an andere Botschaften lesen muss – werden Regierungen demokratisch gewählt. Afrikanische Institutionen sind zunehmend befähigt, die politische und ökonomische Integration ihres Kontinents zu unterstützen. Dies zeigt, dass Entwicklungspolitik viel stärker Strukturpolitik ist, wie wir sagen. Es geht eben auch darum, Strukturen in den Ländern zu schaffen, die den Anforderungen gerecht werden und die Kapazität

haben, das umzusetzen, was wir entwicklungspolitisch mit den Partnerregierungen erarbeiten.

Im Frühjahr 2005 haben die EU-Staaten die stufenweise Umsetzung des bereits in den 1970-er Jahren geforderten Zieles von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens als Anteil der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit beschlossen. Die erste Stufe in Höhe von 0,36 Prozent wurde erfolgreich gemeistert. Mit Blick auf den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – vor allem in diesem Jahr – sind wir beim deutschen Etappenziel bis zum Jahr 2010 dabei, 0,51 Prozent zu erreichen.

Der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist aber nicht die einzige Messgröße für die „Official Development Assistance“. Auch was die Kommunen, Bundesländer und andere Ministerien leisten, ist Teil dieses 0,7-Prozentwerts. Wir haben insbesondere was den Bundeshaushalt betrifft einen guten Schritt nach vorne getan. Dies wird noch nicht reichen, aber unser Kampf geht jedes Jahr um den Haushalt und ich schätze, dass wir in diesem Jahr einen Wert bei etwa 0,3 Prozent, je nach dem wie sich die Wirtschaftsentwicklung darstellt sogar bis 0,4 Prozent erreichen können. Das ist aber ein Schätzwert, den man im Augenblick noch nicht definitiv festhalten kann.

2007 stand für die deutsche Entwicklungspolitik unter der Fahne der EU- und der G8-Doppelpräsidentschaft. Ein besonderer Focus lag hier im Übrigen auf Afrika. Wer aufmerksam die Medien beobachtet hat, konnte feststellen, dass wir – soweit ich mich erinnern kann – noch nie eine so differenzierte und umfangreiche Berichterstattung über Afrika hatten wie im Umfeld insbesondere des G8-Gipfels. Dabei zeigt sich: Wenn Journalisten sich tiefer in das Thema reinknien und auch mehr Zeit und Recherche darauf verwenden, ein Bild dargestellt wird, das dem durchaus problematischen Kontingent insgesamt gerecht wird. Es zeigt auch, welche Chancen dort sind und wo wir versuchen, anzupacken und zu helfen.

Die Millennium-Entwicklungsziele sind also trotz positiver Trends weiterhin eine einzigartige Herausforderung. Für uns heißt das: Wir setzen die vereinbarte Unterstützung fort

und verstärken zum Beispiel innovative Finanzinstrumente. So haben wir durchgesetzt, dass die Immissionsversteigerungen bereits im Jahr 2008 beginnen und damit zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen. Davon sollen im ersten Jahr etwa 120 Millionen Euro für Klimaprojekte in Entwicklungsländern eingesetzt werden – gemeinsam mit dem Umweltministerium und unserem Ministerium. Sie sehen also: Auch dort tut sich etwas, und nach Schätzung aller Fachleute wird dieser Betrag, der im ersten Jahr mit 400 Millionen insgesamt kalkuliert ist, eine deutlich steigende Kurve haben: In den nächsten Jahren bis zu einer Milliarde, und wir hoffen, dass wir in umfangreichem Maße daran für die Entwicklungspolitik partizipieren können.

Weitere Erfolge sind beispielsweise durch den konsequenten und kreativen Einsatz vorhandener Ressourcen denkbar. Und damit, meine Damen und Herren, bin ich direkt bei Ihnen: Städte sind weltweit das Sammelbecken für Kapital, Kultur und Kreativität. Auf die zahlreichen Talente, die Einsatzbereitschaft und die Solidarität unserer Bürgerinnen und Bürger können und wollen wir bei der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele nicht verzichten. Das haben auch die Kommunen weltweit erkannt. Das haben auch Sie, meine Damen und Herren, erkannt.

Mit dem 21. Jahrhundert bricht das Jahrtausend der Städte an: Die Hälfte der Menschen auf der Welt lebt heute schon in Städten. 2050 werden sechs Milliarden Menschen in Städten leben. Es wird dann – so schätzen die Fachleute – 500 Millionen Städte geben. Daher ist die Botschaft Kofi Annans an den Weltverband der Kommunen von besonderer Bedeutung: „You are essentiell partners“, so seine Worte.

Städte, besonders Großstädte oder Megastädte, sind ein wichtiger Faktor für die Entwicklung ihres eigenen Landes. So wie wir in unserer Politik von Ankerländern sprechen, also Ländern, die durch ihrer Bedeutung und ihr Gewicht, Auswirkungen haben auf die umliegenden Regionen, so sind sicherlich die Megastädte die Anker in einem Land, die die Entwicklung vorantreiben oder auch die Entwicklung behindern können oder aber Signale setzen können für die anderen Bereiche des Landes.

Weltweit sind die Kommunen die ersten Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger. Hier finden sich die von den acht

Millennium-Entwicklungszielen angesprochenen Themen auf engstem Raum, manchmal in explosiver Konzentration wieder. Hier wirken sich Konsequenzen nicht nachhaltiger Entwicklungsprozesse ungeschönt aus: Materielle Armut und fehlende Perspektiven, Umweltzerstörung und Landflucht, armutsbedingte Krankheiten, soziale Verwahrlosung und Gewalt – um nur ein paar Stichworte zu nennen.

Das Millennium-Entwicklungsziel 8, der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft, und die Millennium-Erklärung sehen gute Regierungsführungen auf allen Ebenen, also auch im kommunalen Bereich, als unabdingbar für die Erreichung der Entwicklungsziele an. Dies gilt für Bildung über Gesundheit und Ernährung bis hin zur Gleichberechtigung und Gleichstellung. Um Probleme vor Ort zu lösen, brauchen wir daher Dezentralisierung, Korruptionsbekämpfung und Bürgernähe der kommunalen Verwaltung.

Die Stärke der Kommunen: Sie suchen und finden lokale Lösungen für globale Probleme. Diese Bedeutung der Kommunen für die Entwicklung und Nachhaltigkeit wird bei der Suche nach Antworten einbezogen – etwa durch die Einrichtung eines Beirates der Kommunen auf UN-Ebene im Jahr 2000 oder durch die Bürgermeisterforen beim Johannesburggipfel im Jahr 2002. Wegweisendes Beispiel für Deutschland ist die „Mayor’s-Conference of Early Warning“ im März 2006 hier in der UN-Stadt Bonn, die getragen wurde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, vom Auswärtigen Amt, von unserem Ministerium und anderen Institutionen. Auch das Motto war entsprechend: „Local Solutions for Global Challenges“.

International haben Kommunen aus 127 UN-Staaten sich im Weltverband der Kommunen zu den Millennium-Entwicklungszielen und zu eigenen aktiven Beiträgen auf lokaler Ebene bekannt und zwar in der „Local Government Millennium Declaration“, die in Peking 2005 verabschiedet wurde. Diese Millennium-Erklärung der Kommunen stieß auch in Deutschland auf reges Interesse. Im Februar 2007 gab es die Millennium-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages, die bis heute mehr als 50 deutsche Kommunen unterschrieben haben. Auch die anderen kommunalen Spitzenverbände haben entsprechend reagiert. Meine heutige Rede, meine Damen und Herren, gibt



auch hier Anlass zum Dank an die Unterzeichnerkommunen und an Sie sowie an die Spitzenverbände, die ihre Mitglieder aufgefordert haben, sich ebenfalls zu engagieren.

Im Workshop 2 werden Sie sich konkret zu den bisherigen Erfahrungen sowie zu den Perspektiven der Nord-Süd-Städte oder Projektpartnerschaften austauschen. Mein Beitrag sieht heute so aus, dass ich stellvertretend für die breite Palette der Möglichkeiten fünf kommunale Handlungsfelder herausstreiche und Ihnen gerne veranschaulichen möchte.

**Das erste Handlungsfeld ist die entwicklungspolitische Bildungsarbeit:**

Die Sensibilität und die Mobilisierung unserer Bürgerinnen und Bürger ist eine der wichtigen Zielsetzungen der deutschen UN-Millenniumkampagne. Deshalb wurde auch mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2001 die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ins Leben gerufen. Die Aufgaben unserer heutigen Co-Gastgeberin sind Ihnen bekannt, sonst würden Sie nicht bei dieser Konferenz dabei sein. Es geht um die Beratung und Unterstützung Ihrer Arbeit, es geht um Netzwerke. Es geht darum, in die Glut zu pusten, wann immer das öffentliche Interesse an weltweiter nachhaltiger Entwicklung zu erlöschen droht. Es geht darum, bildlich die Fackel weiterzutragen.

Unser gemeinsames ehrgeiziges Ziel ist ein gesamtgesellschaftlicher Bewusstseinswandel: in Supermärkten, Schulen, beim Hausbau und im Reisebüro, im Verein und in der Firma, im Rathaus und auf dem Marktplatz. Bezug nehmend auf die bereits erwähnte umfangreiche Berichterstattung über Afrika und über seine Chancen und Probleme ist auch für uns ein Fundament entstanden, auf dem wir weiterarbeiten können, wo wir Menschen abholen können, die jetzt ein Stück verstanden haben, was Afrika bedeutet, was Entwicklungspolitik bedeutet, was Zukunftschancen bedeutet. Sie schaffen Räume für entwicklungspolitische Themen, in dem Sie Millenniumtore in Ihrer Stadt installieren oder sich beim Schulwettbewerb des Bundespräsidenten – auch eine Aktion, die von unserem Ministerium unterstützt wird –, beteiligen, in dem Sie mit ihren Partnerstädten von Moskau bis Madrid und von Darmstadt bis Dresden Aktivitäten entwickeln, die uns dem gemeinsamen Ziel näher bringen. Mein Wunsch ist und dazu möchte ich Sie ausdrücklich ermuntern: Machen Sie weiter mit dieser partnerschaftlichen Bildungs- und Basisarbeit!

**Das zweite Handlungsfeld ist der faire Handel und die faire öffentliche Beschaffung:**

Der Trend für fair gehandelte Produkte weist in Deutschland steil nach oben. Das Marktpotenzial ist aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wenn wir uns etwa Zahlen aus der Schweiz ansehen oder aus anderen Ländern, dann kann in Deutschland noch deutlich zugelegt werden. Ich glaube, dass der Anstieg auch ein bisschen dem zu verdanken ist, was wir zusammen mit den Weltläden und anderen Organisationen

in den letzten Jahren als umfangreiche öffentliche Kampagne für fair gehandelte Produkte veranstaltet haben.

Viele von Ihnen machen sich seit langem in den Kommunen für den fairen Handel stark. Bei Ihnen im Ratssaal trinkt man fairen Kaffee, man wirft zum Karneval faire Kamellen, im Kindergarten und Sportverein werden fair produzierte Fußbälle benutzt, städtische Bedienstete tragen fair hergestellte Berufskleidung, Gäste werden auf fair gehandelten Teppichen empfangen.

Gerade fand zum dritten Mal die Preisverleihung im Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ statt. Ich habe Ihnen bereits gesagt, wer der Preisträger ist und wer den zweiten Platz erreicht hat. Insgesamt haben immerhin 25 Kommunen mit 125 Projekten teilgenommen, das waren neun Bewerber mehr als 2005. Ich hoffe, dass es viele Nachahmer geben wird. Und ich hoffe, dass Michael Marwede von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt Recht behält, wenn er das Ende der blutenden Pflastersteine in deutschen Städten ausruft, wenn er meint, dass bei den öffentlichen Vergaben darauf geachtet wird, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO eingehalten werden. Dies wird bereits von mehr als 80 Kommunen so getragen. München war im Jahr 2002 Vorreiterin.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir würden das gern auch in der Bundesregierung umsetzen und kämpfen auch schon seit zwei Jahren in der großen Koalition mit dem Wirtschaftsministerium.

40 Prozent der Menschen leben in armen Ländern. Diese Länder haben einen Anteil am Welthandel von nur einem Prozent. Da ist es wichtig, dass der faire Handel in einer globalisierten Welt weiter zunimmt. Ich möchte Sie auch hier ermuntern, weiter zu machen. Fairer Handel ist konkrete Armutsbekämpfung.

**Das dritte Handlungsfeld ist der neue Weg in der Partnerschaft:**

Der Erfahrungsaustausch zu globalen Themen sowie die Erarbeitung konkreter Handlungs- und Lösungsansätze stehen bei diesem Treffen hier im Vordergrund. Morgen werden Sie in den Workshops einige eindrucksvolle Beispiele kommunaler Partnerschaftsarbeit

selbst vorstellen oder von anderen kennen lernen. In Workshop 3 beschäftigen Sie sich mit Finanzierungsmodellen. Das mag auch damit zu tun haben, dass viele Stadtkassen weniger Geld haben. Aber wir haben gelernt: Not macht auch erfinderisch. Wenn wir auf der Ebene der Bundesregierung nach innovativen Finanzierungsansätzen suchen, dann sehe ich mit Befriedigung, dass Sie auf kommunaler Ebene gleiche Versuche unternehmen. Die Fördertöpfe der EU spielen bei der Projektfinanzierung eine zunehmend wichtige Rolle und viele von Ihnen haben gelernt, Brüsseler Gelder für internationale Partnerschaftsprojekte einzuwerben.

Wer die Millenniumkampagne aufmerksam verfolgt, weiß, dass auch private Geber in den letzten Jahren bemerkenswerte Initiativen gezeigt haben, zum Beispiel beim Millennium-Entwicklungsziel 6, also der Bekämpfung von HIV/Aids. Die Belinda-Gates-Stiftung unterstützt den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose mit mehrstelligen Milliardenbeträgen. Doch, meine Damen und Herren, es geht hier nicht um die Oberliga der Philanthropen, es geht nicht nur um möglichst viele Nullen hinter dem Komma, manchmal reicht auch das Gespräch mit dem örtlichen Mittelständler, der regelmäßig fachliche Fortbildung für Menschen aus Partnerschaften anbietet oder bereit ist, in die Wirtschaft der Partnerstadt zu investieren zum beiderseitigen Nutzen.

**Das vierte brandaktuelle Handlungsfeld im Partnerschaftsansatz deutscher Kommunen:** der kommunale Klimaschutz. Bezug nehmend auf das Millennium-Entwicklungsziel 7, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, sind Programme zur Gebäudeisolierung, Energieeffizienzsteigerung, Umrüstung auf erneuerbare Energien, Verkehrs- und Stadtraumplanung eminent wichtig. Die Wirkung wird sich hoffentlich weltweit zeigen in Form von CO<sup>2</sup>-Einsparungen, Kompetenzgewinn und der Möglichkeit für kommunalen Know-how-Transfer zum Beispiel in Solarpartnerschaften.

Am 7. Juni 2007 wurde in Ruanda, dem Partnerland von Rheinland-Pfalz, die größte netzgekoppelte Solaranlage Afrikas eingeweiht. Die Stadtwerke Mainz stellten im Rahmen der Länderpartnerschaft über eine Million Euro zur Verfügung. Mit Unterstützung unseres Ministeriums bilden

die Rheinland-Pfälzer ruandische Solartechniker aus, die den reibungslosen Betrieb des Kraftwerks sicherstellen. Außerdem umfasst die Public Private Partnership zwischen den Stadtwerken Mainz und unserem Ministerium den Aufbau eines Mikrofinanzierungssystems für Solar-Start-Up-Unternehmen. Sie sehen also: Auch im Bereich stadtnaher Unternehmen oder ehemaliger stadtnaher Unternehmen liegt ein hohes Potenzial für Entwicklungszusammenarbeit.

**Das fünfte und letzte Handlungsfeld wird umschrieben mit „weltwärts“:** Im September fiel der Startschuss für den neuen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er richtet sich an junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren, die sich für sechs bis 24 Monate ehrenamtlich in unseren Partnerländern engagieren wollen. Die Altersangabe beinhaltet auch, dass die jungen Leute entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Fachhochschulreife oder Abitur oder ein abgeschlossenes Studium haben.

Wir wollen das Programm 2008 zunächst mit etwa 2.500 bis 3.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern beginnen und langfristig pro Jahr 10.000 jungen Menschen die Chance zur Teilnahme bieten, in dem wir einen monatlichen Zuschuss geben. Dabei wird dieses neue Programm in der bereits bestehenden breiten Palette unserer Entsendeorganisation eingebettet sein. Und da schaue ich natürlich auch in die Richtung der Kommunen mit ihren vielfältigen und oft langjährigen Partnerschaftsinitiativen. Erste Reaktionen der Städte und Gemeinde zeigen, dass wir auch für sie das richtige Instrument zur richtigen Zeit entwickelt haben. Wir sind gespannt, wie viele von Ihnen sich im Alleingang oder im kommunalen Doppel- und Dreierpack mit „weltwärts“ auf den Weg machen werden.

Meine Damen und Herren, die Millennium-Entwicklungsziele sind die einzigartige Chance für Weiterentwicklung und 2007 ist die Gelegenheit, um diesen Zielen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Internationales Engagement und internationale Vernetzung der Kommunen in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern und damit das Bewusstsein für die Eine Welt wachsen rasant. Das zweite Weltforum der Städte in Barcelona im Jahr 2004 hatte



4.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das dritte Weltforum der Städte in Vancouver 2006 hatte bereits 11.418 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Kommunen bringen aktiv ihre Stimmen ein. Sie stärken das Recht der Bürgerinnen und Bürger, an der Gestaltung einer lebenswerten Welt für alle mitzuwirken. Sie tun dies mit Blick auf reale Chancen, auf konkrete Nöte, auf individuelle Stärken, auf belastbare Erfahrungen. Sie sind die menschliche Vielfalt in der globalen Einheit!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

## > Fragen



**Dr. Carola Stein:** *Ich komme aus dem Innenministerium in Rheinland-Pfalz und habe viele Jahre die Partnerschaft von Rheinland Pfalz und Ruanda betreut. Meine Frage bezieht sich auf die finanzielle Situation der Kommunen. Viele Kommunen möchten gerne aktiv werden, aber können nicht oder ziehen sich aus finanziellen Gründen aus ihrem Engagement zurück, weil die Entwicklungszusammenarbeit eine freiwillige Leistung der Kommunen ist und sie sparen müssen. Wäre es nicht einmal Aufgabe der Bundesregierung, die verwaltungsrechtlichen Vorgaben so zu verändern, damit die Kommunen mehr Spielraum erhalten, um Aufgaben in der Entwicklungszusammenarbeit wahrzunehmen?*

**Erich Stather:** Ich würde ungern den Kommunen in ihre rechtliche Verfassung hineinreden wollen. Im Augenblick bin ich hier Vertreter der Bundesregierung und jede Kommune wird sich eine Einmischung in ihre Finanzspielräume verbieten. Natürlich ist die Entwicklungszusammenarbeit eine freiwillige Leistung, wie vieles im sozialen Bereich. Das ist ein Grundproblem in der Entwicklungspolitik. Das ist in der Bundesregierung übrigens auch nicht anders. Natürlich haben wir jetzt mehr Geld erhalten, was aber mit unserer internationalen Positionierung und den

Präsidentschaften in diesem Jahr zusammenhängt. Bei aller Achtung und Schätzung der Kollegen bin ich mir nicht sicher, ob jeder im Innenministerium oder Finanzministerium bis hin zu den Führungsetagen die Entwicklungspolitik für wichtig und was wir tun für richtig hält. Ebenso ist es in der Kommune. Ich fordere auch nicht, dass die Kommunen sich finanziell stärker engagieren müssen. Bei den Kommunen ist uns Entwicklungspolitikern der direkte Kontakt mit der Bevölkerung wichtig. Sie züchten die kleinen Pflänzchen, die uns später helfen. Wir sind zwar nicht bereit, die Aufgaben der Kommunen oder der Länder zu übernehmen, aber wir sind bereit, gute Dinge zu unterstützen – zumindest unter dem Aspekt, dass sie fortgeführt werden können oder dass sich jemand findet, der hilft.



**Dr. Gisela Burckhardt:** *Ich bin freie Gutachterin in der Entwicklungspolitik und arbeite ehrenamtlich bei der Kampagne für saubere Kleidung. Herr Stather, Sie hatten den fairen Einkauf angesprochen und die Anzahl von 80 Kommunen genannt, die Beschlüsse gefasst haben, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr einzukaufen. Leider haben sich die Kommunen aber nur auf die Norm zur Kinderarbeit bezogen und nicht auf alle ILO-Kernarbeitsnormen. Meine Frage an Sie: Was können Kommunen oder auch Nichtregierungsorganisationen tun, um Sie bei der bundesweiten Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der öffentlichen Beschaffung zu unterstützen? Eigentlich müsste ja nur die entsprechende EU-Richtlinie in Deutschland umgesetzt werden, wie es Frankreich, Belgien und viele andere Länder bereits getan haben.*

**Erich Stather:** Ich glaube, dass eine einzelne Kommune zu schwach ist so wie wir auch als einzelnes Ministerium zu schwach sind. Aber in der Frage haben wir eine breite Unterstützung innerhalb der Bundesregierung. Wie bereits erwähnt, liegen die Widerstände überwiegend beim Wirtschaftsministerium. Ich denke, dass diese Frage über kurz oder lang im Koalitionsausschuss behandelt werden muss. Denn wir können uns der europäischen Regelung nicht einfach entziehen, weil das Wirtschaftsministerium meint, sich schützend vor eine bestimmte Klientel stellen zu müssen. Um auf ihre Frage zurückzukommen: Ich meine, wenn der Deutsche Städtetag aktiv würde, hätte es ein Stückchen Gewicht. Aber ich glaube mit einzelnen Kommunen kommen wir nicht weiter.



**Thomas Fettback:** *Ich bin Oberbürgermeister der Stadt Biberach. Herr Staatssekretär, Sie haben zu Recht gesagt, dass sie den Kommunen nichts verordnen können. Auch bei der Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen vor einem Jahr in Hamburg haben wir diese Frage diskutiert. Aber wir haben in Hamburg auch einen tollen Vortrag aus den Niederlanden gehört, wo der Staat den Kommunen einen Topf mit sechs Millionen Euro für ihre Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt. Deswegen mein Plädoyer: Stellen Sie beispielsweise über den Deutschen Städtetag einen Etat zur Verfügung, der die Mittel dann nach bestimmten Kriterien verteilt. Das wäre sehr gut angelegtes Geld. Und ich bin überzeugt: Jeder Euro, den die Bundesregierung über Städtepartnerschaften in Entwicklungszusammenarbeit investiert, der verdoppelt bis verdreifacht sich durch örtliches Sponsoring, das*

*Engagement von Organisationen und weitere Fördermittel. Meine Stadt ist im Kaukasus aktiv und ich habe nachgerechnet: Was wir bisher über die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit von Ihnen erhalten haben, haben wir vor Ort in Biberach verdreifacht!*

**Erich Stather:** Man muss nicht alles tun, was die Niederländer tun. Man kann natürlich über solche Dinge diskutieren, aber wo ist der Anfang, wo ist das Ende? Im ersten Jahr umfasst ein solcher Topf sechs Millionen Euro, im zweiten Jahr müssen es dann schon zwölf Millionen Euro sein. Glauben Sie mir, ich weiß wovon ich rede: Mit sechs Millionen Euro können sie nicht die Masse der deutschen Städte in ihrer Entwicklungszusammenarbeit unterstützen. Zudem haben wir ein klares Prinzip im Föderalismus, wonach jeder seine Aufgaben hat. Wenn wir anfangen, die Aufgaben zu finanzieren, die sich Kommunen selber gestellt haben, stellt sich auch schnell die Frage, wie wir das mit den Ländern halten. Was ich anstreben würde, wäre eine konkrete Co-Finanzierung so wie wir es bei PPP auch machen. Wenn eine Stadt oder Kommune ein interessantes Projekt hat, das sie alleine nicht schultern kann, kann man im Einzelfall über Hilfen reden. Das haben wir auch bereits getan.

**Monika Dülge:** *Ich möchte auf Ihr Handlungsfeld 5 eingehen, nämlich weltwärts. Wir sind alle begeistert von diesem neuen Programm. Aber gerade auch als Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) haben wir auch einige Kritikpunkte. In der vergangenen Woche war ich auf dem großen Bildungskongress in Nürnberg, der auch von InWEnt in Kooperation mit VENRO veranstaltet wurde. Bei diesem interessanten Austausch über globales Lernen wurde deutlich, dass wir uns auch stärker mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie die Prozesse des globalen Lernens stattfinden. Da der Freiwilligendienst ebenfalls ein Instrument des globalen Lernens ist, wurde die Idee geboren, diesen Freiwilligendienst wissenschaftlich zu begleiten und zu erforschen. Das möchte ich Ihnen als Anregung gerne mit auf den Weg geben.*

**Erich Stather:** Ich habe kein Problem damit, dass wir das Programm in welcher Form auch immer begleiten. Wir werden darüber nachdenken. Aber ich bin in solchen Fragen



ein praktisch denkender Mensch. Deswegen möchte ich sagen: Lassen Sie uns erst einmal das Schiff zum Schwimmen bringen und schauen, wie sich das Programm in den ersten Monaten entwickelt und ob es den Nichtregierungsorganisationen gelingt, auch das umzusetzen, was wir uns alle von weltwärts erhoffen.

**Josef Ahlke:** *Ich komme von der Stadt Erfurt. Herr Stather, im Zusammenhang mit der ODA-Quote betonten Sie, dass Deutschland insbesondere was den Bundeshaushalt be-*



*trifft, auf einem guten Weg sei. Da klang auch Kritik an den Ländern durch. Mich würde interessieren, was genau Ihre Kritik an den Ländern ist? Wir wollen natürlich weder vom*

Bund noch den Ländern in der kommunalen Hoheit begrenzt oder eingeschränkt werden. Aber das Land Thüringen hat eine Förderrichtlinie Lokale Agenda 21 aufgelegt, aus der wir Kommunen Mittel für gute Konzepte erhalten. Wenn eine solche Förderung über die Bundesregierung und über die Länderebenen als roter Faden



erkennbar wäre, würde uns das bei unserem Oberbürgermeister, unserem Stadtrat und unserer Kämmerin helfen, den freiwilligen Anteil von dem Sie sprachen, erhöht zu bekommen. Meine Bitte also: Spezifizieren sie Ihre Kritik an den Ländern.

**Walter Leitermann:** *Ich bin beim Deutschen Städtetag zuständig für den Bereich Europa und Ausland und stellvertretender Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Sie haben betont, dass Sie nicht in die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben eingreifen. Trotz Föderalismus plädiere ich aber dafür, dass wir zu der Auffassung kommen, dass wir gemeinsam an einem Ziel arbeiten. Dieses Ziel heißt Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungskooperation und Armutsbekämpfung. Ausgehend davon sollten wir überlegen, wo wir gemeinsam handeln können und jeder seinen Teil einbringen kann. Dies wäre auch eine schöne Anerkennung des Beitrages, den die Kommunen leisten können. Wir sind keine Experten in der Entwicklungszusammenarbeit, aber wir können Fachwissen*

*einbringen. Im Deutschen Städtetag haben wir eine Kooperation mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Die GTZ ist sicherlich keine Einrichtung mit originär kommunaler Kompetenz, aber sie hat Entwicklungskompetenz. Wir haben keine Entwicklungskompetenz. Deshalb würde ich mir wünschen, dass auf den Ebenen – Bund, Länder und Kommunen –, diese Kooperation endlich begriffen wird als individueller Beitrag der drei Ebenen zu einem gemeinsamen Ziel und dass auch entsprechend gehandelt wird. Als Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind Sie über die Einrichtungen, die Sie finanziell unterstützen, in kommunalen Themen und in vielen Ländern tätig. Viele Kommunen sind vielleicht in der Nachbargemeinde über eine Partnerschaft aktiv. Keiner weiß vom anderen. Ich glaube, dass es noch sehr viel Potenzial gibt, hier Aktivitäten zusammenzuführen.*

**Erich Stather:** Das war jetzt keine Frage, sondern ein Statement. Ich sehe das im Übrigen nicht so. Schauen Sie doch einmal in die Länder: Die dort arbeiten, wissen alle voneinander. Es kommt eher selten vor, dass wir etwas tun und daneben macht eine Kommune etwas anderes. Ansonsten bin ich im Prinzip auf Ihrer Seite.

Die andere Frage will ich Ihnen konkret beantworten. Ich muss mir nur die Zahlen ansehen: Nach den jüngsten Statistiken, die ich kenne, haben die Länder einen Anteil an der ODA von etwa 660 Millionen Euro. Davon sind etwa 620 Millionen Euro fiktive Studienplatzkosten. Die tatsächlichen Summen pendeln sich also bei 39 bis 40 Millionen Euro ein. Diese Summe lag vor zwei oder drei Jahren noch bei 60 Millionen Euro. Ich will dies jetzt gar nicht aufschlüsseln auf einzelne Länder. Ich stelle nur fest, dass bei den Ländern die Zahlen der tatsächlichen Leistung zurückgehen.

**Chris Boppel:** *Ich bin im Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration NRW zuständig für den Bereich Eine-Welt-Politik. Herr Stather, ich glaube, es ist wenig hilfreich, mit den Ländern eine ODA-Quotendiskussion zu beginnen. Die Länder leisten im Moment etwa 0,6 Prozent der originären deutschen ODA-Leistungen. Das ist sehr wenig, aber es war in der Relation niemals viel mehr. Der Länderanteil ging nie über ein bis 1,2 Prozent*



**Ulrich Nitschke:** Ich freue mich immer, wenn auch einmal eine Kontroverse aufkommt. Die Diskussion zwischen Bund und Ländern wird sicher weiterführt werden, zumal es da auch viele gemeinsame Schnittstellen beispielsweise zur deutschen UN-Stadt Bonn gibt. Als Leiter der Servicestelle und auch als Bildungsabteilungsleiter bei InWEnt möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Diskussion im Bund-Länderausschuss Entwicklungszusammenarbeit im September in Schwerin hinweisen, wo darüber nachgedacht wurde, wie sich die Länder neu in der Entwicklungszusammenarbeit positionieren wollen. Nach 1988 gab es 1998 den letzten Ministerpräsidentenbeschluss zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder. Ich glaube, wenn es 2008 zu einem neuen Beschluss käme, würde dies dem kooperativen Blick und dem Zusammenwirken aller drei politischen Ebenen dienen wie es auch Herr Leitermann eingefordert hat.

Bei Ihnen, Herr Stather, bedanke ich mich ganz herzlich dafür, dass Sie gekommen sind und sich diesen kritischen Fragen gestellt haben und freue mich, wenn wir weiter im Dialog bleiben.

*hinaus. Deswegen ist die Frage, die deutsche ODA zu steigern, nicht die Frage, was die Länder beitragen. Es gilt, die Länder jetzt nicht durch Finanzforderungen zu belasten. Es geht vielmehr darum, sie zu motivieren und zu legitimieren, damit die Arbeit weitergeht. Nordrhein-Westfalen hat seine ODA-Leistungen im Übrigen nicht reduziert. Wir bringen mit etwa 19 Millionen Euro im Jahr 2006 über 40 Prozent dessen ein, was alle Länder zusammen aufbringen. Was die Studienkollegs angeht: Sie werden in NRW abgeschafft. Das ist Wille der Mehrheit gewesen. Wir werden aber speziell für Studenten aus Entwicklungsländern ein maßgeschneidertes eigenes Angebot entwickeln, das diese Studienkollegs ersetzt.*

**Erich Stather:** Ich habe Nordrhein-Westfalen wegen der Frage der zurückgehenden Leistungen der Länder nicht erwähnt oder angesprochen. Ich habe nur den statistischen Durchschnittswert für die Zahlung der Länder des Statistischen Bundesamtes genannt und die muss man bei einer solchen Gelegenheit sagen dürfen. Und danach sind die tatsächlichen Leistungen der Länder deutlich zurückgegangen.



## IV. Podiumsdiskussion

### Millennium-Entwicklungsziele – Was hat das mit meiner Kommune zu tun?

Teilnehmer:

**Dr. Renée Ernst,**

Beauftragte für die UN-Millenniumkampagne in  
Deutschland

**Dr. Maria Hohn-Berghorn,**

Leiterin des Vorstandsreferates für Internationale  
Angelegenheiten und Repräsentation der Stadt Bonn

**Monika Dülge,**

Mitglied im Vorstand des Verbandes der deutschen  
Nichtregierungsorganisationen

**Sven Harmeling**

Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch

Moderator:

**Ulrich Nitschke,**

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen  
Welt/InWEnt gGmbH

**Ulrich Nitschke:** *Ich darf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich auf das Podium bitten. Aus aktuellem Anlass möchte ich mit der Beauftragten für die UN-Millenniumkampagne in Deutschland, Dr. Renée Ernst, beginnen. Denn gestern war ein sehr wichtiger Tag für die deutsche UN-Kampagne. Was war gestern in Berlin?*

**Dr. Renée Ernst:** Gestern war der Internationale Tag der Armutsbekämpfung. Millionen von Menschen auf der ganzen Erde sind aufgestanden und haben unter dem Motto „Stand up – speak out“ ihre Stimmen gegen Armut erhoben. Bereits bei der ersten Kampagne im vergangenen Jahr hatten sich weltweit 23 Millionen Menschen beteiligt. Das war schon phänomenal und unsere Hoffnung, diesen Weltrekord in diesem Jahr zu brechen, hat sich erfüllt. Wie ich gerade erst aus New York erfahren habe, sind in diesem Jahr noch einmal 15 Millionen Menschen für die Millenniumziele aufgestanden. Damit haben sich weltweit 38 Millionen Menschen an der Aktion beteiligt. Und das ist – denke ich – einen Applaus wert.

Das ist auch eine Zahl, die die politisch Verantwortlichen nicht mehr überhören können. Immer mehr Menschen haben das Thema auf der Agenda und wollen, dass die politisch Verantwortlichen handeln.

Bei der zentralen deutschen Veranstaltung in Berlin vor dem Sony-Center waren etwa 1.500 Menschen. Aber die Zahl allein war nicht das Entscheidende. Es ging uns darum, dass





die Aktion in den Medien bekannt gemacht wird. Und das haben wir geschafft. Wir waren in den ARD-Nachrichten, in den ZDF-Nachrichten und im Morgenmagazin. Wir haben also die mediale Aufmerksamkeit für das Thema erhalten, so wie wir es uns gewünscht haben.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr mit 150.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben sich bundesweit in diesem Jahr zwar weniger Menschen beteiligt als im Vorjahr, aber das liegt daran, dass wir diesmal leider nicht mit den Fußballstadien zusammenarbeiten konnten. Im vergangenen Jahr haben wir bei Spielen auch die Menschen in den Stadien aufstehen lassen.

Wir hatten in mehr als 300 Städten und Gemeinden einzelne Aktionen, und da waren ganz phantastische Events dabei. In Heidelberg gab es wieder Schülerbeauftragte für die Millenniumziele, die allein 7.500 Menschen mobilisiert haben. Das zeigt: Die Saat geht auf! Die Menschen begreifen, dass die Millenniumziele nur erreicht werden können, wenn sie dahinter stehen und mitmachen. Das haben wir übrigens auch hier in Bonn gesehen: Die Vereinten Nationen sind komplett aufgestanden zusammen mit der Deutschen Welle und der Post. Die vielen tollen Events überall machen mir persönlich auch Mut, weil ich das Gefühl habe, dass es vorangeht. Wir sind eine wachsende Bewegung und dafür danke ich vor allem Ihnen, weil Sie diejenigen sind, die vor Ort aktiv sind.

**Ulrich Nitschke:** *Das freut mich besonders, zumal es auch kritische Stimmen gab bezüglich der reinen Auflistung von Zahlen – auch bei InWEnt. Wir haben dann aber fast alle mitgemacht.*

**Dr. Renée Ernst:** Ja, InWEnt hat mitgemacht und einige waren auch im Sony-Center dabei. Das war wirklich toll, denn die hatten auch eine Gruppe von Journalisten aus aller Welt mitgebracht.

**Ulrich Nitschke:** *Hier sind heute Akteure versammelt, die zum Teil seit zehn und mehr Jahren in Kommunen Entwicklungsarbeit betreiben, und auch die Erfahrung gemacht haben, wie schwierig globale Themen vor Ort sichtbar zu machen sind. Wie sind die Langzeitwirkungen solcher Aktionen wie „Stand up – speak out“?*

**Dr. Renée Ernst:** Es geht nicht nur um ein einmaliges Aufstehen. Kein Mensch geht freiwillig auf einen Platz und steht auf, wenn er nicht einen Sinn darin sieht. Sie tun dies aus Überzeugung. Dieser Aktionstag hat den Zweck, der Eine-Welt-Bewegung politisch Nachdruck zu verleihen. Das ist mit den Millennium-Toren ähnlich. Sie sind auch nur ein Vehikel, um das Thema der Millenniumziele in den jeweiligen Städten endlich auf die Agenda zu bringen. In Greifswald waren beispielsweise mehr als 50 verschiedene Aktionsgruppen an den Toren beteiligt, die vorher zum Teil nichts voneinander wussten, und die quasi unter den Toren zusammengefunden haben. Unter dem Dach der Millennium-Entwicklungsziele können sie nun gemeinsam ihre politischen Forderungen vor Ort ganz anders artikulieren und dadurch auch mehr politisches Gewicht erhalten. Auch bei der Städte-Tour durch die acht Hansestädte, die wir vor dem G 8-Gipfel veranstaltet haben, gab es eine hochinteressante Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich bislang noch nie mit globalen Themen auseinandergesetzt hatten. Es geht also darum, Themen und Projekte anzustoßen, die dann vertieft und weiter getragen werden.

**Ulrich Nitschke:** *Frau Hohn-Berghorn, was haben die acht Millennium-Entwicklungsziele mit der Stadt Bonn zu tun?*

**Dr. Maria Hohn-Berghorn:** Als jemand, der in der Kommune arbeitet, frage ich mich zunächst eigentlich immer: Warum müssen Begriffe wie Millennium-Entwicklungsziele auf uns zurollen? Warum rollt Lokale Agenda auf uns zu? Bevor man die Kommunen mit solchen Begriffen konfrontiert, sollten sich die Verantwortlichen überlegen, ob man diese Begriffe nicht vernünftig herunterbrechen könnte. Wir sind nämlich immer diejenigen, die die Übersetzungsleistung vollbringen müssen.

Ich kann mich noch gut erinnern, als der Begriff Lokale Agenda auf uns herunterprasselte. Diejenigen, die die Post bearbeitet haben, waren froh, irgendwo das Wörtchen Umwelt zu entdecken, weil sie dann ein Amt hatten, in das sie es schieben konnten – obwohl das im Grunde genommen der Gesamtphilosophie der Lokalen Agenda überhaupt nicht entsprach.

Zu Ihrer Frage: Bonn ist UN-Stadt, bei uns sitzen das Klimasekretariat und das Wüstensekretariat, bei uns sitzen Sekretariate, die sich der nachhaltigen Entwicklung verschrieben haben. Insofern ist es für uns schon fast eine Pflichtaufgabe, diese schönen lateinischen Begriffe an unsere Bürgerinnen und Bürger zu übersetzen. Wir tun dies auf verschiedene Weise: mit Veranstaltungen oder PR-Aktionen. So gab es gestern auch in unserer Stadt mehrere Events. Wie bereits erwähnt, sind unsere UN-Mitarbeiter, die Deutsche Post WorldNet und die Deutsche Welle aufgestanden. Aber es gab noch etwas Besonderes: Während normalerweise ein Ausschuss die Verwaltung mit einer Aufgabe betraut, hat unser Ausschuss für internationale Angelegenheit und Lokale Agenda von sich aus eine Aktion organisiert und sich bei der Verwaltung lediglich ein paar Tipps und Hinweise abgeholt. Das fanden wir in der Verwaltung wirklich toll und es hat im Bereich Internationales eine neue Kultur zwischen Politik und Verwaltung etabliert.

**Ulrich Nitschke:** *Der von Ihnen erwähnte Ausschuss hat bereits vor zehn Jahren begonnen, ein Partnerschaftskonzept mit konkreten Handlungsfeldern für die internationale*



*Arbeit zu erarbeiten. Wie schätzen Sie nach zehn Jahren Arbeit das Konzept ein und was empfehlen Sie anderen Kommunen in der konzeptionellen Zusammenarbeit auf Partnerschaftsebene?*

**Dr. Maria Hohn-Berghorn:** Wir haben in Bonn einige „exotische“ Partner. So pflegen wir unter anderem Partnerschaften mit Minsk in Weißrussland, Ulan Bator in der Mongolei, Buchara in Usbekistan sowie La Paz in Bolivien. Wir haben damals Kriterien erarbeitet, um objektiv zu sehen, warum wir uns die jeweiligen Partner ausgewählt haben, ob und welche Kontakte bestehen und in welchen Bereichen gegenseitiges Interesse besteht, zusammen zuarbeiten. Eine andere wichtige Frage war, ob für die verschiedenen Kooperationen möglicherweise EU-Fördermittel zur Verfügung stehen – nicht umsonst liegt Buchara in Zentralasien und die Mongolei im TACIS-Fördergebiet.

Nach zehn Jahren ist die Bilanz durchaus positiv und wir haben sicherlich einen kleinen Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit leisten können. Neben vielen Projekten konnten wir in dieser Zeit vor allem Partner zusammenbringen, was ich gerne an einem kleinen und aktuellen Beispiel verdeutlichen möchte. Anlässlich der Frühwarn-Konferenz im Frühjahr 2006 in Bonn haben wir eine kommunale Vorkonferenz durchgeführt, an der auch der Oberbürger-



meister von La Paz teilgenommen hat. Da die Stadt große Probleme bei der Prävention von Naturkatastrophen hat und Investitionsmittel sucht, haben wir damals ein Essen mit dem Geschäftsführer des deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge des ISDR-Frühwarnsekretariats der Vereinten Nationen organisiert. Unter anderem konnte mit deren und unserer Hilfe ein Antrag für ein Projekt gestellt werden. Und gerade heute habe ich die Nachricht erhalten, dass das Auswärtige Amt zusammen mit anderen Partnern die Finanzierung übernimmt. Das sind Dinge, die eine Kommune tun kann. Wir können sicher keine großen Projekte in Angriff nehmen, aber wir können uns mit Partnern zusammenschließen und Kontakte herstellen, die unseren Partnerkommunen helfen.

**Ulrich Nitschke:** Würde Ihnen bei Ihrer Arbeit ein kleiner Bundesmittelzuschuss nicht helfen? Oder wäre das aus Ihrer Sicht eine Einmischung in Bonner Angelegenheiten, so wie es Staatssekretär Stather in seiner Rede formuliert hat?

**Dr. Maria Hohn-Berghorn:** Ich würde das überhaupt nicht als Einmischung betrachten. Im Gegenteil: Ich würde mich riesig freuen. Ich habe auch einen Hoffnungsschimmer in seiner Andeutung gesehen, dass er sich im Einzelfall eine Unterstützung von Seiten seines Ministeriums an einem konkreten guten Projekt vorstellen könnte. Das war aus meiner Sicht bereits ein kleiner Fortschritt.

**Ulrich Nitschke:** Herr Harmeling, seit der Gründung von Germanwatch steht die konkrete Nord-Süd-Lobbyarbeit im Zentrum Ihrer Arbeit. Wie sieht der konkrete Beitrag von Germanwatch aus? Wo und was muss sich aus Ihrer Sicht im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und Kommunen verändern?

**Sven Harmeling:** Wir versuchen, Entwicklungspolitik als „Strukturpolitik im Norden“ zu verstehen. Das heißt, dass wir uns verschiedene politische Konzepte in Deutschland ansehen, die für eine nachhaltige Entwicklung im Süden relevant sind. Das fängt beim Klimaschutz an und geht weiter über Unternehmensverantwortung bis hin natürlich zu der Frage, was Kommunen tun können. Zurzeit ist das zwar kein Schwerpunkt unserer Arbeit, allerdings haben wir in

der Vergangenheit immer wieder auch mit Regionalgruppen in Kommunen konkret zusammengearbeitet.

Mein Schwerpunktthema und insgesamt ein Schwerpunktthema von Germanwatch ist das Thema Klimawandel und Klimaschutz. In diesem Bereich haben natürlich auch die Kommunen eine ganz zentrale Rolle. Zum einen sind sie sozusagen „Täter“, da die Menschen in Städten global gesehen die meiste Energie verbrauchen und daher auch die meisten Treibhausgase emittieren. Gleichzeitig werden die Menschen in Städten, insbesondere in Küstenbereichen, auch am stärksten vom Klimawandel betroffen sein. Hier geht es uns darum, dass die Kommunen sich ihrer Verantwortung stellen und mit dazu beitragen, dass Deutschland seine Emissionen insgesamt deutlich verringert. Und hier ist natürlich auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen gefragt.



**Ulrich Nitschke:** Herr Harmeling, Sie sind auch einer der Mitbegründer von „Atmosfair“. Welche Kommunen sind dort bereits aktiv und mit welchem Erfolg? Und was erwarten Sie von den 12.500 kommunalen Gebietskörperschaften in Deutschland?

**Sven Harmeling:** Das Projekt „Atmosfair“ informiert über die Klimabelastungen speziell durch den Flugverkehr. Ein

erster Ansatz ist, dass wir dazu aufrufen, Flüge möglichst zu vermeiden. Denn Dienstflüge können zum Teil durch Videokonferenzen ersetzt werden. Als zweite Möglichkeit appellieren wir an Kommunen und Unternehmen, die Emissionen, die durch nicht vermeidbare Flüge entstehen, durch einen freiwilligen finanziellen Beitrag auszugleichen, der dann Klimaschutz-Projekten im Süden zu Gute kommt.

Was nun die Anzahl der Kommunen in Deutschland angeht, die sich an dem Projekt beteiligen, bin ich nicht ganz auf dem aktuellen Stand. Aber die erste Kommune, die beschlossen hat alle ihre Dienstflüge über Atmosphär zu kompensieren, war Tübingen. Ansonsten haben die Kommunen natürlich eine Reihe weiterer Entscheidungsmöglichkeiten, um zum Klimaschutz beizutragen. So ist beispielsweise die öffentliche Beschaffung auch ein Thema des Klimaschutzes, das noch mehr beachtet werden sollte. Ich denke, dass sich spätestens in ein paar Jahren jede Kommune fragen lassen muss, ob sie für ihre eigenen Gebäude klimafreundlichen Öko-Strom bezieht oder ob sie sich am Neubau von Kohlekraftwerken beteiligt. Das ist eine wesentliche Frage für den Klimaschutzweg der nächsten 30 bis 40 Jahre und wird in den nächsten fünf Jahren entschieden werden. Einige Kommunen haben hier bereits Zeichen gesetzt wie beispielsweise die Stadt Krefeld, die den Neubau eines Kohlekraftwerkes zunächst abgelehnt hat.

**Ulrich Nitschke:** *In den Workshops morgen werden wir solche Praxisbeispiele in den Dialog bringen. Frau Hohn-Berghorn könnte zu dieser Problematik sicher ein Ko-Referat über die Prüfverfahren halten, die eine Kommunalverwaltung in solchen Fällen einhalten muss.*

*Damit möchte ich zur vierten Podiumsteilnehmerin übergehen: Monika Dülge. Wir haben vor 15 Jahren zusammen Landesnetzwerke aufgebaut. Heute bist Du im Vorstand von VENRO für die Eine-Welt-Landesnetzwerke. Was möchte der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen von den Kommunen? Wo gibt es gute Beispiele der Kooperation? Was muss sich verbessern? Wohin geht die Reise, damit die Millennium-Entwicklungsziele vor Ort sichtbar werden?*

**Monika Dülge:** VENRO sieht die Kommunen als natürliche Partner, was sich auch an der Zusammensetzung dieser Konferenz zeigt. Mit Aktionen wie der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ wollen wir vor Ort in und mit den Kommunen Prozesse für die Eine-Welt-Arbeit anschieben. Da gibt es auch bereits viele beeindruckende Beispiele. So haben wir allein in den vergangenen sechs Monaten mehr als 50 Aktionstage zu den Millennium-Entwicklungszielen mit Kommunen und Nichtregierungsorganisationen durchgeführt.



Dazu ein schönes Beispiel: In Lünen hat eine Einzelperson mehr als 25 Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Umwelt und Entwicklung zusammengeführt, die nun gemeinsam versuchen, die Millenniumziele im Rathaus und in der Stadt zum Thema zu machen. Das ist umso bemerkenswerter als die Stadt eher durch sein Kohlekraftwerk bekannt ist. Ein weiteres Beispiel ist die Stadt Düsseldorf, die erst kürzlich Hauptstadt des Fairen Handels geworden ist. Gemeinsam mit dem Koordinator für die Eine-Welt-Arbeit haben wir geschaut, in welchen Bereichen Stadt und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten können. Und da haben wir eine Fülle von Möglichkeiten gefunden –

angefangen vom Gartenbauamt für die fairen Blumen, dem Friedhofsamt für die fairen Grabsteine, dem Bauamt für die fairen anderen Steine, dem Sportamt für die fairen Bälle, dem Schulamt für Bildungsprogramme, dem Umweltamt für den kommunalen Klimaschutz und viele andere mehr. Das sind Aufgaben, die die Nichtregierungsorganisationen für sich in den Kommunen sehen. Und ich denke, dass VENRO mit seiner Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ und natürlich auch in Zusammenhang und Zusammenarbeit mit der UN-Kampagne für die Millenniumziele hier einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

Dazu vielleicht noch ein interessantes Ergebnis: Nach einer von uns bei Infratest in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bekanntheitsgrad der Millenniumziele in Deutschland hielten es mehr als 90 Prozent der Bevölkerung kurz vor der Reise der Kanzlerin nach Afrika für wichtig, dass sich Deutschland für konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung speziell in Afrika einsetzt. Nach dieser Umfrage haben mittlerweile auch 70 Prozent der Menschen schon einmal etwas von den Millennium-Entwicklungszielen gehört.

**Ulrich Nitschke:** *Die Deutschen lernen zwar schnell, aber das kann eigentlich nicht sein. Das waren vor zwei Jahren gerade einmal elf Prozent.*

**Monika Dülge:** Doch, das stimmt. Genau 68,7 Prozent der Befragten hat bereits von den Millennium-Entwicklungszielen gehört, wobei das Wort „gehört“ natürlich interpretationsfähig ist. Außerdem wissen wir nicht, was sich die Menschen genau unter den Millenniumzielen vorstellen. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich immer die Frage, ob Aktionen wie „Stand up – speak out“ als Information wirklich ausreichen. Solche Kampagnen sind nur ein Aufhänger, an dem man anknüpfen muss. Wir haben im Rahmen unserer Kampagne zahlreiche Aktionstage durchgeführt, um die breite Bevölkerung erst einmal zu informieren und dann haben wir Bildungsmodule wie beispielsweise das Eine-Welt-Mobil nachgeschoben, das mit Programmen in die Schulen fährt und das Thema dort dann mit den jungen Menschen vertieft. Das betrachten wir als unsere Aufgabe: Auf der einen Seite niederschwellige Angebote für die breite Öffentlichkeit und auf der anderen

Seite vertiefende didaktisch gut aufbereitete Modelle und Programme anzubieten, mit denen das Thema dann vertieft werden kann.

**Ulrich Nitschke:** *Das sind wirklich erstaunliche Zahlen. Das überrascht mich persönlich. Die Wissenschaftlichkeit dieser Studie werden wir sicher im Nachgang dieser Konferenz noch einmal kritisch diskutieren.*

#### **Hinweis:**

*Die Ergebnisse der Umfrage, auf die sich  
Monika Dülge  
vom Verband der deutschen  
Nichtregierungsorganisationen (VENRO)  
in der Podiumsdiskussion bezogen hat, finden  
sich in der VENRO-Pressemitteilung vom  
2. Oktober 2007 unter dem Internetlink  
[www.venro.org/presse/archiv/pm-30-2007.pdf](http://www.venro.org/presse/archiv/pm-30-2007.pdf).*

## V. Workshops

### Praxisbeispiele im Dialog

**Ein ganzer Konferenztag war guten Beispielen aus der Praxis gewidmet. In vier Workshops befassten sich die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer mit den Themen „Fairer Handel und faire Beschaffung“, „Kommunale Partnerschaften“, „Finanzierungsmodelle“ sowie „Klimaschutz und Energie“.**

Unter dem Motto „Millennium-Entwicklungsziele – Was hat das mit meiner Kommune zu tun?“ bot der Workshop am 19. Oktober 2007 zahlreiche Beispiele und Handlungsoptionen zur praktischen Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vor Ort in den Kommunen. Damit die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer sich nicht nur auf ein Workshop-Thema beschränken mussten, wurde jeder der vier Workshops jeweils am Vormittag und am Nachmittag angeboten.

Im Workshop „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ stand das erste Millennium-Entwicklungsziel „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ im Mittelpunkt. Praxisbeispiele aus Bonn, München, Dortmund und Ravensburg zeigten, wie die Beachtung und Einforderung von fairen Arbeits-, Sozial- und Ökostandards in Zulieferer- und Produzentenländern zur Schaffung und Erhöhung von Einkommen beitragen und damit Armut reduzieren oder verhindern können.

Wie Partnerschaften von Kommunen zum Aufbau einer weltweiten Partnerschaft und damit zum achten Millennium-Entwicklungsziel beitragen können, thematisierte der Workshop „Kommunale Partnerschaften“. Die Praxisbeispiele aus Halver, Magdeburg, Rheinland-Pfalz, Biberach und Nürnberg machten eindrucksvoll deutlich, wie Partnerschaften zwischen Staaten, Ländern, Kommunen und Vereinen das Bewusstsein für die eigene Verantwortung stärken und konkrete Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten eröffnen können. Denn innerhalb von Kommunalpartnerschaften werden Erfahrungen zu globalen Themen ausgetauscht, lokale Initiativen geschaffen und Maßnahmen direkt erfahrbar. Projektpartnerschaften auf kommunaler Ebene ermöglichen zudem einen individuellen Bezug zur Partnerstadt und zum Partnerland, sind häufig

langfristig angelegt und können auch der lokalen Wirtschaft einen direkten ökonomischen Nutzen bieten.

Der häufig schwierigen Frage der Finanzierung von Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit ging der Workshop „Finanzierungsmodelle“ nach. Die unterschiedlichen Praxisbeispiele zeigten dennoch zahlreiche Möglichkeiten auf, die von EU-Fördermitteln über Bundes- und Landesmittel bis hin zum Sponsoring und Fundraising reichen. Zudem zeigte das Beispiel aus der Stadt Neuss, wie eine Kommune auch ohne ein konkretes Projekt mit Hilfe einer Einlage beispielsweise bei Oikocredit direkt einen Beitrag zur Selbsthilfe in den Entwicklungsländern leisten kann.

Der Workshop „Klimaschutz und Energie“ befasste sich schließlich mit der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und stellte damit das siebte Millennium-Entwicklungsziel in den Fokus. Die Praxisbeispiele zeigten eindrucksvoll, was vor Ort für den Klimaschutz und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und damit für den Klimaschutz getan werden kann. Zudem wurde auch deutlich, dass Klimaschutz in den Industrienationen indirekt auch zur Bekämpfung der Armut beiträgt.

Auf den Folgeseiten dieser Dokumentation stellen wir Ihnen die Praxisbeispiele aus den vier Workshops in Kurzform vor, wobei Ihnen die angegebenen Kontaktadressen und Internetseiten bei der weiteren Recherche helfen sollen.

## > Workshop 1

### „Fairer Handel und Faire Beschaffung“

#### Bonn gegen ausbeuterische Kinderarbeit

Referent: Christoph Bartscher,  
Zentraler Vergabeservice der Bundesstadt Bonn

**Die Bundesstadt Bonn gehört zu den ersten Städten in Deutschland, die bei Beschaffungen der Verwaltung auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit verzichten. Auf diese Weise will sich die Stadt gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen für Kinder in vielen Teilen der Welt einsetzen.**

Wie Christoph Bartscher vom Zentralen Vergabeservice der Bundesstadt Bonn erläuterte, hat der Rat der Stadt im Jahr 2004 beschlossen, keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit einzukaufen und die Verwaltung beauftragt, im städtischen Vergabeprozess entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Rat folgte damit einem Bürgerantrag der Bonner Arbeitsgruppe von „terre des hommes“.

Die Bundesstadt Bonn sieht das Thema „faire Beschaffung“ als Teil des Agenda 21-Prozesses. Ausbeuterische Kinderarbeit ist ein Teil gesellschaftspolitischer Missstände und muss im Kontext mit sozialpolitischen und umweltschutzpolitischen Fragen gesehen werden. Die Beschaffer müssen für die Thematik sensibilisiert werden. Das Verhalten öffentlicher Beschaffer soll Vorbild sein und Signal für den Handel.

Bieter müssen bei der Angebotsabgabe seit Anfang Oktober 2004 in der Stadt Bonn eine der folgenden Bestätigungen vorlegen:

- eine unabhängige Zertifizierung, die bestätigt, dass das Produkt nicht mittels ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt oder bearbeitet wurde – zum Beispiel ein Fair-Handels-Siegel oder Rugmark-Siegel



- die verbindliche Zusage des Unternehmens, dass das Produkt nicht mittels ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt oder bearbeitet wurde, wobei diese Bestätigung auch die Aktivitäten aller Lieferanten und Subunternehmer abdecken muss
- eine verbindliche Zusage, dass das Unternehmen, dessen Lieferanten und Subunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen gegen den Einsatz von Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 eingeleitet haben

Diese Bietererklärung ist Teil eines Informationsschreibens an die Firmen, die in folgenden Segmenten Waren anbieten:

- Bälle
- Sportartikel- und Sportbekleidung
- Dienst- und Schutzkleidung
- Spielwaren
- Teppiche
- Natur- und Pflastersteine (Grabsteine)
- Lederwaren
- Billigprodukte aus Holz
- Kaffee, Tee, Kakao, Orangensaft

Ziel der Bietererklärung ist es, den Bieterkreis vorzubereiten. Diese Information wurde durch Presseveröffentlichungen begleitet.

#### **Problemfelder und Lösungsansätze:**

- Es gibt Schwierigkeiten bei der Überprüfung der Erklärungen.
- Je höher die Qualität, umso weniger besteht das Risiko, dass die Ware aus ausbeuterischer Kinderarbeit kommt.
- Die Vertriebspartner müssen informiert und sensibilisiert werden, damit sie ihre Vertriebswege überprüfen.

#### **Ergebnisse und Erfahrungen:**

- Im Bereich der Sportartikel haben alle Bieter den Erklärungsvordruck ausgefüllt: teilweise DE/EU-Produktion beziehungsweise Variante Zweidrittel gewählt.
- Im Bereich der Lebensmittel Kaffee und Tee für die Seniorenzentren wurden die niedrigsten Angebote wegen fehlender Erklärung ausgeschlossen und der Zuschlag auf Angebote erteilt, die die zweite Variante erfüllen.
- Im Bereich Naturstein wurde bei der Lieferung und Montage für die Verblendung einer Aufzugsanlage das Angebot des Mindestbietenden – Naturstein aus China – wegen fehlender Erklärung ausgeschlossen.

#### **Ziele der Aktivitäten:**

- Kommune als Vorbild und Multiplikator
- Einhaltung von Sozialstandards

#### **Beteiligte Partner:**

- Fachdienststellen
- Lieferanten

#### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

Der Erklärungsvordruck ist fester Bestandteil des städtischen Vergabehandbuchs und wird im Einzelfall den Ausschreibungen beigelegt und in der Wertung gegeben-

falls berücksichtigt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden regelmäßig mit einem Newsletter über aktuelle Entwicklungen informiert und für den Themenkreis „Sozialstandards“ sensibilisiert.

#### **Geplante Aktivitäten:**

Zurzeit wird geprüft, ob die Einhaltung von Sozialstandards auf alle ILO-Kernarbeitsnormen übertragen werden kann. Die Haltung der Bundesregierung zur Berücksichtigung von Sozialstandards bleibt abzuwarten.

#### **Positive Ergebnisse:**

- Das „Beispiel Bonn“ dient vielen Kommunen als Vorbild, dies zeigen eine Vielzahl von Anfragen anderer Kommunen sowie das überregionale Presseecho.

#### **„Stolpersteine“:**

- Die Forderung nach einer entsprechenden Erklärung bewegt sich vergaberechtlich auf „dünnem“ Eis.
- Eine Regelung durch Bundesgesetz wird dringend erwartet.

#### **Weitere Informationen:**

Bundesstadt Bonn  
Zentraler Vergabeservice  
Christoph Bartscher  
Berliner Platz 2  
53103 Bonn

E-Mail: [christoph.bartscher@bonn.de](mailto:christoph.bartscher@bonn.de)  
Internet: [www.bonn.de](http://www.bonn.de)  
Internet: [www.agendatransfer.net/lats/interview\\_beschaffung.html](http://www.agendatransfer.net/lats/interview_beschaffung.html)

## München als Vorbild und Vorreiter

Renate Hechenberger, Büro des 3. Bürgermeisters der Landeshauptstadt München

**München geht beim fairen Handel und bei der fairen Beschaffung seit Jahren bundesweit mit gutem Beispiel voran: Die bayerische Landeshauptstadt handelt selbst, informiert, motiviert, fördert und fordert.**

Wie Renate Hechenberger von der Landeshauptstadt München erläuterte, haben sich Vertreter der Stadtverwaltung bereits während der Konsultationsphase zum Agenda 21-Prozess in den 1980-er Jahren gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und gesellschaftlichen Institutionen in vier Fachforen den Zukunftsfragen Münchens gestellt. Dabei arbeitete das Fachforum „Eine Welt“ unter dem Motto „Von München soll kein Schaden für die Welt ausgehen“. Aus dieser Zusammenarbeit heraus sind zahlreiche Projekte und langfristige Verbindungen entstanden.

Zu den konkreten Themen und Aktivitäten gehören:

- **München gegen ausbeuterische Kinderarbeit:** Als erste Stadt in Deutschland kauft München seit 2003 – trotz rechtlicher Unsicherheiten – keine Produkte ausbeuterischer Kinderarbeit. Bewerber müssen bei spielsweise bei Bällen, Sportartikeln, Sportbekleidung, Spielwaren, Teppichen, Wohn- und Kleidungstextilien, Natursteinen, Pflastersteinen, Lederprodukten, Billigprodukten aus Holz sowie Agrarprodukten wie Kakao, Orangensaft oder Tomaten eine Selbstverpflichtungserklärung abgeben, dass ihre Produkte nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit entstanden sind oder dass sie und ihre Zulieferer entsprechende Maßnahmen dagegen eingeleitet haben. Die Maßnahmen sind eingebettet in die Kampagne „made by kinderhand – München gegen ausbeuterische Kinderarbeit“, die Anfang 2002 ins Leben gerufen wurde.
- **Keine Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit:** Im Jahr 2007 wurde die Friedhofssatzung geändert. Danach dürfen nur noch



Grabsteine aufgestellt werden, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden.

- **Fairer Kaffee:** Fair gehandelter Kaffee hat in zahlreichen städtischen Einrichtungen Einzug gehalten: im Münchner Tierpark, auf dem Olympiagelände, auf dem Messegelände, in einigen Schulen und Kantinen sowie in vielen Amtsstuben. Beim Oktoberfest und weiteren Märkten gibt es Bewerbungspluspunkte für Schankbetriebe mit Fair-Kaffee. Als langfristiges Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit wurde der München-Café auf den Markt gebracht. Zudem gibt es einen fairen Einkaufsführer.
- **Faire Entsorgung von Altkleidern:** Alle Altkleidersammlungen, die im städtischen Einflussbereich stattfinden, werden von der Aktion Hoffnung durchgeführt, einer gemeinnützigen Einrichtung mit dem FairWertung-Siegel.
- **Blumen aus regionalem oder fairem Handel:** Im Jahr 2006 fasste der Stadtrat einen Beschluss zum Kauf fair gehandelter Blumen. Seitdem verwendet die Stadtverwaltung nur noch Blumen, die entweder aus der eigenen Stadtgärtnerei oder aus regionaler und

jahreszeitlicher Produktion stammen oder aber den Kriterien des FLP-Siegels oder Fair-Trade-Siegels entsprechen.

#### **Ziele:**

- Die Stadtverwaltung München geht selbst mit gutem Beispiel voran.
- Die Stadt fordert dies auch von der Münchner Wirtschaft und von anderen Großverbrauchern ein.
- Die Stadt unterstützt Münchner Eine-Welt-Gruppen dabei, diese guten Beispiele und konkrete Handlungsempfehlungen für Bürgerinnen und Bürger in der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren.

#### **Strategie:**

- Konkrete Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung werden in der Stadtverwaltung verankert und wirken dort bewusstseinsbildend.
- Die Kommune nutzt ihre Position als Großverbraucherin, um tatsächlich das Marktgeschehen zu beeinflussen.
- Sie nimmt gleichzeitig eine Vorbildfunktion ein, die sie legitimiert, ein ähnliches Verhalten auch von anderen Konsumenten einzufordern.
- Die Botschaft, die sie ausstrahlt, ist Kern der Öffentlichkeitskampagnen der Münchner Initiativen.
- Über regelmäßig stattfindende „Runde Tische“ werden alle wichtigen Akteure wie Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Verbraucherorganisationen, andere Großverbraucher, Kirchen und Eine-Welt-Gruppen sowie weitere Multiplikatoren in die Aktivitäten einbezogen.
- Politik und Stadtrat werden informiert und eingebunden.
- Die Maßnahmen werden durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

#### **Positive Ergebnisse**

- Nachhaltiges Wirtschaften ist im Alltagsleben der Stadtverwaltung und in der öffentlichen Diskussion in München angekommen.

- Die Bevölkerung zeigt viel Sympathie für die Aktivitäten.
- Das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Münchner Gruppen ist kooperativ und vertrauensvoll.
- Unterschiedliche Interessensgruppen sind sich durch die Runde Tische näher gekommen.
- Vorurteile wurden abgebaut und Verständnis aufgebaut.
- Die Münchner Aktivitäten werden überregional und international wahrgenommen und ausgezeichnet.
- Der Konsum von fair gehandelten Produkten ist spürbar gestiegen.
- Der Münchner Verein Earth Link ist mit einer bundesweiten Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ dem Beispiel Münchens gefolgt und mit dafür verantwortlich, dass bereits mehr als 60 deutsche Kommunen in ähnlicher Weise wie München aktiv sind.
- Der Bayerische Landtag hat einen Beschluss gefasst, ebenfalls Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beim Einkauf auszuschließen.

#### **Geplante Aktivitäten:**

Die Öffentlichkeitsarbeit zu den verschiedenen Bereichen läuft weiter und wird noch intensiviert, insbesondere über das neue Münchner Netzwerk „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (BenE), das im Rahmen der UN-Bildungsdekade als regionales Kompetenzzentrum gegründet wurde.

Bei der anstehenden Novellierung des Vergaberechts auf Bundesebene setzt sich die Stadt für die Aufnahme von sozialen Vergabekriterien ein. Mit Blick auf den Ausgang der Diskussion zur Reform des Vergaberechts will die Stadt selbst ihre Beschaffungsregelungen fortschreiben mit dem Ziel, die allgemeinen Fair-Handels-Kriterien oder auch die ILO-Kernarbeitsnormen als verbindliche Vorgaben aufzunehmen.

#### **„Stolpersteine“:**

- Es gibt teilweise Widerstände in der Verwaltung, denn jede Neuregelung ist mit Mehraufwand verbunden.



- Für die Politik ist das Thema – im Hinblick auf die anstehenden örtlichen Probleme – oft erst einmal nicht prioritär.
- Die Wirtschaft fürchtet eine öffentliche Behandlung des Themas, da sie dann mit ihrem konventionellen Geschäft als „unfair“ dastehen könnte.
- Die Gruppen wollen nicht, dass sich die Wirtschaft durch „Alibiaktionen“ aus der Affäre ziehen.

#### **Tipps und Tricks:**

- alle Bedenken ernst nehmen und keine Fronten aufkommen lassen
- win-win-Situationen schaffen
- sozialen Druck nutzen, der bei den Runden Tischen erzeugt wird, denn durch die Vorlage von Seiten der Stadt können sich die anderen Akteure kaum die Blöße geben, nicht tätig zu werden.

#### **Weitere Informationen:**

*Landeshauptstadt München  
Büro Bürgermeister Hep Monatzeder  
Renate Hechenberger  
Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München*

*E-Mail: [renate.hechenberger@muenchen.de](mailto:renate.hechenberger@muenchen.de)  
Internet: [www.agenda21.muenchen.de](http://www.agenda21.muenchen.de)  
Internet: [www.hep-monatzeder.de/seiten/themenseiten](http://www.hep-monatzeder.de/seiten/themenseiten)  
Internet: [www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de)  
Internet: [www.eineweltnetzbayern.de/  
publikationen/index.shtml](http://www.eineweltnetzbayern.de/publikationen/index.shtml)*

### **Dortmunder Aktionsbündnis für den fairen Handel**

Referentin:

Helga Jänsch, Agenda-Büro der Stadt Dortmund

**Die Stadt Dortmund ist seit vielen Jahren Vorreiter beim fairen Handel in Deutschland. Zweimal hintereinander holte sich die Stadt den Titel im Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.**

Wie Helga Jänsch vom Agenda-Büro der Stadt Dortmund im Workshop erläuterte, führte der erste Titelgewinn „Hauptstadt des Fairen Handels“ im Jahr 2003 zur Gründung des Dortmunder Aktionsbündnisses „Dortmund, eine Hauptstadt, die handelt“. Der damalige Umwelt- und Planungsdezernent Ullrich Sierau führte die Akteure aus den Kirchen, Weltgruppen, Schulen und weiteren Organisationen zusammen. Eine gemeinsame Werbekampagne mit Jahresprogramm, Postern und Einkaufsführer wurde gestartet. 2004 und 2005 wurden jeweils alle Aktionen dokumentiert und zur Bewerbung für den Hauptstadt-Wettbewerb 2005 zusammengefasst. Das Preisgeld des zweiten Titel-Gewinns wurde für eine Kinder-Akademie zum fairen Handel 2006 verwendet.

Zu den zahlreichen Aktivitäten des Aktionsbündnisses gehören:

- Oster- und Weihnachtsaktionen in vielen Weltgruppen und in der Verbraucherzentrale
- Aktion zum Schulanfang mit „fairer Schultüte“ Rosenmontagszug und Kinderkarneval mit „fairen Kamellen“
- Aktionen zum Internationalen Frauentag
- Aktionen bei Bundesliga-Heimspielen von Borussia Dortmund (BVB)
- faire Bälle während der Fußball-WM 2006 für internationale Journalisten
- Dortmunder Schul-Stadtmeisterschaften im Fußball mit fairen Bällen
- Schulwettbewerb für ein eigenes Logo „Dortmunder Schulen spielen fair“

- Aktionen zum 1. Mai im Westfalenpark
- Rosenaktionen zum Muttertag in der Innenstadt
- Schülerfirmen zum fairen Handel
- Beteiligung der Agenda 21-Schulen an Aktionen in der Innenstadt
- Weltladentag im Mai
- Sponsorenläufe an Dortmunder Schulen zugunsten von Partner-Schulen
- Schuhputzaktionen zum Thema Kinderarbeit an Schulen
- Café Mundial auf der Messe „Boulevard Dortmund“
- Tag der Regionen als Aktionstag des Arbeitskreises „Bildung und Schule“
- Bistro Karibu: fairen Essen nach afrikanischer Art in der Weltgruppe Aplerbeck
- Dezentrale Veranstaltungen zur „Fairen Woche“
- Nikolaus- und Christkindmärkte in den Stadtteilen
- Referenten- und Benefiz-Veranstaltungen

#### **Ziele der Aktivitäten:**

- junge Menschen spielerisch mit dem fairen Handel, der Globalisierung, internationalen Handelsbeziehungen und Konsumverhalten vertraut machen
- Produkte aus fairem Handel in den Alltag der Menschen bringen
- besondere Qualität der Produkte bewerben: aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft!
- Menschen für einen verantwortungsvollen Umgang mit sozialen und natürlichen Ressourcen sensibilisieren
- Alternativen für einen nachhaltigen Konsum anbieten
- Zusammenhänge aufzeigen zwischen Nutzerverhalten und den Produktions- und Lebensbedingungen in den Ländern des „Südens“
- Den Menschen in der Stadt zeigen, dass sie etwas tun können

#### **Beteiligte Partner:**

- Weltgruppen
- Kirchen
- Schulen
- Blumen- und Lebensmittel-Einzelhandel



- Gastronomie
- Verbraucherzentrale
- Sportvereine
- Karnevalsjugend
- Erwachsenenbildungs-Einrichtungen
- Terre des Hommes Gruppe Dortmund
- Zoo Dortmund
- Städtische Fachbereiche

#### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

Einer der Höhepunkte der Fairtrade-Aktivitäten im Jahr 2007 war die Preisverleihung zum Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ am 19. September 2007 im Signal Iduna-Park. Daneben standen neben zahlreichen Aktionen wie Kunst- und Stadtteilstellen auch wieder der Internationale Frauentag im März, der Weltladentag im Mai, eine Blumenverkaufsaktion am Muttertag im Mai, die Aktion „Spielend verstehen im Westfalenpark“ im Juni und die Kinderakademie in den Herbstferien auf dem Programm. Die Stadt Dortmund wird zudem ab sofort keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr beschaffen. In den Gremien-Sitzungen im Rathaus gibt es Kaffee und Tee aus fairem Handel.

### **Geplante Aktivitäten:**

Ende Januar 2008 führt die Stadt Dortmund gemeinsam mit dem Eine Welt-Netz Nordrhein-Westfalen und dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen eine Fairtrade-Messe in Dortmund durch mit dem Fokus auf faire Textilien und Accessoires. Mit den Partnerstädten Leeds in Großbritannien und Amiens in Frankreich ist ein gemeinsamer Auftritt auf einer Messe in Lyon geplant. Konkretisiert werden auch die Partnerschaft mit Bondo in Kenya und die Zusammenarbeit mit einer Blumengewerkschaft in Uganda. Das Aktionsbündnis wird auch 2008 ein Jahresprogramm herausgeben. Die Abschlussveranstaltung der Agenda 21-Schulen-Kampagne wird als Schüler-Kongress im Rathaus durchgeführt, bei dem Schulen ihre Projekte vorstellen, die zum Teil zum fairen Handel erarbeitet wurden.

### **Finanzierung:**

Finanziert werden die Aktivitäten zum Teil aus dem Budget des städtischen Agenda-Büros, aus dem Budget der beteiligten Partner sowie aus Sponsorengeldern.

### **Positive Ergebnisse:**

- Die Partner im Aktionsbündnis haben sich besser kennen gelernt, haben Vorbehalte abgebaut und sind neue Allianzen eingegangen.
- Viele ziehen an einem Strick in dieselbe Richtung.
- Die Bildungsarbeit wird an Alltagsbeispielen unter die Menschen gebracht.
- Fair gehandelte Produkte kommen in die Regale der Supermärkte.
- Die Kontinuität der Aktionen und Projekte garantiert dauerhaften Erfolg.
- Die Arbeit mit den jungen Menschen macht Spaß und zeigt Wirkung.

### **„Stolpersteine“:**

- Es gilt immer noch, Vorurteile abzubauen.
- Es braucht Zeit und einen langen Atem.

### **Tipps und Tricks:**

- unterschiedliche Partner zusammen bringen, win-win-Situationen schaffen und gemeinsam den Erfolg feiern
- mit den Partnern weiter arbeiten, die wollen
- sich prominente Helfer holen
- eine Leitfigur haben, die die Menschen zusammen führt, die Arbeit unterstützt und die Gemeinschaft voran bringt
- Jugendlichen und Kindern das Thema spielerisch nahe bringen

### **Weitere Informationen:**

*Stadt Dortmund  
Agenda-Büro  
Helga Jänsch  
Südwall 2-4  
44122 Dortmund*

*E-Mail: [agenda@dortmund.de](mailto:agenda@dortmund.de)  
Internet: [www.hauptstadt-handelt.de](http://www.hauptstadt-handelt.de)  
Internet: <http://lokaleagenda.dortmund.de>*

## Ravensburg – fair und sozial

Referent: Helfried Wollensak,  
Leiter des Hauptamtes der Stadt Ravensburg

**Die Stadt Ravensburg ist seit vielen Jahren im Bereich des fairen Handels und der fairen Beschaffung aktiv. Beim Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Jahr 2005 wurden die Aktivitäten mit den zweiten Preis ausgezeichnet.**

Wie Helfried Wollensak vom Hauptamt der Stadt Ravensburg erläuterte, ist die Stadt Ravensburg sowohl bei der Verbreitung fair gehandelter Produkte als auch bei der Einführung von Sozialkriterien in den Beschaffungsvorgang seit Jahren aktiv. Unter dem Motto „Ravensburg – grenzenlos fair“ arbeitet die Stadt dabei nicht nur mit den örtlichen Eine-Welt- und Agenda-Gruppen zusammen, sondern auch mit benachbarten Kommunen im In- und Ausland.



Zu den konkreten Themen und Aktivitäten gehören:

- **Verbreitung fair gehandelter Produkte:** Die Stadt unterstützt den Dritte-Welt-Partner dwp bei der Verbreitung von fair gehandelten Produkten wie der Ravensburger Kaffeebohne, dem Apfel-Mango-Saft sowie weiteren fair gehandelten Produkten. Die jährlich mehr als 1.000 Geschenkpakete der Stadt an Ehe- und Altersjubilare und für sonstige Zwecke sind ebenfalls mit Produkten aus fairem Handel bestückt. Im Rathaus selbst werden Fair-Kaffee sowie der fair gehandelte Apfel-Mango-Saft ausgeschenkt.
- **Einführung von Sozialkriterien in den Beschaffungsvorgang:** Bei der Beschaffung von Büromaterial, Büromöbeln und Papier wird seit Jahren konsequent auf die Einhaltung von Sozialkriterien geachtet. Dabei werden seit 2006 Papier und Druckerpatronen gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen und dem Bodenseekreis ausgeschrieben. Seit 2004 wird auch die Dienstkleidung der Feuerwehr nach sozialen Kriterien beschafft. Nur Firmen, die die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen bestätigen, bekommen einen Auftrag.
- **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:** In Fragen der Nachhaltigkeits- und Sozialkriterien für das öffentliche Beschaffungswesen arbeitet die Stadt Ravensburg grenzüberschreitend mit dem Umweltverband Vorarlberg zusammen. Ziel ist neben der Wissensvermittlung über faire Beschaffung an Ämter und Firmen sowie Aktionen gegen ausbeuterische Kinderarbeit auch die Erstellung von Sozialkriterien für fair und sozial gehandelte Produkte.
- **Wissensvermittlung über fair gehandelte Produkte:** Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit bildet die Zusammenarbeit mit den Eine-Welt- und Agenda-Gruppen vor Ort.
- **Kooperation verschiedener Partner:** Neue Wege der Kooperation im fairen Handel beschreitet die Stadt im Projekt „fair – bio – sozial“. Dabei wird erstmals in Deutschland die Fairhandelskette, die in

der Regel an den bundesdeutschen Häfen endet, um einen wichtigen Faktor erweitert: die Einbeziehung einer Werkstatt für psychisch kranke Menschen im Landkreis Ravensburg bei der Verarbeitung, dem Abfüllen und dem Verpacken von Lebensmittelprodukten aus fairem Handel.

#### **Ziele der Aktivitäten:**

- Wissensvermittlung über faire und ökologische Beschaffung an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen anderer Kommunen
- Informationen an Firmen über vorgesehene Ergänzung der Ausschreibungsunterlagen
- Erstellung von Sozialkriterien für fair gehandelte Produkte
- aktuelle Hilfestellung für die Beschaffung von fair gehandelten Produkten und Leistungen

#### **Beteiligte Partner:**

- Stadt Ravensburg
- dwp Ravensburg
- Eine-Welt-Laden
- Agenda-Arbeitskreis Eine Welt

#### **Finanzierung:**

Die Finanzierung erfolgt durch die Stadt Ravensburg.

#### **Positive Ergebnisse:**

- Fair gehandelte Produkte werden in der Bevölkerung gestreut.
- Der Bekanntheitsgrad fair gehandelter Produkte wächst.
- Der Umsatz fair gehandelter Produkte steigt.
- Umweltkriterien können bei Ausschreibungen als Zuschlagskriterium gewertet werden.
- Umweltprodukte sind praxistauglich.
- Es gibt einen Erfahrungsaustausch mit Kollegen anderer Städte.

#### **Geplante Aktivitäten:**

Die Stadt Ravensburg plant die Übernahme des Beschlusses gegen ausbeuterische Kinderarbeit von der Stadt Konstanz.

#### **Tipps und Tricks:**

- einfach ausprobieren
- politische Absicherungen sind am Anfang nicht notwendig

#### **Weitere Informationen:**

*Stadt Ravensburg  
Hauptamt  
Helfried Wollensak  
Marienplatz 26  
88212 Ravensburg*

*E-Mail: [helfried.wollensak@ravensburg.de](mailto:helfried.wollensak@ravensburg.de)  
Internet: [www.ravensburg.de/content/artikel\\_buerger/3026\\_4258.htm](http://www.ravensburg.de/content/artikel_buerger/3026_4258.htm)  
Internet: [www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/28906/](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/28906/)  
Internet: [www.service-eine-welt.de/hauptstadtfh/hauptstadtfh-rede\\_wz.html](http://www.service-eine-welt.de/hauptstadtfh/hauptstadtfh-rede_wz.html)  
Internet: [www.dwp-rv.de/team.html](http://www.dwp-rv.de/team.html)*



## Der politische Wille zählt!

**Exemplarisch für die Diskussionen in den Workshops stellen wir hier die wichtigsten Ergebnisse und Informationen aus dem Workshop „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ vor, in dem Christoph Bartscher von der Stadt Bonn, Renate Hechenberger von der Stadt München, Helga Jänsch von der Stadt Dortmund, und Helfried Wollensak von der Stadt Ravensburg über die diesbezüglichen Aktivitäten ihrer Städte berichteten.**

Im Workshop „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ zeigte sich, dass das **Engagement der Politik und Stadtspitze wichtig** ist, um das Thema fairer Handel und faire Beschaffung voranzubringen. Die immer noch bestehenden rechtlichen Unsicherheiten sind nicht wirklich ein Hindernis, wenn der politische Wille vorhanden ist. Letztlich geht es nicht darum, was rechtlich möglich ist sondern was man erreichen will. In der Regel ist eine Betätigung einer Kommune in diesem Bereich, so die dargelegten Erfahrungsschätze, eher eine politische als eine juristische Entscheidung.

Das Problem für die Kommunen liegt vielmehr in der **Kontrollierbarkeit der Ausschreibungsvorgaben**. Am einfachsten ist die Kontrolle bei zertifizierten Produkten, also Produkten mit einem Siegel. Schwierig gestaltet sich die Kontrolle bei der Abgabe von Erklärungen. Die Stadt Bonn bietet ihren Lieferanten zum Beispiel in Anlehnung an das Beispiel der Stadt München in einem Erklärungsvordruck die

Möglichkeit an, entweder eine verbindliche Zusage abzugeben, dass die gelieferten Produkte nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden oder zu erklären, dass Maßnahmen ergriffen wurden, um dies sicherzustellen. Die letztgenannte Variante, so Christoph Bartscher, ist die am häufigsten gewählte Variante. Das Hauptproblem liegt seiner Ansicht nach darin, dass die Kommune nichts mit dem Hersteller zu tun hat, sondern nur mit dem Lieferanten und sich daher auf seine Kooperation, was die Zusage angeht, verlassen muss.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass es mit der „Fair Ware Foundation“ in den Niederlanden eine Stiftung gibt, die als Kontrollinstanz zur Verfügung steht und die Kontrolleure vor Ort hat. Voraussetzung um ihre Dienste in Anspruch nehmen zu können, ist allerdings eine Mitgliedschaft in dieser Stiftung. Es wurde außerdem darauf hingewiesen, dass die Zertifizierung sich zu einem neuen Markt entwickelt, an dem insbesondere in Deutschland auch der TÜV interessiert sei, so dass sich die Situation in dieser Hinsicht in Zukunft verändern könne. In der Diskussion wurde zudem kritisch nachgefragt, was es denn bringe, sich auf Sozialkriterien einzulassen, die nicht effektiv kontrolliert werden könnten. Die Antwort aus der Stadt Bonn hierauf lautete, dass vor allem das Signal zähle, das die Stadt mit ihrem Verhalten auch an andere aussende.

Der Wille als **Kommune Vorbild** zu sein und ein **Bewusstsein** für die Problematik zu **wecken**, scheint ohnehin das treibende Motiv für ein kommunales Engagement in Bereich des fairen Handels und der fairen

Beschaffung zu sein. Dieser Aufgabe ist man sich sowohl in Bonn als auch in München bewusst. Dies zählt dann im Zweifelsfall auch mehr als das Bemühen, in jedem Fall 100-prozentige Sicherheit darüber zu erhalten, dass die an die Ausschreibung gestellten Bedingungen auch wirklich eingehalten werden. In München will man darüber hinaus durch die kommunale Vorleistung auch Druck auf andere Akteure erzeugen. Ob durch Druck oder durch die Vorbildfunktion Münchens – die Münchner schreiben sich auf jeden Fall zugute, dass inzwischen der Bayerische Landtag eine Resolution gegen ausbeuterische Kinderarbeit verabschiedet hat.

**Erfindungsgeist** ist in Situationen gefragt, in denen der Kommune auf den ersten Blick die Hände gebunden sind. Aus München wurde berichtet, dass die Stadt die Friedhofsatzung als Instrument einsetzt, um zu verhindern, dass Grabsteine, die zu etwa Zweidrittel aus Indien kommen, durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden. Mit der Friedhofsatzung verpflichtet die Stadt München die Steinmetze nur solche Steine zu verwenden, die nicht in ausbeuterischer Kinderarbeit produziert worden sind. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass es mittlerweile auch ein Siegel für Grabsteine gibt.

Im Hinblick auf **die Anwendung von Sozialkriterien in Ausschreibungen** gibt es einen Unterschied zwischen Lieferleistungen (VOL) und Bauleistungen (VOB). Während die Anwendung von Sozialkriterien bei Lieferleistungen vergleichsweise unproblematisch ist, gibt es bei den Bauleistungen selbst bei der „Vorreiterstadt“ München Probleme. Hier raten die Juristen in den Stadtverwaltungen von der Verwendung von Sozialkriterien in der Regel dringend ab. In München gibt es daher bei Bauleistungen keine verpflichtende Erklärung, sondern nur die Bitte um Informationen an die Bieter.

In der Diskussion ergab die Ursachenforschung für diesen Unterschied, dass es bei der Ausschreibung von Bauleistungen in der Regel um Auftragssummen gehe, wo auch die Klagebereitschaft zunehme und man sich daher bei unklarer Rechtslage eher zurückhalte. Gleichwohl wurde aus der „kommunalen Trickkiste“ berichtet, dass man auch bei Bauleistungen durch entsprechend Qualitätsvorgaben zum Beispiel bei Natursteinen für Fassaden oder Pflaster steuern könne.

In der Diskussion wurde auch der Frage nachgegangen, inwieweit die gesamten ILO-Kernarbeitsnormen Bestandteil der Ausschreibungskriterien sein können und nicht nur der Teilaspekt der ausbeuterischen Kinderarbeit. Hier wurde deutlich, dass es in dieser Frage mehr Zurückhaltung in den Kommunen gibt. Aus München wurde darauf hingewiesen, dass es einige Kernarbeitsnormen gebe, die schwierig umzusetzen und zu kontrollieren seien, wie Diskriminierung und gleiche Bezahlung. Man solle sich lieber auf das beschränken, was umsetzbar sei.

Beeindruckend war in den Schilderungen der Stadt Dortmund, wie ein Ereignis wie der **Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handel** Prozesse in Gang setzen kann, die weit über das Ereignis hinaus wirken und damit Entwicklungen anstoßen, die nicht mehr aufzuhalten sind. Dortmund ist heute sowohl politisch als auch in der praktischen Arbeit ganz auf das Thema des fairen Handels eingestellt und hat in der Thematik einen Vernetzungsgrad in der Stadt erreicht, der das Thema inzwischen zum Selbstläufer macht. Zu den dominanten **Schwierigkeiten** zählen das Beharrungsvermögen der Verwaltung und unausrottbare Vorurteile gegen fair gehandelte Produkte. Die Botschaft der Vorträge hierzu war allerdings, dass diese Schwierigkeiten nicht unüberbrückbar sind.

Die Verwaltung kann für das Thema gewonnen werden, wenn informiert wird. Einfacher scheint es grundsätzlich dann zu sein, wenn die Beschaffung in einer Kommune zentral organisiert ist. Ist die Beschaffung wie in Bonn dezentral organisiert, muss die Überzeugungsarbeit vielfach ansetzen. In Bonn reagiert man auf diese Herausforderung mit einem regelmäßigen Informationsbulletin an die dezentralen Beschaffer.

Zu den gängigsten Vorurteilen gehören Aussagen, wonach fair gehandelte Produkte nicht schmecken oder zu teuer sind. Zum Preisargument wurde in der Diskussion darauf verwiesen, dass sich die Preisdifferenzen in den letzten Jahren abgemildert hätten. Ein höherer Preis sei zudem politisch zu verteidigen. In Dortmund wurden die Widersacher der Einführung von fair gehandeltem Kaffee in der Stadtverwaltung sogar mit ihren eigenen Waffen geschlagen: Eine Blindverkostung in den Kantinen machte den Fair-Kaffee zum Sieger.

Beim Einstieg in die Thematik fairer Handel und faire Beschaffung ist es nicht allein mit einem dem Beschluss getan. Entscheidend für das Gelingen eines solchen Projektes ist eine **Kommunikationsstrategie**. Diese muss sich sowohl intern auf die Verwaltung als auch auf die Unternehmen in der Stadt beziehen, die als Lieferanten zur Verfügung stehen, als auch auf die Bürger, die für das Thema sensibilisiert werden müssen. Ein Einstieg in die faire Beschaffung und den fairen Handel muss sorgfältig vorbereitet werden. Dazu gehört auch die Information der örtlichen Wirtschaft, dass man in Zukunft die Beschaffungen an Sozialkriterien wie der Verhinderung ausbeuterischer Kinderarbeit ausrichten will. Überraschungen, so der Hinweis aus Bonn, sind nicht gut.

Die **Palette der kommunalen Betätigungsfelder** für eine faire Beschaffung ist vielfältig. Sie reicht vom fairen Handel von Kaffee, Tee und Blumen über die faire Entsorgung von Altkleidern bis hin zu ethische Geldanlagen und Aktivitäten gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Als ein relativ neues Feld kommt in jüngster Zeit der Bereich der Berufsbekleidung hinzu.

In der Diskussion kam die Frage auf, ob man das Thema faire Beschaffung gewissermaßen als **Generalangriff** in allen Bereichen ansprechen und zur Anwendung bringen soll **oder** ob eher eine „**Salamitaktik**“ anzuwenden sei. Die vorherrschende Meinung war, nichts zu überstürzen und eher mit Bedacht vorzugehen. In dieser Frage spielt die angesprochene Gefahr hinein, dass man durch ein zu forsches Vorgehen Lieferanten abschreckt, weil sie die Kriterien nicht erfüllen können und somit Probleme in der Bedarfsdeckung entstehen könnten.

Als besonders **originelle Ideen zur Förderung des fairen Handels** wurden zwei Beispiele aus Ravensburg empfunden. Die Stadt schenkt Jubilaren einen Präsentkorb, der mit fair gehandelten Produkten gefüllt ist. Nach Auskunft der Stadt Ravensburg stößt diese Aktion auf gute Resonanz. Der Umsatz in den Eine-Welt-Läden nimmt zu. Das Projekt „Kaffeebohne“ zielt in dieselbe Richtung. Die Stadt übergibt dabei ihren Besuchern eine Kaffeebohne mit einem Gutschein für ein nichtalkoholisches Warmgetränk, der einzulösen ist in Geschäften der Stadt, die an der Aktion mitmachen und die dafür fair gehandelte Produkte bereitstellen oder ausschenken.

**Auch Vernetzung und Austausch** sind wichtige Faktoren in einem Themengebiet, in dem Erfolge mitunter mühsam zu erreichen sind oder viel Engagement benötigen. Das Lernen voneinander steht hoch im Kurs. „Lieber gut abschreiben als schlecht selber machen“, lautete die Devise. Der Vernetzung ist auch zuzuschreiben, dass es der Stadt Ravensburg gelungen ist, Sozialkriterien bei der Beschaffung von Feuerwehrschutzkleidung zur Anwendung zu bringen. Nachdem die Lieferanten der Stadt zunächst Widerstand leisteten, konnte man sich durchsetzen, als sich einige Kommunen im Kreis Ravensburg zusammenschlossen und gemeinsam ausschrieben. Damit stellten sie eine Marktmacht dar, deren Wünsche nicht mehr zu ignorieren waren.

Auf die Nachfrage der Moderatorin, wo der Schuh besonders drücke und wo man sich **besondere Aktivitäten** wünsche, um Probleme aus dem Weg zu räumen, wurden genannt:

- Von der Bundesregierung wird erwartet, dass sie sich positiv zur Frage der Verwendung von Sozialkriterien in der Vergabe äußert und dies entsprechend regelt, um Rechtssicherheit herzustellen.
- Die kommunalen Spitzenverbände werden gebeten, ihren Einfluss geltend zu machen und entsprechend auf die Bundesregierung einzuwirken. Darüber hinaus sollten sie verstärkt dazu beitragen, dass der Informationsaustausch zum Thema fairer Handel und faire Beschaffung intensiviert wird und gute Beispiele bekannt werden.
- Die Bundesländer werden gebeten, über den Bundesrat initiativ zu werden und auf diese Weise auf die Bundesregierung einzuwirken.
- Es müssen noch mehr als bisher die in den Kommunen zuständigen „Beschaffer“ angesprochen und erreicht werden.
- Außerdem sollten auch die Wirtschaftsförderer als eine wichtige Klientel für das Anliegen des fairen Handels und der fairen Beschaffung stärker als Zielgruppe betrachtet werden.

(Walter Leitermann)



## > Workshop 2

### „Kommunale Partnerschaften“

#### Eine Brücke von Halver nach Matara

Referent:

Rüdiger Bednarz, Bürgerinitiative „Halver hilft Matara“

**Unter dem Motto „Halver hilft Matara“ haben sich nach der Tsunami-Flutkatastrophe im Dezember 2004 in Südostasien Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halver zu einer Initiative zusammengeschlossen, um die Not der Menschen in Sri Lanka zu lindern. Durch die Initiative wurden in Matara zehn Wohnhäuser, ein Gemeinschaftshaus und eine Schule gebaut.**

Wie Rüdiger Bednarz von der Bürgerinitiative „Halver hilft Matara“ erläuterte, wurde die im Süden von Sri Lanka liegende Stadt Matara von der Tsunami-Katastrophe am 26. Dezember 2004 erheblich betroffen. Mehr als 3.000 Menschen verloren ihr Leben, etliche Häuser und mehrere Schulen wurden zerstört. Die Menschen in Halver wollten helfen, zumal mit Mahesh Hewakandamby ein Halveraner Mitbürger aus Matara stammt. Nach Rücksprache mit Bürgermeister Dr. Bernd Eicker wurde bereits am 13. Januar 2005 die Initiative „Halver hilft Matara“ mit 55 interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gegründet.

#### Ziele der Aktivitäten:

- Versendung eines Hilfscontainers mit Kleidung, Mobiliar, Medikamenten, medizinische Geräten, Rollstühlen und Spielsachen
- Neubau von zehn Wohnhäusern für etwa 50 Personen und einem weiteren Gemeinschaftshaus für Familien, die ihr Heim verloren hatten
- Neubau einer Schule für etwa 130 Kinder gemeinsam mit der baden-württembergischen Stadt Schwetzingen



#### Beteiligte Partner:

- Privatpersonen
- Bürgermeister Dr. Bernd Eicker als Schirmherr
- Young Men Buddhist Association (Y.M.B.A.)
- Mahesh Hewakandamby
- Stadt Schwetzingen
- Servicestelle-Partnerschaftsinitiative bei InWEnt Bonn
- Christina Rau als Koordinatorin der Tsunami-Hilfsmaßnahmen

Die gesamte Planung, Koordinierung sowie Absprachen mit örtlichen Behörden, Grundstückserwerb, Baugenehmigung und Bauleitung sowie Kostenverteilung und detaillierter Nachweis liefen in Matara über den Verein „Young Men Buddhist Association“ (Y.M.B.A.). Als Vermittler zwischen Halver und Matara fungierte Mahesh Hewakandamby, der durch seine regelmäßigen geschäftlichen Besuche in Matara auch eine gewisse Kontrolle ausübte. Zudem ist eine gute kommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Schwetzingen entstanden.

#### Aktuelle Situation und Maßnahmen:

Da das Projekt „Halver hilft Matara“ von Anfang an auf zwei Jahre befristet war, wurden die Initiative und das offizielle Spendenkonto am 31. Dezember 2006 aufgelöst. Mit einem Gesamtspendenaufkommen von 93.702,97 Euro konnten die zehn Wohnhäuser, das dazugehörige

Gemeinschaftshaus, die geplante Grundschule mit vier Klassenräumen einschließlich sanitären Einrichtungen und Komplettausstattung aufgebaut und ausgestattet werden. Weiterhin wurden wichtige Hilfsgüter mit einem Container nach Matara geliefert. Außerdem erhielten vier weitere Schulen Ausrüstungsgegenstände wie Tafeln, Mobiliar und Mediengeräte, die bei dem Seebeben zerstört wurden.

### **Geplante Aktivitäten:**

Die geplante Schulpatenschaft mit den Schülerinnen und Schülern der neu erbauten Schule gestaltet sich zurzeit noch schwierig, da der angedachte Kommunikationsweg über E-Mail in englischer Sprache noch nicht möglich ist. Zum einen sind die technischen Voraussetzungen in Matara noch nicht vorhanden und die Verständigungsmöglichkeit der Grundschul Kinder in Halver noch nicht ausreichend. Das Ziel einer Schulpatenschaft wird aber weiterhin ernsthaft verfolgt.

### **Finanzierung:**

Die Finanzierung des Projektes erfolgte auf unterschiedlichen Wegen und durch vielfältige Aktionen von zahlreichen Spendern. Kinder, Erwachsene, Schulen, Firmen, Politiker, Kirchen, Vereine, Kommunen aus der Nähe und bundesweit spendeten kleine und große Geldbeträge durch Basare, Konzerte, Spendenläufe, soziale Veranstaltungen, Festerlöse und Auktionen. Alle Ausgaben sind durch Rechnungen und Bankbelege dokumentiert und überprüft. Durch die enge Zusammenarbeit und das besondere Engagement von Privatpersonen, Verwaltung, Politik, Kirchen und Banken fielen keine Verwaltungskosten an und somit konnte die gesamte Spendensumme zu 100 Prozent den bedürftigen Menschen in Matara zur Verfügung gestellt werden.

### **Positive Ergebnisse:**

- Durch die gute und zuverlässige Zusammenarbeit mit dem Partner Y.M.B.A. vor Ort konnten alle Ziele in einem kurzen Zeitfenster umgesetzt werden.
- Die Transparenz des Projektes, die erzielten Ergebnisse, die komplette Verwendung der Spendengelder für die Betroffenen haben

bei den Spendern und in der Öffentlichkeit nachhaltig Erstaunen hervorgerufen.

- Die Dankbarkeit und Freude der Menschen in Matara ist groß.
- Es sind tiefe persönliche Verbindungen zwischen Halver nach Matara entstanden.
- Das Projekt war relativ klein, überschaubar, konkret und zeitlich befristet
- Das Projekt hatte sichere Partner bei der Planung, Ausführung und Kontrolle und zuverlässige Mitarbeiter.

### **„Stolpersteine“:**

- Aufeinandertreffen unterschiedlicher „Welten“, „Kulturen“ und „Menschen“
- zum Teil unverständliche behördliche Bestimmungen und Schwierigkeiten mit Sachbearbeitern zum Beispiel beim Containerversand
- teilweise Überforderung der Behörden und Institutionen in Sri Lanka – notwendige Genehmigungen wurden aus Personalmangel nicht erteilt.

### **Tipps und Tricks:**

- Die Hilfsvorstellungen und -leistungen müssen sich den vor Ort notwendigen und üblichen Gegebenheiten anpassen und unterordnen.
- Ein verlässlicher Partner vor Ort ist unverzichtbar.

### **Weitere Informationen:**

*Bürgerinitiative „Halver hilft Matara“*

*Rüdiger Bednarz*

*Vormbaum 11*

*58553 Halver*

*E-Mail: [ruebehalver@compuserve.de](mailto:ruebehalver@compuserve.de)*

*Internet: <http://halver-matara.lets-move-it.de/>*

*Internet: [www.halver.de](http://www.halver.de)*

*Internet: <http://schwetzungen.kivbf.de/fluthilfe/>*

## **Magdeburg als Partner der Welthungerhilfe**

Referenten: Beate Bröcker,  
Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit der  
Landeshauptstadt Magdeburg, und  
Sonja Eberle, Deutsche Welthungerhilfe e. V.

**Die Stadt Magdeburg ist in diesem Jahr Partnerstadt der Deutschen Welthungerhilfe. Gemeinsam setzen sie sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Mangué im Westen von Angola ein.**

Wie Beate Bröcker von der Landeshauptstadt Magdeburg und Sonja Eberle von der Deutschen Welthungerhilfe erläuterten, wurde das Interesse für die Jahrespartnerschaft durch die bereits bestehende gute Zusammenarbeit der Deutschen Welthungerhilfe e. V. zu Schulen und anderen Institutionen in Magdeburg angeregt.

Die Welthungerhilfe geht seit dem Jahr 2000 Jahrespartnerschaften zu Kommunen ein. Partnerstädte waren bisher Witten, Stuttgart, Trier, Leipzig, Hamburg, Bonn, Berlin und München. Die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts ist nach Leipzig damit die zweite Partnerstadt der Welthungerhilfe in den neuen Bundesländern.

Schwerpunkt der Städtepartnerschaften bildet jeweils die „Woche der Welthungerhilfe“ um den Welternährungstag am 16. Oktober 2007 herum, die traditionell mit einer Fernsehansprache des Bundespräsidenten als Schirmherrn eröffnet wird. Die jeweiligen Partnerstädte rufen in einem gemeinsamen Appell Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Verbände, Vereine und Firmen auf, die Partnerschaft tatkräftig zu unterstützen.

### **Ziele der Aktivitäten:**

Die Wahl für das diesjährige Partnerschaftsprojekt fiel in Abstimmung mit der Welthungerhilfe auf Angola und auf das im Westen gelegene Dorf Mangué. Mangué ist ein so genanntes Zukunftsdorf der Welthungerhilfe. Es zählt 1.350 Einwohner, von den 90 Prozent in Armut leben. Die Welthungerhilfe plant gezielte Projekte, um dort Hilfe zur



Selbsthilfe zu geben. Der landwirtschaftliche Anbau soll verbessert und der gleichberechtigte Zugang von Mädchen und Jungen zu Grundschulbildung gefördert werden. Ein Schulgebäude soll ebenso aufgebaut werden wie ein Gesundheitsposten. Auch fehlen 40 Zugtiergespanne.

### **Beteiligte Partner:**

Durch die Welthungerhilfe wurde eine Medienpartnerschaft mit der Magdeburger Lokalzeitung und dem Mitteldeutschen Rundfunk forciert. Journalisten beider Medien haben an einer Journalistenreise in das Dorf Mangué teilgenommen. Darüber hinaus sind Kooperationen zu heimischen Unternehmen wie den Städtischen Werken Magdeburg oder den Magdeburger Verkehrsbetrieben entstanden. Der Olympiastützpunkt sowie der Handballbundesligist SC Magdeburg gehören ebenso zu den Förderern der Partnerschaft wie der Fußball-Regionalist 1. FCM.

### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

Die Vorbereitung der so genannten Woche der Welthungerhilfe vom 11. bis 20. Oktober 2007 stand im Mittelpunkt der Aktivitäten in Magdeburg. Eröffnet wurde die Woche mit einem großen „Lebenslauf“ Magdeburger

Kindergärten und Schulen für Mangué. In der Woche eröffneten zudem zwei Ausstellungen: Im Justizzentrum wurde über die Initiative Millenniumdörfer der Welthungerhilfe informiert und in der Stadtbibliothek gaben Fotos lebhaft Eindrücke vom Leben in Mangué. Außerdem griffen Magdeburger Politiker zur Sammelbüchse.

Politischen Inhalten widmeten sich die Diskussionen über Hungern durch Biokraftstoffe im mdr-Funkhaus und über ethischen Nahrungsmittelkonsum im einewelthaus. Magdeburger Unternehmen veranstalteten Spendenaktionen zugunsten der Partnerschaft. Ein „WeltFrühstück“ und „WeltGeschichten“ im Literaturhaus ließen Kinder auf leicht fassbare Weise angolanische und andere fremde Kulturen begreifen. Für November war zudem eine Projektwoche für Schulen geplant.

#### **Finanzierung:**

Für die Partnerschaft sind laut Drucksache des Stadtrates keinerlei Finanzmittel ausgewiesen. Genutzt werden Synergien im Hinblick auf ohnehin geplante Veranstaltungen. Die positive Resonanz bei Vereinen und Firmen hat ermöglicht, dass viele Maßnahmen unentgeltlich laufen konnten. Dazu gehörten beispielsweise die kostenlose Beförderung der Schüler zum „Lebenslauf-Tag“ der Schulen durch die Magdeburger Verkehrsbetriebe in Bussen und Bahnen, der Vertrieb von Flyern oder ein Benefizspiel des 1. FCM.

#### **Positive Ergebnisse:**

Die Partnerschaft war eine Bereicherung für die Stadt. Sie ist ein gutes Training für Organisationsvermögen und verwaltungsinterne sowie -externe Kommunikation. Die Bereitschaft der Bevölkerung, der Unternehmen sowie der Vereine, sich den Themen zu öffnen, war insbesondere aus Sicht der Stadtverwaltung überraschend groß.

#### **„Stolpersteine“:**

Unverzichtbar war, dass die Welthungerhilfe vor Ort eine eigene feste Ansprechpartnerin platziert hatte, die sich insbesondere um Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz kümmert hat.

Reibungsverluste und Informationslücken konnten bei der dezernatsübergreifenden Organisation durch die gute Koordinationsarbeit eines eigens dafür abgestellten Mitarbeiters der Verwaltung, die hohe Transparenz der Planung und das frühzeitige Einbeziehen aller Ressorts minimal gehalten werden.

#### **Tipps und Tricks:**

Freiwilligkeit ist ein wesentliches Element der Partnerschaft und bedeutet vor allem, dass keinerlei Erwartungsdruck seitens der Welthungerhilfe aufgebaut wurde. Der so verbleibende Freiraum gab insbesondere auch privaten Initiativen aber auch dem Engagement von Firmen und Vereinen die Möglichkeit, sich mit eigenen Ideen einzubringen. Dazu zählten beispielsweise die Lange Lesenacht der Städtischen Werke Magdeburg in den Gewächshäusern, die Versteigerung von Requisiten durch ein Theater sowie die Spende der Magdeburger Bandidos aus dem Europäischen Bikertreffen.

#### **Weitere Informationen:**

*Stadt Magdeburg  
Dezernat V für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Beate Bröcker  
Wilhelm-Höpfner-Ring 4  
39116 Magdeburg*

*E-Mail: [broecker@stadt.magdeburg.de](mailto:broecker@stadt.magdeburg.de)  
Internet: [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de)*

*Deutsche Welthungerhilfe e. V.  
Friedrich-Ebert-Str. 1  
53173 Bonn*

*E-Mail: [info@welthungerhilfe.de](mailto:info@welthungerhilfe.de)  
Internet: [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)*

## **25 Jahre Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz**

Referentin: Dr. Carola Stein,  
Referat für Entwicklungspolitik im Ministerium des Innern  
des Landes Rheinland-Pfalz

**Das Land Rheinland-Pfalz und die Republik Ruanda blicken im Jahr 2007 auf das 25-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft zurück. Diese erste Partnerschaft zwischen einem Bundesland und einem afrikanischen Land gilt sowohl national als auch international als Erfolgsmodell der Entwicklungszusammenarbeit.**

Wie Dr. Carola Stein vom Ministerium des Innern des Landes Rheinland-Pfalz erläuterte, beschritten Rheinland-Pfalz und Ruanda im Jahre 1982 einen neuen bisher unerprobten Weg in der Entwicklungszusammenarbeit. Diese partnerschaftliche Form der Kooperation sollte einen Rahmen für die unmittelbare Begegnung von Kommunen, Schulen, kirchlichen Einrichtungen und privaten Initiativen beider Länder schaffen.

In Ruanda wurden bisher mehr als 1.400 Projekte durchgeführt. Der Schwerpunkt in Ruanda liegt auf den Bereichen Grundbildung, Gesundheit, Trinkwasser, berufliche Bildung, Handwerksförderung, Hilfe für Straßenkinder und Förderung von Frauen. Ein Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz liegt auf der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, insbesondere in Schulen.

### **Ziele der Aktivitäten:**

Die Partnerschaft soll dazu beitragen, Armut und Unterentwicklung in Ruanda zu mindern. Der basis- und grundbedürfnisorientierte Ansatz der Partnerschaft, die ausschließlich über nichtstaatliche Kanäle läuft, soll die lokalen Strukturen in Ruanda sowie die Eigeninitiative der Menschen fördern. Darüber hinaus soll die partnerschaftliche Form der Zusammenarbeit das Bewusstsein der gegenseitigen Verantwortung in einer globalisierten Welt stärken.

### **Beteiligte Partner:**

Die Partnerschaft ist innerhalb der rheinland-pfälzischen Landesregierung im Innenministerium angesiedelt, das zuständige Referat verwaltet die vom Landtag für die Partnerschaft mit Ruanda zur Verfügung gestellten Gelder. Der Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda e. V. betreut über sein Koordinationsbüro in Kigali die Projekte. Eigentliche Träger der Partnerschaft sind die mehr als 50 Initiativen und Ruandagruppen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Aber auch über 250 Schulen und zahlreiche Vereine, Verbände, Universitäten und Fachhochschulen haben Beziehungen mit den entsprechenden Partnern in Ruanda aufgebaut.



Das Modell der dezentralen, bürgernahen und grundbedürfnisorientierten Entwicklungszusammenarbeit hat während der vergangenen 25 Jahre in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung breite Resonanz und Zustimmung gefunden, die auch über die schwierige Zeit des Genozids in Ruanda hinweg Bestand hatte.

### **Geplante Aktivitäten:**

Die bisherigen Projektschwerpunkte werden in den kommenden Jahren beibehalten, da sie weiterhin die Grundbedürfnisse der ruandischen Bevölkerung widerspie-

geln. Zusätzlich sind Maßnahmen im Bereich der regenerativen Energieversorgung wie Solarenergie und der Wirtschaftsförderung geplant.

#### **Finanzierung:**

Die Partnerschaft finanziert sich durch öffentliche Zuwendungen sowie Spenden. Seit 1982 sind knapp 60 Millionen Euro in die Partnerschaft geflossen, davon rund elf Millionen Spenden. Im Haushalt des Landes sind derzeit 1,8 Millionen Euro eingestellt.

#### **Positive Ergebnisse:**

Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda hat das Interesse und Engagement unzähliger Menschen und zahlreicher Institutionen für die Entwicklungszusammenarbeit geweckt. Entwicklungszusammenarbeit wurde durch die Partnerschaft konkret erfahrbar und bekam über die vielen persönlichen Kontakte eine sehr menschliche Komponente. Ein großes Potenzial an unterschiedlichem Fachwissen konnte für die Partnerschaft nutzbar gemacht werden. In Ruanda selbst konnten die Projekte dazu beitragen, das Leben vieler Menschen zu verbessern.

#### **Defizite:**

Die Partnerschaft konnte allerdings nicht dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Ruanda nachhaltig zu verändern und so eine nachhaltige Entwicklung des Landes zu erreichen. Zudem ist die Partnerschaft in Rheinland-Pfalz immer noch sehr stark vom Wunsch nach Hilfe für arme Menschen geprägt, globale entwicklungspolitische Rahmenbedingungen spielen für die Beteiligten kaum eine Rolle.

#### **Neue Konzepte:**

Nach der Flutwelle, die am 26. Dezember 2004 ganze Küstenregionen Süd- und Südostasiens zerstörte, engagiert sich Rheinland-Pfalz auch am Wiederaufbau Sri Lankas. Seit Beginn der Tsunami-Hilfe des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 wurden insgesamt 143 Projekte durchgeführt. Der Schwerpunkt der Projekte liegt in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheitswesen,

Ausbildung, Jugend, Soziales und Wirtschaftsförderung. Dafür hat die Landesregierung bisher 1,73 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die rheinland-pfälzische Bevölkerung spendete bislang 1,5 Millionen Euro. Zurzeit werden Möglichkeiten diskutiert im Sinne einer „Dreieckspartnerschaft“ auch unmittelbare Kontakte zwischen Ruanda und Sri Lanka zu initiieren, um im Sinne der globalen Partnerschaften auch die Süd-Süd-Verbindungen zu stärken.

#### **Weitere Informationen:**

*Land Rheinland-Pfalz  
Ministerium des Innern und für Sport  
Carola Stein  
Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz*

*E-Mail: [carola.stein@ism.rlp.de](mailto:carola.stein@ism.rlp.de)  
Internet: [www.rlp-ruanda.de](http://www.rlp-ruanda.de)  
Internet: [www.rlp60.de/rlp/broker.jsp?uMen=25f60235-e077-0116-e24b-95c3899d11eb](http://www.rlp60.de/rlp/broker.jsp?uMen=25f60235-e077-0116-e24b-95c3899d11eb)*

## Biberach im Kaukasus aktiv

Referent: Thomas Fettback,  
Oberbürgermeister der Stadt Biberach/RiB

**Die Stadt Biberach unterhält seit 20 Jahren eine Städtepartnerschaft mit Telawi in Georgien. Seit dem Jahr 2001 beteiligt sich die Stadt zudem am Kaukasusprojekt der Bundesregierung, das die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchführt.**

Wie Biberachs Oberbürgermeister Thomas Fettback ausführte, ist die Städtepartnerschaft vor 20 Jahren aus der Diskussion um „Atomwaffenfreie Zonen“ entstanden. Die Stadt Biberach entschloss sich damals, Städtepartnerschaften mit dem „Ostblock“ einzugehen. Georgien war zu dieser Zeit noch eine Republik der Sowjetunion. Die Stadt Telawi wurde ausgesucht, weil es dort eine „Deutsche Schule“ gab, in der Deutsch unterrichtet wurde.

Neben städtepartnerschaftlichen Aktivitäten wie Schüleraustausch und kultureller Austausch standen in den vergangenen 20 Jahren Hilfsprojekte im Vordergrund der Partnerschaftsarbeit. Dazu gehörten unter anderem die Sanierung der „Deutschen Schule“, die Sanierung eines Waisenhauses, der Aufbau einer autonomen Krankenversorgung mit einem kleinen Krankenhaus sowie der Bau eines integrativen Kindergartens. Wesentlich unterstützt werden die Aktivitäten durch den örtlichen Partnerschaftsverein, der für jede der sechs Städtepartnerschaften Biberachs einen Ausschuss gebildet hat. Der Verein hat derzeit 540 Mitglieder – mit steigender Tendenz.

Seit sechs Jahren ist die Stadt im „Kaukasusprojekt der Bundesrepublik zur Befriedigung der Region und Stärkung der Zivilgesellschaft“ engagiert. Projektpartner sind neben Biberach auch Saarbrücken mit ihrer Partnerstadt Tbilissi in Georgien sowie Ludwigshafen mit ihrer Partnerstadt Sumgait in Aserbaidschan.



### Ziele der Aktivitäten:

- Aufbau und Stärkung der Zivilgesellschaft
- Mithilfe beim Aufbau der Kommunalverwaltung und Verbesserung der Versorgung der kaukasischen Bevölkerung mit kommunalen Dienstleistungen und Basisinfrastruktur
- Nachhaltigkeit der aufgebauten Beziehungen
- Gemeinsames Engagement von Stadt und Verein und damit nicht zuletzt die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Biberach

### Beteiligte Partner:

- Stadt Biberach
- GTZ
- Nichtregierungsorganisationen
- Hochschule Biberach
- Stiftungen
- Firmen
- Partnerschaftsverein
- Privatpersonen

### Aktuelle Situation und Maßnahmen:

In den ersten beiden Phasen des Kaukasusprojektes von 2001 bis 2007 wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Sanierung und Ausbau einer Drogenberatungsstelle
- Konzeption und Bau eines Jugendzentrums
- Sanierung einer Schule für behinderte Kinder

- Wiederaufbau einer abgebrannten Musikschule – dabei ging es im Wesentlichen darum, in Workshops und in Kooperation mit der Biberacher Hochschule dem örtlichen Handwerk in Telawi und Umgebung eine nachhaltige Bauweise zu vermitteln.
- Müllentsorgung: In Georgien gibt es mit Ausnahme in der Stadt Tblissi keine organisierte Müllentsorgung. Ziele des Projekts bildeten die Aufklärungsarbeit mit und innerhalb der Stadtverwaltung, die Entwicklung einer Müllentsorgungskonzeption einschließlich einer Müllsatzung, Aktionen für die Bevölkerung sowie die Beschaffung von Müllcontainern und sechs Müllfahrzeugen

#### **Geplante Aktivitäten:**

Nachdem die zweite dreijährige Phase des Kaukasusprojektes gerade abgeschlossen wurde, ist die dritte Phase bereits mit konkreten Projekten und entsprechender Mittelbereitstellung genehmigt worden. Geplant sind:

- Fortführung der Müllentsorgungskonzeption: Neben weiteren Aufklärungsmaßnahmen die Entsorgung von Biomüll, die Verwertung von recycelbaren Stoffen sowie die vernünftige Entlagerung des Restmülls
- Aufbau eines Studienganges für Gebäudemanagement an der Universität Telawi in Kooperation mit der Hochschule Biberach
- Organisation von Jugendcamps einschließlich Bau einer entsprechenden Freizeitanlage
- Aufbau und Organisation einer nachhaltigen Forstwirtschaft in Zusammenarbeit mit einer örtlichen Nichtregierungsorganisation. Zurzeit wird ein absoluter Raubbau betrieben, bei dem das Holz frisch geschlagen direkt in den Öfen der Gebäude verfeuert wird.

#### **Finanzierung:**

- GTZ-Mittel
- Mittel aus dem städtischen Haushalt im Rahmen des Etats für Städtepartnerschaften, der für alle sechs Städtepartnerschaften der Stadt Biberach bei 100.000 Euro pro Jahr liegt
- Die Stadt Biberach stellt eine hauptamtliche Kraft zu 60 Prozent für den Bereich

„Städtepartnerschaften“ zur Verfügung

- Projektbezogene Freistellung weiterer städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Eigenmittel des Partnerschaftsvereins Biberach
- Stiftungen über die Hochschule Biberach
- Spenden und Sponsoring

#### **Positive Ergebnisse:**

- Die Projekte in Telawi konnten trotz Schwierigkeiten umgesetzt werden.
- Die Projekte laufen auch nach Abschluss der direkten Projektförderung weiter.
- Jeder Euro an öffentlichen Mitteln konnte mindestens verdreifacht werden.
- Die „Hilfe“ ist keine Einbahnstraße. Es hat auch das Sozialkapital in Biberach weiter gestärkt.

#### **„Stolpersteine“:**

- Laufend wechselnde Ansprechpartner bei der Verwaltung und Regierung in Telawi, in der Region und in Tblissi
- Die Sprache
- Eine zuweilen sehr bürokratische GTZ

#### **Tipps und Tricks:**

- Durch die örtliche Verbundenheit können Netzwerke ausgebaut und genutzt werden.
- Durch die Städtepartnerschaft kann auch einmal „Klartext“ geredet werden, wozu andere Organisationen wie Regierungen oder deren Organisationen und auch Nichtregierungsorganisationen aus diplomatischen Gründen nicht in der Lage sind.

#### **Weitere Informationen:**

*Stadt Biberach an der Riß*

*Oberbürgermeister Thomas Fettback*

*88400 Biberach an der Riß*

*E-Mail: [TFettback@biberach-riss.de](mailto:TFettback@biberach-riss.de)*

*Internet: [www.biberach-riss.de/index.phtml?La=1&NavID=383.62.1](http://www.biberach-riss.de/index.phtml?La=1&NavID=383.62.1)*

*Internet: [www.partnerschaftsverein-biberach.de](http://www.partnerschaftsverein-biberach.de)*

*Internet: [www.staedtenetz-kaukasus.de](http://www.staedtenetz-kaukasus.de)*



## Nürnbergers gelebte Partnerschaft mit San Carlos

Referentin: Karin Gleixner,  
Amt für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg

**Die Stadt Nürnberg, die weltweit 14 Städtepartnerschaften unterhält, hat 1985 mit der Stadt San Carlos die erste deutsch-nicaraguanische Städtepartnerschaft geschlossen. Seitdem wurden zahlreiche Projekte und Begegnungsmaßnahmen durchgeführt.**

Wie Karin Gleixner vom Amt für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg erläuterte, führte das breite Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgergruppen in Nürnberg 1985 zum Abschluss der ersten deutsch-nicaraguanischen Städtepartnerschaft. Seither gibt es in Nürnberg umfangreiche Aktivitäten in folgenden Bereichen:

- Projektkooperation und -unterstützung
- Öffentlichkeitsarbeit in Nürnberg über San Carlos
- Begegnungsarbeit wie Jugendaustausch, Entsendung von Praktikanten und Fachleuten sowie Bürgerreisen



Seit der Gründung der Städtepartnerschaft wurden insgesamt 33 Projekte unter anderem in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Sport und Gesundheit realisiert. Im Rahmen des Jugendaustausches haben 230 Nürnberger Jugendliche die Partnerstadt besucht. Umgekehrt waren etwa 90 Jugendliche aus San Carlos in Nürnberg. Jährlich arbeiten zudem etwa zwei bis fünf Praktikanten oder Freiwillige in Projekten in San Carlos mit. Schließlich besuchten 30 Personen aus Nürnberg im Rahmen von Bürgerreisen die Partnerstadt in Nicaragua.

Ein besonders erfolgreiches Projekt ist das Buch „Wenn die Straßen sprechen könnten“. Darin berichten Kinder aus San Carlos von ihrem Alltag und ihren Träumen und insbesondere über die schlechten Lebensbedingungen auf den Straßen und in den Stadtvierteln. Die erste zweisprachige Auflage des Buches von 1.000 Stück erschien Ende 2004 und veranlasste die Bürgermeisterin von San Carlos dazu, aktiv zu werden: Die Straßen im Zentrum der Stadt wurden erneuert und die marode Kanalisation ausgewechselt. In anderen Stadtteilen wurden zumindest Gehsteige gebaut oder die Erdstraßen befestigt. Auch die Müllentsorgung wurde verbessert. Mitte August 2007 erschien nun die zweite Auflage des Buches mit einigen neuen Texten von Kindern, in denen diese die Verbesserungen beschreiben und ihre Freude darüber ausdrücken. Derzeit arbeiten die Partnerstädte an der Herausgabe eines ähnlichen Buches zu sozialen Themen in der Hoffnung, dass dieses ebenso erfolgreich sein wird wie das erste Buch.

### Ziele der Aktivitäten:

- Annäherung der Bürger beider Städte
- Versuch der Auseinandersetzung mit der Armut im Süden der Weltkugel und dem Reichtum des Nordens
- Lernen voneinander und Umsetzen der Erkenntnisse in den jeweiligen Alltag

### Beteiligte Partner:

- In Nürnberg unter anderem sehr viele Einzelpersonen, aber auch das städtische Jugendzentrum für kulturelle und politische Arbeit sowie der Städtepartnerschaftsverein Nürnberg-San Carlos e. V.
- In San Carlos unter anderem die Stadtverwaltung

sowie autonome Einrichtungen wie die Universität Paolo Freire oder die Clínica San Lucas

- andere europäische Partnerstädte von San Carlos

#### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

Aktuell arbeitet die Stadt Nürnberg sehr eng und gut mit der Bürgermeisterin von San Carlos, Dr. Marisol McRea, und ihrem Team zusammen. Eine ebenso enge Zusammenarbeit insbesondere auf dem Gebiet der Abwasserbehandlung existiert mit anderen europäischen Partnerstädten von San Carlos wie Groningen in der Niederlande, Albacete in Spanien, Linz in Österreich und einer Städtevereinigung im Baskenland.

#### **Geplante Aktivitäten:**

In Planung ist ein Großprojekt zur Behandlung von Abwässern mit vier dezentralen Kläranlagen und dem Bau einer Kanalisation in den meisten Stadtvierteln. Gleichzeitig soll die Trinkwasserversorgung verbessert werden. Voraussetzung hierfür ist die Zusammenarbeit mit den anderen Partnerstädten sowie weiteren europäischen Nichtregierungsorganisationen.

#### **Finanzierung:**

Für die Städtepartnerschaft mit San Carlos steht in Nürnberg ein kleiner Etat zur Verfügung, der im Jahr 2007 bei 20.000 Euro lag. Darüber hinaus wird mit Spenden und in Kooperation mit anderen gearbeitet.

#### **Positive Ergebnisse:**

Es gibt zahlreiche positive Ergebnisse, insbesondere wenn man sich die Biographien jener Nürnberger ansieht, die durch einen Aufenthalt in San Carlos geprägt wurden, oder wenn man hört, dass in San Carlos alle Deutschen mit einem Lächeln empfangen werden, weil sie stellvertretend für Nürnberger empfangen werden.

#### **Tipps und Tricks:**

- Sehr gute Sprachkenntnisse
- Bereitschaft, sich für die Menschen in allen Bereichen zu öffnen
- Zuhören
- Geduld haben
- Freundschaften pflegen

#### **Weitere Informationen:**

Stadt Nürnberg  
Amt für Internationale Beziehungen  
Karin Gleixner  
Weinmarkt 4  
90403 Nürnberg

E-Mail: [Karin.Gleixner@stadt.nuernberg.de](mailto:Karin.Gleixner@stadt.nuernberg.de).

Internet: [www.partnerstaedte.nuernberg.de](http://www.partnerstaedte.nuernberg.de)

Internet: [www.nica-nuernberg.de](http://www.nica-nuernberg.de)

Internet:

[www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/234.html](http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/234.html)

Internet: [www.schmetterling-verlag.de/page-5\\_isbn-3-89657-737-9.htm](http://www.schmetterling-verlag.de/page-5_isbn-3-89657-737-9.htm)

Internet: [www.kinderstrasse.org](http://www.kinderstrasse.org)

## > Workshop 3

### „Finanzierungsmodelle“

#### Rhein-Sieg-Kreis unterstützt Verwaltungen in Kambodscha

Referent: Hans Clasen,  
Abteilungsleiter im Schulamt für den Rhein-Sieg-Kreis

**Der Rhein-Sieg-Kreis hilft seit 2002 beim Aufbau der Distriktverwaltungen in den kambodschanischen Provinzhauptstädten Battambang und Siem Reap. Die Stadt ist Projektpartner im Rahmen des EU-Programms ASIA URBS.**

Wie Hans Clasen vom Schulamt für den Rhein-Sieg-Kreis erläuterte, werden die Städte mit mehr Kompetenzen ausgestattet, ein guter Service für die Bürger entwickelt und Grundlagen für die Stadtentwicklung und eine lokale Arbeitsmarktpolitik geschaffen. In Siem Reap und Battambang wurden in einem ersten Projekt unter anderem bereits erfolgreich Bürgerservice-Büros eingerichtet. Zwei Ombudsmänner haben die Arbeit aufgenommen und nehmen Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern entgegen.

Im Folgeprojekt, das Ende 2004 begonnen hat und noch bis Februar 2008 läuft, steht neben der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit und der Beschaffung eigener Einnahmen vor allem die Finanzverantwortung der Kommunen im Vordergrund.

Ziel der Aktivitäten ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der kambodschanischen Bevölkerung durch:

- Verbesserung der Serviceleistungen der Kommunalverwaltungen
- Einbringung von Bürgerbeteiligung und demokratischen Elementen
- Entwicklung von vertikalen zu horizontalen Verwaltungs- und Regierungsstrukturen

#### Beteiligte Partner:

- Distrikt Battambang
- Distrikt Siem Reap
- Stadt Spoleto in Umbrien in Italien
- Rhein-Sieg-Kreis
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
- BBJ Consult
- Europäische Kommission
- Innenministerium Kambodscha

#### Aktuelle Situation und Maßnahmen:

Das so genannte „Organic Law“, in dem in Kambodscha ein Rahmen für die Verantwortlichkeiten der staatlichen Verwaltung neu geregelt werden soll, ist trotz Ankündigung – bei Projektbeginn war Frühjahr 2006 avisiert – nach wie vor noch nicht verabschiedet. Ursache dafür ist, dass es innerhalb der Regierung unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung der Reformen gibt und dass die Ministerien untereinander Kompetenzkonflikte austragen. Teilweise finden sogar innerhalb der Ministerien Machtkämpfe statt. Neben inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten stellen auch die Sicherung von Macht und Einfluss sowie die Erschließung von Finanzquellen Ursachen für die Verzögerungen dar. Die „Geber“ drängen mit Nachdruck auf eine zügige Umsetzung der Dezentralisierung und Ausweitung der Verwaltungsreformen.

#### Geplante Aktivitäten:

Vorgesehen ist die Beantragung eines weiteren Projektes zur Fortsetzung der Unterstützung des Kommunalverwaltungsaufbaus im Rahmen von neuen EU-Förderprogrammen. Mögliche Inhalte sind:

- die Fortführung und Vertiefung der Reformen in den beiden Distriktverwaltungen in den Provinzhauptstädten Battambang und Siem Reap wie die Ausweitung der Zuständigkeiten und der schrittweise Aufbau der finanziellen Autonomie der Pilotverwaltungen
- die Übertragung von Erfahrungen und Regelungen auf die Provinzverwaltungen

- der Aufbau paralleler Reformstrukturen und Verfahren in weiteren Distrikten in Battambang und Siem Reap

### **Finanzierung:**

Beim Finanzierungsmodell des EU-Projektes Asia Urbs III ist entsprechend der EU-Förderrichtlinien die Beteiligung von zwei europäischen Kommunen erforderlich. Diese erbringen ihren Finanzanteil durch den Einsatz von Verwaltungsfachleuten und eines Koordinators. Die während der Beschäftigungszeit im Projekt anfallenden Gehaltskosten stellen den Finanzanteil der beiden europäischen Kommunen dar.

Weitere Finanzierungsanteile erbringen die Konrad-Adenauer-Stiftung und BBJ Consult durch den Einsatz von Experten. Monetäre Anteile werden in geringem Umfang durch die beiden kambodschanischen Partner und die Konrad-Adenauer-Stiftung, aber hauptsächlich durch die Europäische Kommission erbracht.

Das Finanzierungsmodell ist grundsätzlich für kreisfreie Städte und für Kreise geeignet. Voraussetzungen sind die Bereitschaft des Verwaltungschefs, die Zustimmung der Vertretung wie Rat oder Kreistag sowie das Engagement von Verwaltungsfachleuten.

Da das EU-Programm Asia Urbs ausgelaufen ist, wird die Europäische Kommission in den kommenden Monaten vermutlich folgende neue Programme auflegen: „Governance Line“ sowie „Non-State-Actors and Local Authorities in Development-Program“.

### **Positive Erfahrungen:**

- Das Finanzierungsmodell erlaubt Aktivitäten von Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit ohne die Einbringung von Finanzmitteln. Es wird „lediglich“ der Personaleinsatz als Finanzanteil angesetzt. Das bedeutet, dass der kommunale Haushalt nicht mit einem zusätzlichen Ansatz belastet wird.



- Die Einbeziehung der kambodschanischen Partner in die Finanzierung stellte ein absolutes Novum dar und sorgte auf allen Seiten für Erstaunen.
- Die Einbeziehung weiterer Partner hat sich als Positiv herausgestellt. Dazu gehören etwa Fachleute und Praktikanten von kreisangehörigen Kommunen, externe Fachleute wie Journalisten und Fotografen, der Deutsche Entwicklungsdienst, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Sparkassenstiftung sowie im Kreisgebiet lebende Landsleute.

### **„Stolpersteine“:**

- sehr umfangreiche Programmrichtlinien und aufwändiges Antragsverfahren bei der Europäischen Kommission
- arbeitsintensives Berichtswesen
- aufwändige Rechnungslegung und Erfordernis eines Auditors

### Tipps und Tricks:

- Kenntnisse über Land, Politik, Verwaltungsstrukturen und Geschichte sowie Menschen sind zwingend erforderlich.
- Die Einbeziehung einer Organisation oder Person vor Ort ist notwendig.
- „Kleinere“ Kommunen werden ohne Unterstützung eines erfahrenen Consulting-Unternehmens nicht auskommen.
- Informationen über Förderprogramme der EU müssen frühzeitig eingeholt werden.

#### Weitere Informationen:

*Rhein-Sieg-Kreis*

*Schulamt*

*Hans Clasen*

*Kaiser-Wilhelm-Platz 1*

*53721 Siegburg*

*E-Mail: [hans.clasen@rhein-sieg-kreis.de](mailto:hans.clasen@rhein-sieg-kreis.de)*

*Internet: [www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/artikel/08960/index.shtml](http://www.rhein-sieg-kreis.de/cms100/buergerservice/artikel/08960/index.shtml)*

*Internet: [www.service-eine-welt.de/finanzierungsratgeber/foerderbeispiele-kambotscha.html](http://www.service-eine-welt.de/finanzierungsratgeber/foerderbeispiele-kambotscha.html)*

*Internet: [http://ec.europa.eu/europeaid/projects/asia-urbs/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/projects/asia-urbs/index_en.htm)*

*Internet: [www.cambodiantowns.net](http://www.cambodiantowns.net)*

*Internet: [www.battambang-town.gov.kh](http://www.battambang-town.gov.kh)*

*Internet: [www.siemreap-town.gov.kh](http://www.siemreap-town.gov.kh)*

### Förderprogramm der Stiftung Nord-Süd-Brücken

Referent: Andreas Rosen, Stiftung Nord-Süd-Brücken

**Die private Stiftung Nord-Süd-Brücken fördert ostdeutsche Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Gruppen bei Auslandsprojekten und entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Gefördert werden dabei auch Maßnahmen und Projekte, die in Zusammenhang mit den UN-Millennium-Entwicklungszielen stehen.**

Wie Andreas Rosen von der Stiftung Nord-Süd-Brücken erläuterte, gibt es für die Förderung von Projekten und Aktionen zu den Millennium-Entwicklungszielen bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken ein Sonderförderprogramm, das durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert wird. Das Programm „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ostdeutscher Nichtregierungsorganisationen zu den Millennium-Entwicklungszielen“ wendet sich an ostdeutsche Vereine und Nichtregierungsorganisationen, die im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildung, der Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und der weiteren Öffentlichkeitsarbeit unmittelbar zu den Millennium-Entwicklungszielen arbeiten.

#### Schwerpunkte der Förderung:

- Projekte der schulischen Bildungsarbeit sowie Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen wie Projektstage und -wochen in Schulen und Jugendclubs,
- Seminare und Ausstellungen
- Bildungs- und Informationsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Seminare, Workshops, Hospitationen oder Projektstage für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und Weltläden zu inhaltlichen und methodisch-didaktischen Fragen der Bildungsarbeit im Kontext der Millennium-Entwicklungsziele
- Aktionen und Aktivitäten im öffentlichen und politischen Raum wie Konferenzen oder

Podiumsdiskussionen, die auf die positive Veränderung entwicklungspolitischer Rahmenbedingungen auf lokaler, Landes- und Bundesebene gerichtet sind

#### **Fördermodalitäten:**

Die Vergabe der Mittel erfolgt nach den üblichen Kriterien der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Zu beachten ist lediglich, dass im Rahmen des Sonderprogramms keine Projekte kofinanziert werden, die bereits direkt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kofinanziert werden. Nicht gefördert werden zudem internationale Begegnungsprogramme sowie Maßnahmen mit überwiegend kulturellem Angebot.

#### **Bisherige Bilanz:**

Im Rahmen des Sonderförderprogramms werden pro Jahr durchschnittlich 35 Projekte mit 60.000 Euro aus Mitteln des Sonderförderprogramms unterstützt. Seit 2004 bis August 2007 wurden insgesamt 94 Maßnahmen von rund 40 Nichtregierungsorganisationen mit rund 240.000 Euro gefördert.

#### **Positive Ergebnisse:**

- Die Anzahl der Anträge und der beantragenden Nichtregierungsorganisationen nimmt jährlich zu, wobei mehrere Vereine das Programm kontinuierlich nutzen.



- Die Millennium-Entwicklungsziele sind konzeptionell in die Projektarbeit der Vereine eingeflossen, was sich an den Seminarthemen, öffentlichen Aktionen und Auslandsprojekten zeigt.
- Das Programm trägt dazu bei, die Millennium-Entwicklungsziele in der breiten Bevölkerung bekannter zu machen: Allein im Jahr 2006 wurden bei mehr als 150 Veranstaltungen rund 6.000 Schülerinnen und Schüler, 400 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie 7.500 Menschen bei öffentlichen Veranstaltungen direkt erreicht; 50.000 Menschen wurden über Stadion- und Messebesuche, Medien und Ausstellungen kurzfristig sensibilisiert.
- Im Rahmen des Programms wurden auch mehrere Kooperationen von Kommunen, entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und Sozialverbänden gefördert. In Greifswald beteiligten sich zum Beispiel 30 lokale Organisationen an einer Aktionswoche zu den Millennium-Entwicklungszielen.
- In einigen Fällen stellten die Aktionstage die erste Begegnung von Nichtregierungsorganisationen und Kommunen dar, die Zusammenarbeit wurde allseits als fruchtbar eingestuft.

#### **Kritikpunkte:**

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist Landesaufgabe. Aber, zumindest in den neuen Bundesländern mit Ausnahme von Berlin, stehen sich die Länder bei der Finanzierung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit aus der Verantwortung und überlassen die Finanzierung anderen. So gab es nur bei fünf von 75 Projekten der Jahre 2005 bis 2007 eine Ko-Finanzierung aus Landesmitteln. Aus kommunalen Mitteln wurden lediglich sechs Projekte ko-finanziert.

#### **Weitere Informationen:**

Stiftung Nord-Süd-Brücken  
Andreas Rosen  
Greifswalder Straße 33a  
10405 Berlin

E-Mail: [andreas.rosen@nord-sued-bruecken.de](mailto:andreas.rosen@nord-sued-bruecken.de)  
Internet: [www.nord-sued-bruecken.de](http://www.nord-sued-bruecken.de)

## Millennium-Tore in Mainz und Rheinland-Pfalz

Referent: Dr. Rüdiger Schlaga,  
Koordinator der Mainzer Millennium-Kampagne und  
Referatsleiter in der Landeszentrale für politische Bildung  
Rheinland-Pfalz

**Im September 2007 fand in Mainz und Rheinland-Pfalz eine große Kampagne zur Unterstützung der UN-Millennium-Entwicklungsziele statt, die von einem breiten Aktionskreis aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen veranstaltet wurde. Eine große Herausforderung war die Frage der Finanzierung.**

Wie Dr. Rüdiger Schlaga als Koordinator der Mainzer Kampagne erläuterte, entstand im Herbst 2005 bei der Vorbereitung einer Fotoausstellung zu den Millennium-Entwicklungszielen im Mainzer Staatstheater aus Anlass des 10. Bundeskongresses Politische Bildung im Februar 2006 in Mainz auch die Idee, die Millennium-Tore nach Mainz zu holen. Ziele bei den Überlegungen waren:

- die Tore von einem breiten Aktionskreis aus Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen nach Mainz zu holen
- die Tore in ein breites Aktionsprogramm einzubinden das Thema Millennium-Entwicklungsziele in Schulen hineinzutragen

### Beteiligte Partner:

- aus der Landesregierung die Staatskanzlei, die Ministerien für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sowie des Inneren und für Sport, die Landeszentrale für politische Bildung, bei der auch die Federführung des Aktionskreises lag, sowie die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz
- die Evangelische Kirche von Hessen und Nassau
- die Stadt Mainz mit dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit und der Zukunftsinitiative Mainz/Lokale Agenda 21
- der Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda
- das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk

Rheinland-Pfalz

- der Weltladen Unterwegs Mainz
- das Regionale Zentrum Hessen/Rheinland-Pfalz von InWEnt
- das Internationale Konversionszentrum Bonn

### Zu den Aktivitäten und Maßnahmen gehörten:

- Der Förderpreis für die Offenen Kanäle Rheinland-Pfalz 2007/2008 wurde mit explizitem Verweis auf die Millennium-Entwicklungsziele und die Kampagne unter das Motto „Zu Hause die Welt verändern“ gestellt
- In Boppard bildete sich eine Bürgerinitiative mit dem Ziel, eigene Aktivitäten im Ort zu generieren und mit der Mainzer Kampagne zu verlinken
- Einbindung von Experten – sechs Expertisen über Projekte in Sierra Leone, Sri Lanka, Ruanda, Bolivien, Afghanistan und im Sudan
- Breite Pressearbeit auch durch die Gewinnung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck und des Mainzer Oberbürgermeisters Jens Beutel als Schirmherren sowie zahlreicher prominenter Paten
- Internetauftritt der Kampagne [www.millenniumziele-mainz.de](http://www.millenniumziele-mainz.de) als zentraler Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Corporate Design, das die Region Mainz mit der nationalen Kampagne verbindet
- Medienpartnerschaft mit der Allgemeinen Zeitung Mainz, die einen Workshop mit Schülerredakteuren veranstaltete sowie einen Internet-Chat mit den Experten in Sierra Leone und in Afghanistan organisierte

### Finanzierung:

Die Finanzierung erfolgte über die Beteiligung der Aktionsmitglieder in Form von Geldzuwendungen und/oder in Form von kostenfreier Bereitstellung von Dienstleistungen. Für die Öffentlichkeitsarbeit gab es zudem Mittel aus den Fördertöpfen des Evangelischen Entwicklungsdienstes und des Katholischen Fonds. Hinzu kamen Sponsorengelder von Böhringer Ingelheim und die kostenfreie Übernahme von Leistungen durch die Stadtwerke Mainz und das Staatstheater Mainz.



Nach Abschluss der Kampagne wies die Finanzierung trotz realistischer Planung ein Defizit auf. Vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit entstanden Mehrkosten, die auf die Dynamik der Kampagne zurückzuführen sind. Auf die steigende Zahl der Akteure und das wachsende Interesse der Öffentlichkeit musste mit zusätzlichen Veröffentlichungen und einer fortlaufenden Aktualisierung des Internetauftrittes reagiert werden. Insofern erscheinen die Mehrkosten – sozusagen als ungewollter Beleg der erfolgreichen Arbeit – gerechtfertigt.

Weitere Mehrkosten oder Finanzierungslücken entstanden allerdings auch durch unvorhergesehene Pannen beim Aufbau der UN-Tore und durch die Rücknahme bereits in Aussicht gestellter Sponsorengelder. Inzwischen konnte durch die Aufstockung bisheriger und die Einwerbung weiterer Zuschüsse von Dritten das Defizit komplett gedeckt werden.

### **Positive Erfahrungen:**

Die Zielsetzungen konnten weitgehend realisiert werden:

- Der Aktionskreis war breit und arbeitsfähig.
- Ein breites Angebot an Veranstaltungen zur Thematik konnte erarbeitet und angeboten werden.
- Die Veranstaltungen waren befriedigend bis sehr gut besucht.
- Das Aktionswochenende, insbesondere der Aktionstag, stieß auf eine riesige Resonanz bei der Bevölkerung und entwicklungspolitisch arbeitenden Initiativen im Lande.
- Es gab eine hervorragende Medienresonanz, mehrere ganzseitige Themenschwerpunkte, große Berichterstattung zur Eröffnung der Tore und der Fotoausstellung, regelmäßige Veranstaltungshinweise mit teilweiser Berichterstattung.
- Der Einstieg in die Schulen ist gelungen.

### **Geplante Maßnahmen:**

- Fortsetzung der politischen Verstetigung auf allen Ebenen
- Fortsetzung und Vertiefung der Vernetzung der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Solidaritätsarbeit
- Entwicklung des Aktionskreises vorrangig als Plattform inhaltlicher und/oder politischer Diskussion
- Anstoßgeber für Aktionen
- Abbau von Organisationsegoismen
- Finden von schnellen und sachorientierten Übereinkünften über Möglichkeiten von gemeinsamen Aktionen
- Schaffung von Finanzierungsmodellen für zukünftige Aktivitäten

### **„Stolpersteine“:**

Bei den Treffen des Aktionskreises tauchten immer wieder Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen auf, die nicht immer aufgehoben oder neutralisiert werden konnten. Dieser



strukturelle Konflikte verlangsamte Entscheidungsprozesse aber auch mögliche Initiativen über den engeren geografischen Raum von Mainz hinaus.

Die Einwerbung von Sponsorengeldern gestaltete sich äußerst schwierig: zum einen weil die Erfahrung fehlte, zum anderen spielten ethisch-moralische Kriterien bei der Auswahl von Sponsoren insbesondere bei den Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle. Teilweise wurden auch zugesagte oder in Aussicht gestellte Zuschüsse ohne Begründung wieder zurückgenommen.

**Weitere Informationen:**

*Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz  
Dr. Rüdiger Schlaga  
Am Kronberger Hof 6  
55116 Mainz*

*E-Mail: [ruedeger.schlaga@politische-bildung-rlp.de](mailto:ruedeger.schlaga@politische-bildung-rlp.de)  
Internet: [www.millenniumziele-mainz.de](http://www.millenniumziele-mainz.de)*

## **Fundraising – mehr als nur Mittelbeschaffung**

Referentin: Silvia Starz,  
Vorstand Deutscher Fundraising Verband

**Hinter Fundraising steht ein Konzept mit einem Umsetzungsplan für ein bis drei Jahre, um Ressourcen für Organisationen im dritten Sektor zu beschaffen. Das Konzept sollte in die zentrale Kommunikation der Organisation eingebettet sein.**

Wie Silvia Starz vom Vorstand beim Deutschen Fundraising Verband erläuterte, gibt es in Deutschland mehr als 700.000 Organisationen im dritten Sektor, die sich um Ressourcen für ihre Ziele bemühen. Sie müssen die Besonderheit und Einzigartigkeit ihres Anliegens herausarbeiten und kommunizieren, damit sie von ihren Zielgruppen wahrgenommen werden.

Geeignet ist Fundraising für kommunikative Menschen, die Freude daran haben, andere Menschen um Unterstützung für das Anliegen der Organisation zu bitten. Die Quellen für Fundraising sind vielfältig. Dazu gehören sowohl private Haushalte, öffentliche Mittel, Stiftungen aber auch der Verkauf von Produkten und Dienstleistungen. Fundraising benötigt eine Struktur und Bereitschaft zur Investition von Arbeitsstunden, Sach- und Geldmitteln, bevor es zum Erfolg führt.

Ziel von Fundraising ist es, Freunde für die Organisation zu gewinnen:

- vom Interessierten zum Förderer werden
- vom Förderer zum Freund werden
- vom Freund zum Mehrmals- und Großspender werden

Fundraising ist der Aufbau von langfristigen Beziehungen zu Freunden der Organisation. Aktivitäten sollten dementsprechend kontinuierlich erfolgen und möglichst von denselben Kontaktpersonen. Dabei können verschiedene Fundraising-Instrumente zum Einsatz kommen.

## Fundraising-Instrumente für Kommunen:

Fundraising ist nicht die Aufgabe von kommunalen Einrichtungen. Es ist daher nur für Projekte möglich, die nicht zur eigentlichen hoheitlichen Aufgabe einer Kommune gehören wie eine Baumpflanzaktion oder ein Sommerfest in der Behindertenberatung. Es bedarf eines konkreten nachvollziehbaren Bedarfs, dass beispielsweise mit 50 Euro eine Jugendgruppe an den Sommeraktivitäten der Stadt teilnehmen kann. Spenden für gekürzte Personalmittel schließen sich aus.

- **kurzfristige Fundraising-Instrumente:** Briefe, Spendenaufrufe, kleine Benefiz-Veranstaltungen, Trödelmärkte und andere
- **mittelfristige Fundraising-Instrumente:** EU-Mittel, Unternehmenskooperationen unter anderem Sponsoring oder CSR-Aktivitäten und andere
- **langfristige Fundraising-Instrumente:** Initiierung einer Bürgerstiftung, Verwaltung von unselbstständigen Stiftungen, Zustiftungen sowie Testamente zugunsten kommunaler Zwecke

Hilfreich sind Richtlinien auf Länder- oder Kommunalebene wie Sponsoringrichtlinien in Sachsen sowie die Einrichtung von zentralen Koordinationsstellen in den Behörden, damit nicht mehrere Abteilungen dieselben Unternehmen ansprechen.

Es sollten eigene Konten oder Haushaltstitel für Fundraising-Aktivitäten eingerichtet werden, damit Spenden deutlich von anderen kommunalen Haushaltstiteln abgegrenzt sind und Spender sicher gehen können, dass ihre Spenden auch dem Spendenzweck zugute kommen. Spendenbescheinigungen für Körperschaften öffentlichen Rechts sind seit Mai 2005 möglich.

### „Stolpersteine“:

- Klärung, ob kommunale Mitarbeiter in ihrer Arbeitszeit Fundraising betreiben dürfen
- Aus einer „Notsituation“ heraus mit Fundraising-Aktivitäten zu starten, die nicht zentral abgestimmt sind



- Die Kommune steht in Konkurrenz zu gemeinnützigen Organisationen, gegebenenfalls sind Kooperation zu bestimmten Themen mit gemeinnützigen Organisationen möglich
- Keine Zentrale Koordination von Fundraising-Aktivitäten
- Praktikanten werden aus Zeitmangel für die Ansprache/Akquise eingesetzt
- Um Unternehmen als Kooperationspartner zu

gewinnen, müssen die Interessen des Unternehmens im Blick behalten werden. Ziele der Unternehmen sind unter anderem Kommunikation und Image-transfer, Personalentwicklung, Mitarbeiterzufriedenheit und Interessen an Dienstleistungen und Produkten der Gemeinnützigen Organisation

#### **Tipps und Tricks:**

- Beginn mit einer interessanten Aktion in den Medien
- Danke sagen
- Auswerten, Weiterplanen
- Wiederholung der Aktion
- Kontakte und Adressen pflegen
- Erfolg im Fundraising braucht Zeit und kostet Zeit
- Kontaktpersonen nicht oft wechseln

#### **Sonstiges:**

Verschiedene Bildungsträger bieten Seminare und Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Fundraising an. Dazu gehören die Deutsche Fundraising Akademie, das Kommunale Bildungswerk Berlin, die Akademie für Ehrenamtlichkeit in Berlin, die Freiwilligen-Akademie Niedersachsen sowie die Werkstatt Fundraising bei FundNet.

#### **Weitere Informationen:**

*FundNet  
Silvia Starz  
Homuthstraße 7  
12161 Berlin*

*E-Mail: [starz@fundnet.de](mailto:starz@fundnet.de)*

*Internet: [www.fundnet.de](http://www.fundnet.de)*

*Internet: [www.fundraisingverband.de](http://www.fundraisingverband.de)*

*Internet: [www.fundraising.de](http://www.fundraising.de)*

*Internet: [www.nonprofit.de](http://www.nonprofit.de)*

*Internet: [www.stiftungen.org](http://www.stiftungen.org)*

*Internet: [www.maecenata.de](http://www.maecenata.de)*

*Internet: [www.kbw.de/semi/577.htm](http://www.kbw.de/semi/577.htm)*

*Internet: [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)*

*[finanzierungsratgeber/finanzierungsratgeber-start.html](http://finanzierungsratgeber/finanzierungsratgeber-start.html)*

## **Neuss fördert Mikrokredite in Entwicklungsländern**

Referentin: Dagmar Vogt-Sädler,  
Leiterin des Umweltamtes Stadt Neuss

**Als erste Kommune weltweit hat die Stadt Neuss im Juni 2004 eine Einlage bei Oikocredit gezeichnet. Daneben fördert die Stadt Neuss seit Jahren die Agenda- und Eine-Welt-Arbeit durch städtische Haushaltsmittel.**

Wie Dagmar Vogt-Sädler vom Umweltamt der Stadt Neuss erläuterte, hat sich die nordrhein-westfälische Stadt mit einem Cent pro Einwohner bei der internationalen Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit beteiligt und möchte mit diesem Modell auch andere Kommunen zur Nachahmung anregen.

Entstanden ist diese Initiative auf Anregung der Neusser Eine-Welt-Initiative, eines überparteilichen Zusammenschlusses kirchlicher und privater Organisationen, die in der Eine-Welt-Arbeit in Neuss aktiv sind. Im Juni 2004 erklärte sich der Kämmerer der Stadt Neuss daraufhin bereit, eine Einlage bei Oikocredit zu zeichnen.

Mikrokredite, die unter anderem von Oikocredit vergeben werden, bieten sozial benachteiligten Gruppen in den Ländern des Südens Hilfe zur Selbsthilfe und sind gleichzeitig eine sichere Geldanlage. Daneben fördert die Stadt Neuss seit Jahren die Agenda- und Eine-Welt-Arbeit durch städtische Haushaltsmittel. Diese wurden nach dem Auslaufen der Landesförderung für Entwicklungszusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen um 10.000 Euro erhöht.

#### **Ziele und Schwerpunkte der Aktivitäten:**

- Förderung von Mikrokrediten in Entwicklungsländern als Hilfe zur Selbsthilfe und als Chance für die Ärmsten der Armen
- Förderung von Frauen in Entwicklungsländern, die Hauptbegünstigte der Mikrokredite sind
- Anregung für andere Kommunen zum Mitmachen



#### **Weitere Informationen:**

*Stadt Neuss*

*Umweltamt*

*Dagmar Vogt-Sädler*

*Hammer Landstraße 1a*

*41456 Neuss*

*E-Mail: [umweltamt@stadt.neuss.de](mailto:umweltamt@stadt.neuss.de)*

*Internet: [www.neuss.de/neuss/umwelt](http://www.neuss.de/neuss/umwelt)*

*Internet: [www.neuss.de/neuss/presse/](http://www.neuss.de/neuss/presse/)*

*[archiv/2004/04/2004.04.30.10-47-40.html](http://www.neuss.de/neuss/presse/archiv/2004/04/2004.04.30.10-47-40.html)*

*Internet: [www.zdk.de/erklaerungen/erklaerung.](http://www.zdk.de/erklaerungen/erklaerung.php?id=161&page)*

*[php?id=161&page](http://www.zdk.de/erklaerungen/erklaerung.php?id=161&page)*

*Internet: [www.oikocredit.de/site/de](http://www.oikocredit.de/site/de)*

#### **Beteiligte Partner:**

- Stadt Neuss
- Oikocredit Westdeutscher Förderkreis in Bonn

#### **Ergebnisse und Erfahrungen:**

- Die Kämmerei der Stadt Neuss erhält in regelmäßigem Turnus eine Veröffentlichung mit allgemeinen Informationen über die Aktivitäten von Oikocredit. Weitere Berührungspunkte mit Oikocredit gab es bisher nicht. Die Stadt hat mit Blick auf das Ziel, den Verwaltungskostenanteil bei Oikocredit niedrig zu halten, hierfür Verständnis.
- Oikocredit ist als Finanzierungsmodell auch für Kommunen geeignet.
- Es haben sich einige Eine-Welt-Initiativen und Kommunen bei der Kämmerei und beim Umweltamt über das Modell erkundigt.
- Nach Information vom Oikocredit Büro Bonn vom September 2007 sind der Initiative der Stadt Neuss bisher die Städte Hagen, Viersen und Rheda-Wiedenbrück gefolgt. Bei weiteren Kommunen ist das Modell in der Vorbereitung.

## > Workshop 4

### „Klimaschutz und Energie“

#### **Erfurter Projekte für Klimaschutz und Energie**

Referent: Josef Ahlke,  
Stadtentwicklungsamt der Stadt Erfurt

**Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wurden in den vergangenen Jahren in der Stadt Erfurt zahlreiche Projekte im Bereich Klimaschutz und Energie initiiert, bearbeitet und umgesetzt. Die Projekte „Grüne Hausnummer“ und „ÖKOPROFIT®“ gehören dabei zu den größeren Referenzprojekten der Stadt.**

Wie Josef Ahlke vom Stadtentwicklungsamt der Stadt Erfurt erläuterte, wurden seit 1998 im Prozess der Lokalen Agenda 21 Erfurt zahlreiche Projekte im Bereich Klimaschutz und Energie initiiert, durchgeführt oder gemeinsam mit Partnern umgesetzt. In einigen Projekten werden die Themen Klimaschutz und Energie direkt sichtbar, in anderen erst auf den zweiten Blick.

Im Agenda 21-Alltag haben die Projekte ÖKOPROFIT® Erfurt und „Grüne Hausnummern“ als Leitprojekte mittlerweile sowohl Substanz als auch den erwünschten Vorbild- und Bildungsaspekt erreicht. ÖKOPROFIT® wird mit jährlich etwa 15 neuen Betrieben durchgeführt. Seit dem Jahr 2000 konnten insgesamt 86 Unternehmen dieses freiwillige Umweltmanagementsystem erfolgreich mit einer Auszeichnung durch die Stadt abschließen. Ressourceneinsparung, Effizienz, Vermeidung von Abfällen und Kohlendioxid-Minderung sind Kernziele des Projektes. Einige Betriebe erweitern ihren Fokus mittlerweile auf zivilgesellschaftliches Engagement, häufig mit Schulen oder Kindergärten als Partnern.

In dem weiteren Leitprojekt „Grüne Hausnummern“ steht nach einem ersten Teil für neu erbaute Wohngebäude und einem zweiten Teil für bestehende Wohngebäude, für die bisher 20 Hausnummern vergeben werden konnten, nun



ein dritter Teil für öffentliche Gebäude vor der Einführung. Der Beschluss des Stadtrates vom Oktober 2006, das erste solar-ökologische Baugebiet mit der Erfurter „Grünen Hausnummer“ als Mindeststandard zu versehen, markiert hier einen nächsten Qualitätssprung.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer auch kleinerer Projekte, die zum Teil an diese beiden Referenzprojekte anschließen. Dazu gehören:

- Projekt „Erfurter Schulen sparen Energie“ seit 2005
- [www.energieguide.de](http://www.energieguide.de) und [www.lifeguide.de](http://www.lifeguide.de) seit 2005
- Arena der Zukunft 2007 „Klima gerecht“ mit Ausstellung UN-Toren und Unterzeichnung des Millenniumbeschlusses; Arena der Zukunft 2008 „urban grün“ ist in Vorbereitung
- FLP-Blumen seit 2007
- Stifterschokolade seit 2006

Andere Projekte hingegen konnten nicht wie gewünscht realisiert werden. Entweder war die Zeit noch nicht reif oder einzelne Personen oder Personenkonstellationen, Wahltermine oder Verwaltungsumfirmierungen blockierten die weitere Vertiefung und Realisierung. Hierzu gehören der

Erfurter Heizspiegel in den Jahren 2005 bis 2007 und weitere Fotovoltaikanlagen nach dem ersten Bürgerkraftwerk auf dem Landtag 2004 für die Universität, die Fachhochschule und die Industrie- und Handelskammer.

#### **Ziele der Aktivitäten:**

- Stadtumbau Erfurts und Nutzung des demografischen Wandels
- Entwicklung Erfurts zur Solarstadt und Bürgerkommune
- Etablierung eines Managers für Klimaschutz und erneuerbare Energien

#### **Zu den beteiligten Partnern gehören:**

- BürgerWerkStadtErfurt e. V.
- BürgerStiftung Erfurt
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e. V.
- Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt
- Erfurter ÖKOPROFIT-Unternehmen
- Solarinput e. V.
- Naturstiftung David
- AG Nachhaltigkeit e. V. der Universität Erfurt
- Grüne Liga Thüringen
- Lagune – Arbeitsgruppe des BUND
- teilAuto
- Eine Welt Netzwerk Thüringen (EWNT)
- Global Marshall Plan Initiative – Sektion Thüringen
- Koordinationsstelle Dekade Thüringen – Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Energiegarten e. V.

Daneben gibt es Praxiskontakte und Erfahrungsaustausch mit anderen Agenda 21-Gruppen in der Region Mittelthüringen und deutschlandweit.

#### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

Die Agenda 21 und die Stadtentwicklung Erfurt stehen an der Grenze von „netten“ Projekten zur tatsächlichen nachhaltigen Stadtentwicklung. Die mit der Umsetzung der Verwaltungsreform vom 12. Oktober 2007 beabsichtigten

Bündelungen und Effizienzgewinne sind noch nicht abschätzbar. Es ist aber mit der Zuordnung des Themenfeldes Solarstadt, Klima und Energie in einer Stabsstelle zu rechnen. Die bisher weitgehend deklaratorischen Beschlüsse werden dann systematisch zu einer Strategie weiterentwickelt.

#### **Geplante Aktivitäten:**

Im Mai und Juni 2008 feiert die Agenda 21 Erfurt ihr zehnjähriges Bestehen.

#### **Finanzierung:**

- städtische Haushaltsstelle Agenda 21 für eigene Themen und Projekte
- städtische Förderrichtlinie „Nachhaltige Stadtentwicklung und Agenda 21 für die Förderung von Initiativen und Vereinen“
- Förderrichtlinie „Lokale Agenda 21 konkret“ des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt für Initiativen und Vereine als Träger von Projekten
- Landesförderung für das Projekt ÖKOPROFIT
- Preisgelder, Auszeichnungen und Sponsoring

#### **„Stolpersteine“:**

- Verwaltungsstrukturen, Wahlen und mangelnde Kapazitäten sowohl quantitativ und qualitativ als auch finanziell und personell sowie fehlende Anerkennungskultur
- „Wegbrechen“ vieler Agenda 21-Büros insbesondere in der Nachbarschaft in Thüringen
- mangelnde Kontinuität der handelnden Personen
- dauernd neue Begriffe und Themen wie Agenda 21, Millennium-Entwicklungsziele, Global Marshallplan, Bildungsdekade oder Klima
- zu lange Realisierungszeiten bei Projekten mit Kindern und Jugendlichen
- mangelhaftes Commitment und Koordinierung der Bundes- und Landesebene

### Tipps und Tricks:

- etwas Glück und etwas Chaos gehören dazu
- erfolgreiche kommunale Netzwerke und Projekte nutzen
- Kontinuität und Autonomie herstellen

#### **Weitere Informationen:**

*Stadt Erfurt  
Stadtentwicklungsamt  
Josef Ahlke  
Fischmarkt 11  
99084 Erfurt*

*E-Mail: josef.ahlke@erfurt.de,  
Internet: [www.erfurt.de/ef/ide/engagiert/  
agenda21/arbeitsgrp/](http://www.erfurt.de/ef/ide/engagiert/agenda21/arbeitsgrp/)  
Internet: [www.buergerwerkstadterfurt.de](http://www.buergerwerkstadterfurt.de)  
Internet: [www.lifeguide-erfurt.de](http://www.lifeguide-erfurt.de)  
Internet: [www.energieeroute.de](http://www.energieeroute.de)*

### Bonn und Buchara im Klimaschutz aktiv

Referentin: Dr. Maria Hohn-Berghorn,  
Leiterin des Vorstandsreferates für  
Internationale Angelegenheiten und Repräsentation  
der Bundesstadt Bonn

**Die Bundesstadt Bonn engagiert sich im Rahmen von Städte- und Projektpartnerschaften für die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit im Sinne der Millennium-Entwicklungsziele. Ein aktuelles Projekt ist das EU-Projekt SPICE für „Schools Partnership to Improve Conservation of Energy“ mit der Stadt Buchara in Usbekistan.**

Wie Dr. Maria Hohn-Berghorn von der Stadt Bonn erläuterte, gewinnt die weltweite Zusammenarbeit von Kommunen zunehmend an Bedeutung – nicht nur Dank erweiterter Kommunikationsmöglichkeiten, sondern auch wegen der globalen Relevanz vieler Themen vor allem im Umweltbereich. Neben den klassischen Städtepartnerschaften, die von den Stadtbezirken gepflegt werden, betreibt Bonn deshalb Projektpartnerschaften in der kommu-



nalen Entwicklungszusammenarbeit insbesondere mit den Städten Ulan Bator in der Mongolei, Buchara in Usbekistan, Minsk in Belarus, La Paz in Bolivien sowie Chengdu in China.

Ein aktuelles Projekt mit Buchara in Usbekistan ist „SPICE“. SPICE steht für „Schools Partnership to Improve Conservation of Energy“ und ist ein Projekt zur Umwelt-erziehung, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien, das sich an Schülerinnen und Schüler aus Bonn und Buchara richtet. Ziel ist es, Energie einzusparen, erneuerbare Energien zu nutzen und damit einen pädagogischen und praktischen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Beteiligte Schulen sind die Emilie-Heyermann-Realschule in Bonn und die Schule Nr. 4 in Buchara. Das Projekt umfasst unter anderem gegenseitige Schülerbesuche, gemeinsame Projektarbeit, einen Plakatwettbewerb und Öffentlichkeitsarbeit.

#### **Ziele der Aktivitäten:**

- Erzeugung eines allgemeinen Umweltbewusstseins
- Aufzeigen der Folgen des Klimawandels für Usbekistan
- gemeinsame Erstellung eines Informationsblattes, von Plakaten und Ausstellungen über Klimaschutz, sparsamen Umgang mit Energie und regenerativer Energie
- Einrichtung und Pflege einer Internet-Webseite
- Herstellung einer Unterrichts-DVD mit Lehrmaterialien
- Veranstaltung eines Symposiums mit Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Wissenschaftlern, Vertretern der Stadtverwaltung und von Energiebetrieben, um das Projekt auf eine breitere Basis zu stellen und um die Grundlagen für ein Folgeprojekt zu schaffen
- Gründung einer Schüler-Arbeitsgemeinschaft „Junge Ökologen“ an der Schule Nr. 4 in Buchara
- Ausweitung der Projektergebnisse auf alle Schulen in Buchara sowie Einbeziehung der Öffentlichkeit
- Förderung von Interesse an erneuerbaren Energien in der Stadtverwaltung Buchara
- Errichtung einer Photovoltaik-Demonstrationsanlage auf dem Dach der Schule Nr. 4 in Buchara

#### **Beteiligte Partner:**

- Städte Bonn und Buchara
- Stadtwerke Bonn
- Emilie-Heyermann-Schule in Bonn
- Schule Nr. 4 in Buchara
- Europäische Kommission
- Deutsch-Usbekische Gesellschaft
- Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Taschkent
- Deutsche Botschaft Taschkent
- Solarworld

#### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

Das EU-Programm ist abgeschlossen. Der Transport und der Aufbau der Photovoltaikanlage erfolgen in Kürze. Möglichkeiten zur Fortführung des Projektes mit dem Ziel der Einführung erneuerbarer Energien durch die Stadt Buchara werden im nächsten Schritt durch eine Machbarkeitsstudie geprüft. Die Stadt Buchara wird Möglichkeiten der Schaffung von Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Fifty-Fifty-Projektes in der Schule Nr. 4 untersuchen.

#### **Finanzierung:**

Das Projekt SPICE wird aus Mitteln des TACIS-Programms der Europäischen Kommission mit rund 144.000 Euro gefördert.

#### **Positive Ergebnisse:**

- Interesse an Umweltfragen in Buchara geweckt
- Basis für weitere Verbreitung der Materialien geschaffen
- Demonstrationsobjekt Photovoltaikanlage gefunden – Projektpartnerschaft sichert weitere Begleitung bei Problemen
- Unterstützung der Stadtspitze gewonnen
- Auszeichnung der Emilie-Heyermann-Realschule im Wettbewerb „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erreicht
- Städtekontakte gefestigt
- Wert der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit anhand eines konkreten Beispiels aufgezeigt



### „Stolpersteine“:

- Die Implementierungsphase war nicht einfach, weil der Projektfokus auf reinem capacity building lag.
- Man benötigt verlässliche Partner und eine professionelle Projektbegleitung; diese wurde durch lokale Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen (UNV) gesichert.
- Man braucht ein sichtbares Ergebnis wie die Photovoltaikanlage; dies kann die weitere Unterstützung seitens der politisch Verantwortlichen sichern.

### Tipps und Tricks:

- Stadtoberhäupter sollten sich vor Beginn eines größeren Projektes kennen und Vertrauen zueinander haben.
- Über Jugendliche sind viele andere zu erreichen, Emotionen wie Tanz- und Theateraufführung mit Kindern beispielsweise bei Symposien sind wichtig.
- Partnerschaftsvereine können in bestimmten Situationen helfen, zum Beispiel wenn Kommune nicht antragsberechtigt ist.

#### **Weitere Informationen:**

Stadt Bonn  
Dr. Maria Hohn-Berghorn  
Altes Rathaus, Markt  
53111 Bonn

E-Mail: [maria.hohn-berghorn@bonn.de](mailto:maria.hohn-berghorn@bonn.de)

E-Mail: [international@bonn.de](mailto:international@bonn.de)

Internet: [www.bonn.de](http://www.bonn.de)

Internet: [www.spice.bonn.de](http://www.spice.bonn.de)

Internet:

<http://ehs.schulen.bonn.de/spiceweb/spiceweb.htm>

Internet: [http://ec.europa.eu/europeaid/projects/tacis/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/projects/tacis/index_en.htm)

### Armutsbekämpfung durch Energiewende

Referent: Gerald Knauf,  
Forum Umwelt und Entwicklung

**Der Klimawandel lässt sich nur auf ein erträgliches Maß beschränken, wenn in den Industrieländern sofort eine umfassende und globale Energiewende in die Wege geleitet wird. Eine solche Energiewende sollte aus drei Säulen bestehen: Energieeffizienz, Suffizienz und erneuerbare Energien.**

Gerald Knauf vom Forum Umwelt und Entwicklung ging der Frage nach, was der Einsatz erneuerbarer Energien mit Armutsbekämpfung zu tun hat. Wie er erläuterte, ist ohne Energie weder Entwicklung noch Armutsbekämpfung möglich. Eine Energiewende in den Industrieländern hat aber zunächst direkt wenig mit Armutsbekämpfung zu tun. Indirekt wirkt sie sich allerdings extrem positiv auf die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern aus.

Die beiden Themen erneuerbare Energien und Armutsbekämpfung müssen gezielt miteinander verknüpft werden, um den Bedürfnissen der Armen gerecht zu werden. Bei der Verbreitung von erneuerbaren Energien besonders in ländlichen Regionen von Entwicklungsländern geht es inzwischen weniger um einzelne Projekte, als vielmehr um deren bisher kaum stattfindende flächendeckende Verbreitung. Wichtigste Elemente einer solchen Strategie sind innovative Finanzierungsmechanismen, politische Rahmenbedingungen und Wissensvermittlung.

#### **Aktuelle Situation und Maßnahmen:**

- Oft fehlt in Entwicklungsländern der Zugang zu Krediten und geeigneten Finanzierungsmethoden und -modellen.
- Wirtschaftlichkeit und Marktfähigkeit einer angepassten Energieversorgung rücken zunehmend in den Vordergrund. Wirtschaftlichkeit bedeutet dabei entweder Einsparung durch Solarenergie statt teurem Kerosin oder zusätzliches Einkommen durch höhere Erträge.
- Durch den gezielten Einsatz von erneuerbaren



Energien kann die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Wirtschaftssektoren wie der Agrarwirtschaft gesteigert werden.

An dieser Stelle können Kommunen mit ihren Partnern in Entwicklungsländern interessante Akzente setzen. Um erneuerbare Energie vom Projekt in flächendeckende Angebote umzuwandeln, kann die Rolle von Kommunen in den betroffenen Gebieten von strategischer Bedeutung sein. Sie sind fest etabliert und Bindeglied zwischen Bevölkerung und Regierung, wodurch sie sehr gut die Bedürfnisse der Bevölkerung mit der Regierungspolitik in Einklang bringen können.

#### **Mögliche Aktivitäten:**

- Grundsätzlich können Kommunen durch ihr Engagement für Klimaschutz dafür sorgen, dass die Konsequenzen des Klimawandels abgemildert werden. Besonders die Armen in Entwicklungsländern sind den Auswirkungen oft schutzlos ausgeliefert. Es gibt eine Vielzahl an Maßnahmen wie Informationsangebote, Förderprogramme

zur Energieeinsparung oder Nutzung erneuerbarer Energien, eine klimaorientierte Verkehrspolitik oder eine am Klimaschutz ausgerichtete öffentliche Beschaffung.

- Konkrete Anknüpfungspunkte ergeben sich über die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Form von Städtepartnerschaften, kommunalen Entwicklungsprojekten oder Projektpartnerschaften.
- Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit kann interessant sein, um gemeinsam mit Partnerkommunen aus dem Süden Erfahrungen auszutauschen und innovative politische und finanzielle Ansätze zu entwickeln, die bestehende Barrieren beseitigen helfen.
- Auch „Solar-Partnerschaften“ zwischen deutschen Kommunen und Partnern in Entwicklungsländern stellen eine Möglichkeit dar, über das Thema Energie in direkten partnerschaftlichen Kontakt und Austausch zu treten. Dies zeigen die Beispiele Gelsenkirchen-Südafrika sowie Ibbenbüren-Afghanistan.

#### **Weitere Informationen:**

*Forum Umwelt und Entwicklung  
Gerald Knauf  
Am Michaelshof 8-10  
53177 Bonn*

*E-Mail: [gerald@forumue.de](mailto:gerald@forumue.de)  
Internet: <http://www.forumue.de>  
Internet: <http://www.ee-netz.de>*

## Städte im (Klima-)Wandel

Referentin: Silke Lunnebach,  
Klima-Bündnis e. V.

**Mit mehr als 1.400 Städten, Gemeinden und Landkreisen, aber auch Bundesländern und Organisationen aus 17 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis Europas größtes Städtenetzwerk zum Klimaschutz. Die Mitgliedskommunen haben sich freiwillig dazu verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren.**

Silke Lunnebach vom Klima-Bündnis erörterte die Frage, welche Möglichkeiten deutsche Kommunen haben, sich für eine zukunftsfähige und klimafreundliche Entwicklung zu engagieren. Die Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen bezeichnete sie dabei als die Hauptaufgabe des kommunalen Klimaschutzes. In der Partnerschaft mit den indigenen Völkern der Regenwälder nehmen die Kommunen im Klima-Bündnis ihre globale Verantwortung wahr, setzen sich für eine nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der UN-Millennium-Entwicklungsziele ein.

Handlungsfelder für die Kommunen sind hierbei:

- Energie
- Verkehr
- Stadtplanung
- Beschaffung
- Land- und Forstwirtschaft
- Abfall- und Abwasserwirtschaft
- Nord-Süd-Zusammenarbeit
- Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, um möglichst viele Akteure einzubinden und so Kohlendioxid-Minderungspotenziale jenseits ihres direkten Einflussbereichs zu erschließen

### Rolle von Städten und Gemeinden beim Klimaschutz:

- **Kommune als Verbraucher und Vorbild:** Städte und Gemeinden erfüllen eine wichtige Vorbildfunktion, wenn sie den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude reduzieren, die eigenen



Beschäftigten zu klimafreundlichem Verhalten motivieren, selbst Ökostrom beziehen oder kommunale Wälder nachhaltig bewirtschaften. Die Einflussmöglichkeiten sind hier am größten, weil das eigene Handeln im Mittelpunkt steht.

- **Kommune als Planer und Regulierer:** Durch die Festlegung von klimafreundlichen Standards in neuen Wohn- und Gewerbegebieten, Verkehrs- und Parkraummanagement oder rechtliche und ordnungspolitische Maßnahmen können Kommunen auch das Verhalten der Wirtschaft oder der Verbraucher im Sinne des Klimaschutzes beeinflussen.
- **Kommune als Versorger und Anbieter:** Im Energie- und Verkehrssektor, bei der Abfallentsorgung oder im kommunalen Wohnungsbau treten Kommunen als „Versorger und Anbieter“ auf. Hier erfolgt die Steuerung über ein entsprechendes Angebot, das die Verbraucher nutzen können. Auch durch Kooperationen mit privaten Investoren können die Kommunen das Verhalten der Verbraucher beeinflussen.

- **Kommune als Berater und Promotor:** Wo es keine rechtlichen Grundlagen gibt, können Kommunen auch indirekt Einfluss nehmen, etwa durch Bewusstseinsbildung oder die finanzielle Förderung von Klimaschutzmaßnahmen. So können sie private Verbraucher, Architekten oder das lokale Handwerk zu klimafreundlichem Verhalten motivieren.

#### **Mögliche Maßnahmen und positive Effekte:**

- **Einsparung von Energiekosten:** Investitionen tätigen, um Gebäude, Infrastruktur und die teilweise noch vorhandenen Energieversorgungsunternehmen zu erneuern oder zu erhalten. Kommunen, die offenkundige Einsparmöglichkeiten nicht nutzen, verschwenden nicht nur Energie, sondern auch öffentliche Mittel.
- **Verbesserung der Lebensqualität:** Förderung von regenerativen Energien und der Umstieg auf effizientere und saubere Verkehrsmittel; dies bedeutet reinere Luft, weniger Stau und Lärm und eine gesündere Umwelt.
- **Belebung der lokalen Wirtschaft:** Jeder Euro, den eine Stadt für die Förderung von Wärmedämmung, Heizungssanierung oder den Einbau von Sonnenkollektoren ausgibt, schafft Arbeitsplätze beim lokalen Handwerk und in kleinen und mittelständischen Betrieben. Dies führt zu einer Stärkung der Kaufkraft und belebt den regionalen Wirtschaftskreislauf.
- **Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit:** Investitionen in regenerative Energiequellen, dezentrale Energieversorgung und effiziente Technologien machen Kommunen unabhängiger von hohen Energie- und Strompreisen und schaffen langfristig Versorgungssicherheit.
- **Imagepflege:** Städte und Gemeinden, die Klimaschutz freiwillig betreiben und fortschrittliche Klimaschutzkonzepte umsetzen, sparen nicht nur Energie, Geld und Kohlendioxid, sondern pflegen nebenbei auch ihr Image als umweltfreundliche Kommune.

#### **Fazit:**

Die Meinung, dass Klimaschutz teuer kommt, ist so falsch wie verbreitet. Abgesehen vom Beitrag zum Erhalt des Weltklimas bringen Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen auf der kommunalen Ebene konkrete Vorteile mit sich und entlasten gerade in Zeiten hoher Energiepreise die strapazierten öffentlichen Kassen. Ökonomie und Ökologie lassen sich vereinen.

#### **Weitere Informationen:**

*Klima-Bündnis e.V.  
Europäische Geschäftsstelle  
Silke Lunnebach  
Galvanistraße 28  
60486 Frankfurt am Main*

*Internet: [s.lunnebach@klimabuendnis.org](mailto:s.lunnebach@klimabuendnis.org)  
Internet: <http://www.klimabuendnis.org>  
Internet: <http://www.klimaschutz.de>  
Internet: <http://www.climate-compass.net>  
Internet: <http://www.climate-toolbox.net>  
Internet: <http://www.indigene.de>*

## Solarenergienutzung in Gelsenkirchen

Referent: Dr. Gerhard Osadnik,  
Leiter des Referats Umwelt, Stadt Gelsenkirchen

**Die Stadt Gelsenkirchen war eine der ersten Städte, die sich Anfang der 1990-er Jahre auf dem Weg ins Solarzeitalter gemacht haben. Heute ist die Stadt, die ihren wirtschaftlichen Aufschwung der Kohleförderung und Stahlindustrie zu verdanken hat, ein etablierter Standort der Solarindustrie mit modernen Produktionsstätten und als „Solar City Gelsenkirchen“ international bekannt.**

Wie Dr. Gerhard Osadnik von der Stadt Gelsenkirchen erläuterte, fiel der Startschuss für die „Solarstadt Gelsenkirchen“ im Schulterschluss mit der Energiewirtschaft und der ortsansässigen Glasindustrie mit der Konzeption des Wissenschaftsparks Gelsenkirchen. Das mit entsprechenden Forschungsunternehmen und mit einem der größten Solardächer der Welt ausgestattete Technologiezentrum entwickelte sich in den Folgejahren rasch zur international anerkannten Plattform für Zukunftsenergien.

Seit 2001 ist Gelsenkirchen unter anderem Mitglied im weltweiten Verbund der „Solar Cities“. Um die vielfältigen Aktivitäten zu bündeln, wurde 2004 in Private Public Partnership der Förderverein „Solarstadt Gelsenkirchen“ gegründet.

### Projektbeispiele und Aktivitäten:

- Errichtung von inzwischen etwa 30 solarthermischen und etwa 20 photovoltaischen Anlagen auf kommunalen Dächern seit 1994 beziehungsweise 2001
- regelmäßige Veranstaltungen rund um die Solarenergie wie der Solarstammtisch seit 2001
- Informationsbroschüre „Strom und Wärme durch die Sonne“ seit 2002 mit Ansprechpartnern, Solarcheckern und -handwerkern sowie Förderinfos rund um die Solarenergie
- Kinderexkursionen „Von der Kohle zur Sonne“ seit 2002 beispielsweise zur Zeche Zollverein, dem

Nordsternpark und dem Wissenschaftspark Gelsenkirchen

- Solar- & Sparprojekt in den Jahren 2003 bis 2005 für die Gesamtschule Berger Feld in Gelsenkirchen-Erle mit Errichtung einer Photovoltaik-Solaranlage
- Ausschreibung der städtischen Stromlieferungen seit 2003 mit Lieferung von 15 Prozent Ökostrom ab Lieferzeitraum 2004/2005 und der Erhöhung auf 30 Prozent Ökostrom ab Lieferzeitraum 2008/2009



- Ermittlung solarer Sanierungspotenziale seit 2004 im Pilotprojekt mit lokalen Wohnungsgenossenschaften und -unternehmen zur Förderung der energetischen/solaren Sanierung
- Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien im Wissenschaftspark Gelsenkirchen in den Jahren 2005 und 2007
- Errichtung der WM-Photovoltaik-Anlage am Hauptbahnhof im Jahr 2006
- Entwicklung des solaren Stadtquartiers Graf Bismarck

## Thema Energieeinsparung:

Gelsenkirchen ist auch beim Thema „Energieeinsparung“ aktiv. Die Stadt nimmt an zahlreichen landesgeförderten Netzwerk-Projekten zur Initiierung, Unterstützung und Vernetzung von Kooperationen im Energiebereich teil. Ein Schwerpunkt der Netzwerkprojekte sind Energieeinsparprojekte für unterschiedliche Zielgruppen wie Schulen und private Haushalte.

Handlungsbereich Stadt Gelsenkirchen:

- Klimaschutz macht Schule seit 1998
- Durchführung einer so genannten E-Fit-Woche im Rathaus Buer im Jahr 2001
- Energiesparen in der Verwaltung seit 2001

Handlungsbereich Private Haushalte:

- Stadtteilorientierte Energieberatung von 1999 bis 2001
- Heizspiegel Gelsenkirchen seit 2001
- Betriebskostenkonzept Gelsenkirchen-Neustadt BeKoKon
- AltBauNeu in Gelsenkirchen seit 2007

## Thema: Internationale Solarbrücken

Gelsenkirchen baut auch international Solarbrücken. So besteht seit 2000 das Projekt „(Um-)Weltsponsorenaktion – Schülerinnen und Schüler laufen für die Umwelt“. Über Sponsoren, die für jede gelaufene Runde Geld spenden, wurden allein 2003 etwa 45.000 Euro gesammelt, die je zur Hälfte für ein Projekt der jeweiligen Schule und für den Bau von Solaranlagen genutzt werden. Die (Um-)Weltsponsorenläufe SOLidAR 21 wurden mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet.

Ergebnisse:

- Bau der Eine-Welt-Solaranlage auf dem Dach des Jugendamtes
- Bau der Eine-Welt-Solaranlage auf der Überdachung des Gelsenkirchener Busbahnhofs
- Verbesserung der Lebensbedingungen in der argentinischen Puna zum Beispiel durch Finanzierung von Solarkochern für das örtliche Gemeindezentrum

und Installation einer solaren Gebäudeheizung im Neubau des Schulgebäudes für die Vorschulklasse, der Bau eines Gemeinschaftsbadehauses und solarbetriebene Wasserpumpen zur wassersparenden Tröpfchenbewässerung

Im Jahr 2004 startete in Gelsenkirchen die Klimastaffel 2004 in Nordrhein-Westfalen. Mit den Einnahmen wurden weitere Eine-Welt-Solarprojekte als Beitrag zum Klimaschutz unterstützt.

Mit dem Projekt SolarCUP werden Fußballbegeisterung und Engagement für den Klimaschutz miteinander verbunden. Der FC Schalke 04 lud als Gastgeber Prominente aus Wirtschaft, Politik, Kirche und Wissenschaft zum Kick-Off in die Schalke Arena ein. Die Spenden von mehr als 20.000 Euro kamen Solarprojekten in der eigenen Stadt und in Südafrika, dem Austragungsort der nächsten Fußball-WM, zugute.

### **Weitere Informationen:**

*Stadt Gelsenkirchen  
Referat Umwelt  
Dr. Gerhard Osadnik  
Goldbergstraße 84  
45875 Gelsenkirchen*

*E-Mail: [referat.umwelt@gelsenkirchen.de](mailto:referat.umwelt@gelsenkirchen.de)  
Internet: [www.gelsenkirchen.de](http://www.gelsenkirchen.de)  
Internet: [www.solarstadt-gelsenkirchen.de](http://www.solarstadt-gelsenkirchen.de)*

# VI. Frühschoppen

## Zusammenführung der Ergebnisse aus den Workshops

Berichterstatter:

Workshop „Fairer Handel und faire Beschaffung“:

### **Walter Leitermann,**

Leiter der Europabüros des Deutschen Städtetages (DST) und stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Workshop „Kommunale Partnerschaften“:

### **Uwe Prüfer,**

Referent des Verbandes developmentspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg (VENRO)

Workshop „Finanzierungsmodelle“:

### **Alexander Kreher**

Leiter der Stabsabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten/Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Stuttgart

Workshop „Klimaschutz und Energie“:

### **Alexander Handschuh**

Referent der Dienstleistungs-GmbH des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)



Moderator:

### **Michael Marwede**

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH

**Michael Marwede:** *Wir verzichten auf die Präsentation von Flipcharts und Karten. Sie haben auf dieser Veranstaltung zwei Workshops mitmachen können und wir wollen Sie nicht mit der Zusammenfassung langweilen. Es gelingt uns vielleicht trotzdem, einen Überblick zu geben und den einen oder anderen Focus zu setzen auf das, was gestern geschehen ist.*

*Zu den Projekten habe ich eine Frage an Herrn Kreher: Ist Eine Welt-Arbeit eigentlich Frauensache? Wenn ich uns Herren hier stehen sehe, habe ich Zweifel. Aber in einigen Workshops war das durchaus Thema.*

**Alexander Kreher:** Das war auch meine erste Reaktion heute Morgen. Als ich hier herkam, dachte ich: Die Besetzung des Podiums ist aber nicht „gegendert“. Aber ernsthaft zu Ihrer Frage: Eine-Welt-Arbeit ist natürlich keine reine Frauensache. In den Workshops wurde vielmehr deutlich, dass die Projektarbeit sowohl eine Sache von Nichtregierungsorganisationen als auch von Kommunen ist. Und das war ja auch eine der Überlegungen, als man diese Konferenz konzipiert hat: Nichtregierungsorganisationen mit Kommunen zusammenzubringen! Und, wenn ich das gleich am Anfang sagen darf: Aus meiner Sicht war das ein voller Erfolg! Also die Frage ist nicht die nach der Geschlechterperspektive, sondern nach den verschiedenen Akteuren und Institutionen, die vor Ort aktiv sind und Projekte gestalten.

**Michael Marwede:** *Herr Handschuh, wie war die Stimmung in den Workshops?*

**Alexander Handschuh:** Die Stimmung in unserem Workshop war größtenteils positiv. Wir haben fünf hochinteressante Beispiele gehört, die sich sehr gut ergänzen haben. Es gab viele kommunale Ansätze, die gerade im Bereich Klimaschutz natürlich immer auch globale Ansätze sind. Das Motto „Global denken – lokal handeln“ trifft



vielleicht auf wenige Bereiche so zu wie auf den Klimaschutz. Für die Projekte wurden durchweg positive Fazits gezogen, auch wenn es natürlich hier und da noch hakt. Festgestellt wurde aber auch, dass Projekte sehr häufig vom Engagement einzelner Personen oder kleinen Personenkreisen abhängen. Wenn dann Personen beispielsweise wegen Krankheit oder Pensionierung ausfallen, können ganze Projekte schon einmal ins Stocken geraten.

**Michael Marwede:** Was war denn, Herr Leitermann, ein interessantes Beteiligungsmodell, von dem Sie vielleicht vorher noch nicht wussten oder ein spannender Projektpartner, von dem Sie gehört haben?

**Walter Leitermann:** Was mich sehr beeindruckt hat, war die Schilderung aus München. München ist ohnehin einer der Vorreiter beim fairen Beschaffungswesen. Viele Kommunen haben von München gelernt wie unter anderem auch die Stadt Bonn, die auch im Workshop vertreten war. Ebenfalls beeindruckt hat mich, wie – ausgehend von den Aktivitäten einer Stadt – sogar ein Landtag dazu veranlasst werden kann, eine Resolution gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu verabschieden. Und natürlich, wie von einer Stadt aus auch andere Kommunen dazu gebracht werden können, sich mit dem Thema zu befassen. Man kann es mit einem Stein vergleichen, der ins Wasser geworfen wird und der dann seine Kreise zieht. Der beeindruckendste Kreis war – um in diesem Bild zu bleiben –

dieser Beschluss des Landtages von Bayern, sich mit dem Thema zu befassen.

**Michael Marwede:** Herr Prüfer, hatten Sie das Gefühl, dass die Projekte nachhaltig sind oder hatten Sie das Gefühl, dass die Menschen, die die Projekte durchführen, nachhaltig dabei sind?

**Uwe Prüfer:** Sowohl als auch, allerdings nicht in jedem Fall. Mir ist im Workshop zu den Partnerschaften aufgefallen, dass das Thema sehr vielfältig ist. Dort findet jede Kommune nach meinem Eindruck ihren eigenen Weg. Interessant war auch, dass wir den ganzen Tag lang über Partnerschaften diskutiert haben ohne genau zu fixieren, was damit denn eigentlich gemeint ist. Wie ist der Weg von einer Patenschaft zu einer Partnerschaft? Wie kommt man von Hilfe – Stichwort Tsunami – hin zu einer nachhaltigen Kooperation? Alle diese Stichworte spielten in unserer Diskussion eine Rolle.

**Michael Marwede:** Herr Kreher, können Sie auch zu dieser Frage etwas sagen: Nachhaltige Projekte oder nachhaltig veränderte Menschen? Oder ist das gar kein Gegensatz?

**Alexander Kreher:** Das ist für mich kein Gegensatz. Es kann beides vorkommen. In unserem Workshop wurde deutlich, dass die Projekte eindeutig nachhaltig sind. Ein



Beispiel: Wir hatten ein EU-Projekt, auf das sofort ein weiteres Projekt folgte und derzeit denkt man bereits an ein drittes Projekt. Dieses Beispiel ist nicht nur nachhaltig bezüglich der Inhalte, sondern auch nachhaltig bezüglich der Personen in den beteiligten Institutionen. In diesem Fall war es beispielsweise eine Kreisverwaltung. Bei einem weiteren Beispiel hatte eine Landeshauptstadt die Millennium-Tore in die Stadt geholt und dafür eigens ein Aktionsbündnis gegründet. Dort wird noch überlegt, ob dieses Bündnis auf Dauer beibehalten werden kann oder neu ausgerichtet werden muss. In einer anderen Landeshauptstadt, in der die Tore aufgestellt waren, wurden dagegen kein Aktionsbündnis und damit keine neuen Strukturen geschaffen. Die Akteure, die die Aktion vorbereitet haben, arbeiten heute dennoch weiter zusammen.

**Michael Marwede:** *Herr Handschuh, haben Sie das Gefühl, dass die Projektpartner gerne Projekte durchführen, die es woanders noch nicht gab, oder lieber Ideen übernehmen, von denen sie gehört haben?*

**Alexander Handschuh:** Es fällt mir schwer, dass generell zu beurteilen. Ich würde mir noch mehr Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen wünschen und damit auch mehr Nachahmer-Projekte. Nicht jede Kommune, jede Organisation muss das Rad neu erfinden. Das ist auch der Ansatz, den wir im Deutschen Städte- und Gemeindebund verfolgen, nämlich Beispiele geben, deutlich machen was gut funktioniert, wo es hakt und was man vielleicht besser vermeiden sollte. Der Vorteil von guten Beispielen und Nachahmer-Projekten ist, dass man die Energie, die man ansonsten auf die Entwicklung von Konzepten verwendet, direkt in die Projektarbeit investieren kann. Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und die stärkere Vernetzung mit anderen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen war deshalb auch ein Gedanke, der bei uns im Workshop eine große Rolle gespielt hat.

**Michael Marwede:** *Herr Leitermann, haben Sie das Gefühl, dass die Beteiligten gerne Beispiele lesen möchten oder möchten sie lieber in einer Konzeption wie gestern zusammensitzen und von Beispielen hören und darüber diskutieren?*

**Walter Leitermann:** Die Antwort auf diese Frage fällt mir leicht. Gemessen an der Diskussionsfreude, hatte ich das Gefühl, dass die Leute gerne zusammenkommen und dann auch von den Beispielen hören und nicht nur lesen wollen. Wir hatten einige Beispiele, die sehr beeindruckt haben in der Diskussion. Natürlich kann niemand fünf oder sechs Tage in der Woche auf Konferenzen sitzen, aber ich glaube schon, dass Konferenzen wie diese ein Gewinn sind, besonders dann, wenn Praktiker aus ihrer Arbeit berichten und untereinander diskutieren.

**Michael Marwede:** *Herr Kreher, sind die Menschen auf Konferenzen vielleicht auch offener? Muss man sich mehr abstimmen, wenn man etwas schreibt?*

**Alexander Kreher:** Der Austausch ist unglaublich wichtig. In unserem Workshop hat ein Teilnehmer sogar explizit dazu aufgefordert: Klauen Sie was geht! Eine Möglichkeit dafür ist natürlich der Erfahrungsaustausch auf Konferenzen wie dieser. Eine andere Möglichkeit ist, direkt zu schauen, was andere Akteure tun. So hat ein Kollege im Workshop erzählt, dass er im Internet geschaut habe, was andere Städte bei der Aufstellung der Millennium-Tore gemacht haben und diese Ideen dann auf die Bedürfnisse in seiner Stadt übertragen. Sicher kann man nicht alles aus anderen Kommunen 1:1 anwenden. Aber wir waren uns in unserem Workshop einig, dass gute Ideen durchaus übertragbar und weiter entwickelt werden sollten.

**Michael Marwede:** *Obwohl ich da auch noch einen Satz in Erinnerung habe, wonach man vielleicht nicht jedem sagen sollte, woher man die finanziellen Mittel erhalten hat, damit es nachher nicht zu viele sind, die einen Antrag einreichen.*

Herr Prüfer, was gibt es denn vielleicht auch an kleinen Motivationen? In Ihrem Workshop hat Frau Gleixner erzählt, dass sie Hochzeiten zwischen Nicaraguanern und Nürnbergern simultan übersetzen durfte. Gibt es noch anderes?

**Uwe Prüfer:** In unserem Workshop wurde deutlich, dass kommunales entwicklungspolitisches Engagement und

Städtepartnerschaften eine Herzenssache sind. Als Vertreter einer Nichtregierungsorganisation hatte ich auch den Eindruck, dass die Bürgermeister und die zuständigen Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung in diesem Punkt einfach Macher sind. Sie sind in irgendeiner Art und Weise betroffen oder motiviert und legen dann los.

**Michael Marwede:** *Sie haben nicht den Eindruck, dass sie das tun, weil ihnen der eigentliche Job keinen Spaß macht?*

**Uwe Prüfer:** Ich kann natürlich nicht für die Bürgermeister sprechen. Aber bei uns ist auch das Wort Spaßfaktor gefallen. Ich glaube, dass man sich nicht auf dieses auch mitunter mühselige Geschäft der Städtepartnerschaften einlassen kann, wenn nicht auch ein Spaßfaktor dabei wäre. Es wird auch immer wieder betont, dass Städtepartnerschaften keine Einbahnstraßen und für beide Partner nützlich und hilfreich sind. Es gibt Lerneffekte und es gibt auch sehr berührende persönliche Begegnungen. Ich glaube, dass dies eine entscheidende Triebkraft ist, um sich auf kommunaler Ebene dem Thema Städtepartnerschaften zu widmen. Ruhm und Ehre im klassischen Sinn oder sogar finanzielle Vorteile sind ja nicht unbedingt zu gewinnen.

**Michael Marwede:** *Herr Handschuh, hatten Sie das Gefühl, dass die Zeit im Workshop ausreichte, um das Thema zu bearbeiten?*

**Alexander Handschuh:** Die Zeit im Workshop war durchaus ausreichend auch wenn es in der ersten Runde zum Ende hin zeitlich etwas knapp wurde. Wir waren aber auch einer der Workshops mit fünf Referenten und es gab sehr viele Nachfragen. Zudem hatten wir in der ersten Runde des Workshops sehr viele Teilnehmer. Interessanterweise spielte der Faktor Zeit aber in einer anderen Hinsicht eine Rolle, nämlich in Bezug auf die Umsetzung der Klimaschutzprojekte. Wie viel Zeit haben wir noch, um den Klimawandel aufzuhalten? Ist es überhaupt zu schaffen? Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an das Projektbeispiel der Stadt Bonn in Usbekistan. Dort muss das Bewusstsein für den Klimaschutz erst noch geweckt werden. Ein anderer entscheidender Faktor ist sicherlich die Wirtschaftlichkeit von regenerativen Energien. Solange fos-

sile Brennstoffe billiger, preiswerter und wirtschaftlicher sind, werden viele Länder daran festhalten wollen. Erst wenn regenerative Energien wirtschaftlicher sind als fossile Energieträger, wird die Bereitschaft steigen, auf diese Energieträger umzusteigen. Insofern spielt der Faktor Zeit natürlich gerade bei einem so drängenden Problem wie dem Klimaschutz eine ganz große Rolle. Mein Eindruck war allerdings auch, dass man sich dadurch nicht entmutigen lässt.

**Michael Marwede:** *Herr Leitermann, können Sie etwas zu Mut und Zeit der Akteure sagen?*

**Walter Leitermann:** Ich weiß nicht, ob man es Mut nennen soll oder nicht besser Beharrungsvermögen, an dem Thema dranzubleiben. Denn es ist ein schwieriges Thema. Es ist insbesondere schwierig, die Klientel anzusprechen, die man eigentlich erreichen will. Bei unserem Thema sind das ja die Beschaffer. Dort sind es häufig andere, die das Rad drehen und hoffen, dass sie etwas bewegen. Zeit spielt insofern eine Rolle, als man Ausdauer mitbringen muss, was eine andere Variante von Beharrlichkeit ist. Geduld ist vielleicht auch ein Stichwort, was mit Zeit zusammenhängt. Man kann nicht hoffen oder davon ausgehen, dass man in kurzer Zeit Erfolge erzielt. Gleichwohl habe ich aus allen geschilderten Beispielen den Eindruck gewonnen, dass alle Akteure etwas bewegen konnten und für ihren Einsatz belohnt worden sind. So habe ich häufig die Einschätzung gehört, dass es weniger Widerstände gab als zunächst erwartet – sowohl auf der Seite der Industrie wenn es um soziale Standards bei der Beschaffung ging, als auch bei der Verwaltung, die erfahrungsgemäß über ein stärkeres Beharrungsvermögen verfügt als andere Gruppen in der Gesellschaft.

**Michael Marwede:** *Herr Kreher, wurde in Ihrem Workshop auch von schlechten Erfahrungen berichtet?*

**Alexander Kreher:** Schlechte Erfahrungen würde ich nicht sagen. Es war eher so, dass man im Kontext von Projekten festgestellt hat, dass man hier und da nicht so schnell vorankommt wie man erhofft hat, dass es vielleicht nicht in die gewünschte Richtung oder vielleicht nicht mit diesen

Partnern geht. Aber grundsätzlich war der Tenor, dass man die Ziele nie aus den Augen verloren und bei Schwierigkeiten andere Wege und Mittel gesucht hat. Frust spielte also eigentlich keine Rolle, sondern eher die Motivation, an seinen Zielen festzuhalten und gegebenenfalls mit neuen Partnern über neue Wege die gewünschten Ziele zu erreichen.

**Michael Marwede:** *Hatten Sie das Gefühl, das manchmal Projektpartner fehlten, die man vielleicht gerne gehabt hätte?*

**Alexander Kreher:** In unserem Workshops waren alle Gruppen repräsentiert: Vertreter aus dem Unternehmensbereich, Wirtschaftsbereich und auch dem Bildungsbereich. Insofern war der Workshop durchaus auch Anstoß, bei der Projektarbeit über die eigene Klientel hinauszuschauen und beispielsweise auch einmal mit der Kirche oder Unternehmen zusammenzuarbeiten.

**Michael Marwede:** *Sie erwähnten gerade die Kirche. Die Bewahrung der Schöpfung führt nicht automatisch dazu, dass diese mit im Boot bleiben. Was sagen Sie dazu?*

**Alexander Kreher:** Das gibt es natürlich immer, dass Partner während eines Projektes aussteigen. In unserem Workshop gab es auch Beispiele, wo Akteure ausgestiegen sind. Das führte aber in keinem Fall zum Scheitern des Projektes. Es wurde trotzdem realisiert. Und das ist eine der positiven Erfahrungen, die wir aus dem Workshop mitnehmen.

**Michael Marwede:** *Herr Prüfer, braucht es eigentlich großartige oder eher realistische oder gar keine Ziele, um die Akteure zusammenzubringen?*

**Uwe Prüfer:** Das ist von Kommune zu Kommune sicher unterschiedlich. Die einen arbeiten wahrscheinlich bereits mit großen Visionen, während andere relativ früh damit beginnen, sich realistische Ziele zu setzen. Idealerweise sind die Ziele natürlich kombiniert mit dem großen Ziel, die Welt zu retten. Aber letztlich braucht es auch einen Praxisbezug, um mit einer Städtepartnerschaft zu beginnen.

**Michael Marwede:** *Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an das, was Frau Dr. Hohn-Berghorn vorgestern gesagt hat: Da rollt ein Thema auf die Kommune zu und diese muss sehen, wie sie es vor Ort vermittelt. Was sind Millennium-Entwicklungsziele? Wie bringe ich meine Bürgerschaft dazu, sich für das Thema überhaupt zu interessieren? Wie motiviere ich die Bürgerinnen und Bürger, mitzuarbeiten? Taugt das?*

**Uwe Prüfer:** Das taugt nur bedingt. Städtepartnerschaften oder Eine-Welt-Engagement gab es in Kommunen schon lange bevor es die Millennium-Entwicklungsziele gab. Es gibt eine Kontinuität von Engagement, die an der einen oder anderen Stelle sicher durch die Millenniumziele weiter befördert worden ist. In unserem Workshop gab es nur ein Beispiel, das sich explizit auf die Millennium-Entwicklungsziele bezogen hat. Das war das Projekt der



Deutschen Welthungerhilfe, die sich für ihre Idee der Millenniumdörfer Kommunen als Partner sucht. In diesem Jahr ist das die Stadt Magdeburg. Ansonsten wird die Erreichung der Millenniumziele sozusagen im Rahmen der Städtepartnerschaften mit bearbeitet.

**Michael Marwede:** *Kleine Seitenfrage dazu: Sind denn in diesen Dörfern automatisch alle acht Ziele erfüllt?*

**Uwe Prüfer:** Nach Aussagen der Vertreter der Welthungerhilfe ist das gegenwärtig noch nicht der Fall. Geplant ist dies wohl für das Jahr 2010. Die Frage ist, ob man mit der Idee nicht eine Insellösung schafft. Wenn die Millenniumdörfer als gutes Beispiel dienen, ist das auch durchaus akzeptabel und ein Lernbeispiel für andere. Und es gibt noch einen anderen Aspekt: Dass eine sehr potente, große und auch politisch einflussreiche Nichtregierungsorganisation auf eine Kommune zugeht und mit ihr eine einjährige Partnerschaft vereinbart, hat natürlich auch Diskussionen ausgelöst. Denn in Magdeburg gab es andere Akteure, die schon eine Weile an diesem Thema dran sind. Sie wurden in irgendeiner Art und Weise einbezogen, aber die eigentliche Entscheidung ist woanders gefallen. Und da gab es naturgemäß eine Diskussion.

**Michael Marwede:** *Entscheidung ist also ein anderes Thema? Herr Leitermann, fehlten Entscheidungsträger auf dieser Konferenz?*

**Walter Leitermann:** In unserem Workshop wurde die Frage diskutiert, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn bei dieser Konferenz auch Oberbürgermeister und Bürgermeister dabei wären. Gleichzeitig waren wir uns aber auch darüber im Klaren, dass das eigentlich eine Illusion ist. Wir wären aber bereits zufrieden, wenn wir im Falle unseres Workshops die Beschaffer an einen Tisch bekommen würden, weil die das Thema faire Beschaffung in der Verwaltung befördern könnten. Unser Workshop hat aber auch gezeigt, dass es allein nicht ausreicht, sich zur fairen Beschaffung zu bekennen. Es braucht auch eine Infrastruktur der Information und Vernetzung in die Verwaltung und die Bürgerschaft hinein.

**Michael Marwede:** *Herr Kreher, müssen die Entscheidungsträger überzeugt werden oder gilt es, die anstehenden Themen grob zu platzieren und zu entscheiden?*

**Alexander Kreher:** Es braucht beides. Wenn ich einen Oberbürgermeister oder Oberstadtdirektor habe, der solche Themen unterstützt, ist das eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist, Themen über engagierte Mitarbeiter in den Bereichen wie Umwelt, Klimaschutz oder Abfall zu transportieren. Für die Stadtspitzen muss auf jeden Fall deutlich sein, dass dies eine Plattform ist, auf der etwas bewegt werden kann für die Allgemeinheit. Nur allgemein über die Notwendigkeit zu reden, etwas tun zu wollen oder zu müssen, reicht häufig nicht aus. Es muss konkrete Projekte geben. Wir kommen nur wirklich voran, wenn wir beides kombinieren: Die Führungskräfte motivieren und Aktivitäten im Umweltbereich oder im Abfallbereich anstoßen.

**Michael Marwede:** *Als Mitarbeiter der Stadt Stuttgart möchte ich Sie gerne fragen: Ist von den Themen, die wir hier auf der Konferenz behandelt haben, auch etwas wahlkampf-tauglich für ihren Oberbürgermeister Dr. Schuster?*

**Alexander Kreher:** Einige im Publikum lachen. Aber man wird es kaum glauben, Herr Dr. Schuster hat bei seiner Wiederwahl vor zwei Jahren mit dem Themen Europa und Internationales Wahlkampf gemacht. Er hat schlicht und ergreifend gesagt: Diese Dienstreisen sind keine Lustreisen, da wird hart gearbeitet. Leider scheuen sich viele noch davor. Aber auch Frau Dieckmann in Bonn macht das hervorragend und auch die Stadt Hannover macht es vor. In Stuttgart ist es überhaupt keine Frage mehr. Herr Dr. Schuster macht EU-Projekte und er macht Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Er reist und nimmt seine Leute mit. Aktuell fliegt er jetzt gerade nach Jeju in Korea, anschließend nach Seoul nach Japan. Natürlich muss er sich auch um seinen Gemeinderat kümmern. Aber er lässt sich berichten und deshalb ist das Thema Entwicklungszusammenarbeit in Stuttgart schlicht und ergreifend Tagesgeschäft – nicht nur bei der Spitze, sondern auch in den einzelnen Ämtern.

**Michael Marwede:** *Ich habe immer noch das Gefühl, dass internationale Arbeit auch deswegen betrieben wird, weil man das gerne tut. Aber das ist ja auch in Ordnung.*

*Herr Handschuh, wie ist das beim Thema erneuerbare Energien mit der Motivation? Wird einfach so auf erneuerbare Energien umgestellt oder weil es sich lohnt?*

**Alexander Handschuh:** Ich glaube, dass Sie mir diese Frage nicht mehr stellen müssten, wenn regenerative Energien bereits preiswerter oder wirtschaftlicher wären als andere Energien. Es ist vielmehr so, dass das Thema der erneuerbaren Energien im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um den Klimaschutz und der Berichterstattung in den Medien in diesem Jahr immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Maßnahmen gegen den Klimawandel sind zurzeit sehr populär. Wie das Beispiel von Frau Merkel zeigt, kann man mit dem Thema tatsächlich auch Politik machen. Es gibt aber einen Punkt, der neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien ebenso entscheidend ist, nämlich die Energieeffizienz. Wir müssen uns also auch die Frage stellen: Wie gehen wir mit der Energie, die wir verbrauchen, effizient um? Hier sind Maßnahmen zum Energiesparen wie beispielsweise die Sanierung von Gebäuden gefragt. Letztlich geht es also um einen Mix aus regenerativen Energien und Energieeffizienz.

**Michael Marwede:** *Es ist also keine Frage der Intelligenz, sondern des Geldes? Anders gefragt: Scheitern neue Themen oder eine Sicherung der Schöpfung doch letztlich an den Kosten?*

**Alexander Handschuh:** Das würde ich nicht so sehen. Sicher scheitert vieles am Geld. Aber gerade in Deutschland sind wir auf einem guten Weg was regenerative Energien angeht.

**Michael Marwede:** *Ich möchte nun einen anderen Bogen spannen, der uns ein bisschen von den Workshopinhalten wegführt und zwar zur Fragestellung: Braucht es eigentlich Visionen? Und woher sollten sie kommen?*

**Walter Leitermann:** Das ist eine schwierige Frage. Das Thema Visionen war nicht Gegenstand unseres Workshops.

Es war in einigen Fällen so, dass Kommunen von Außen ermutigt worden sind, sich dem Thema faire Beschaffung zu widmen. Das zeigt, dass es Ziele und Anstöße bedarf. Und es bedarf eines realistischen Handlungskonzeptes. Visionen bergen auch häufig die Gefahr, Menschen und Akteure zu überfordern. Allerdings kam ihre Frage in unserem Workshop vielleicht dann doch indirekt an einer Stelle zur Sprache, als es um die Frage ging, ob es denn sinnvoll sei, beim Thema fairer Handel gleich alle Bereiche der Beschaffung mit einzubeziehen. Die Teilnehmer unseres Workshops waren sich einig, dass es sinnvoller sei, quasi in einer Art „Salami-Taktik“ vorzugehen und die faire Beschaffung Schritt für Schritt in den verschiedenen Bereichen umzusetzen. Wenn man gleich mit einem ultimativen Ziel – und hier bin ich wieder beim Stichwort Visionen – sein Vorhaben verfolgt, ist die Gefahr größer, zu scheitern. Insofern haben wir doch ein bisschen über Visionen gesprochen, ohne das Wort allerdings in den Mund zu nehmen.

**Michael Marwede:** *Herr Prüfer, wie ist die Sicht der Nicht-regierungsorganisationen in dieser Frage?*

**Uwe Prüfer:** Ich denke, dass es ohne Visionen nicht funktioniert und dass jeder, der sich mit der Eine-Welt-Thematik befasst, in gewissem Sinne eine Visionärin oder ein Visionär ist. Da wir hier auf dem Podium quasi Sonderberichterstat-ter aus den Workshops sind, erlaube ich mir, auf den Kollegen Sonderberichterstat-ter Jean Ziegler zu verweisen. Mir hat sehr gut gefallen, was er gestern Abend zu diesen Visionen gesagt hat. Gegen den unermesslichen Hunger und die Armut in dieser Welt könne man ohne Visionen nicht ankämpfen. Und er hat uns eine große Erwartungshal-tung aufgebürdet, als er sagte, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure die Hoffnungsträger sind, womit ich die engagierten Akteure in den Kommunen mit einschließe.

**Michael Marwede:** *Herr Kreher, ist das Leiden, große Ziele auf kommunaler Ebene herunter zu brechen, vielleicht größer als die Entwicklung eines Leitbildes oder einer Vision für eine Stadt?*

**Alexander Kreher:** Visionen sind absolut notwendig und müssen auch Bestandteil jeglichen Handelns sein. Ansonsten

besteht die Gefahr, dass man sich im Klein-Klein verliert. Jedes Projekt, das man startet, muss durchaus auch Teil einer größeren Vision sein. Man muss einfach wissen, was möglich ist und wie die Ziele erreicht werden können. Eine Vision verbindet und deshalb braucht man auch eine. Und wenn es aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen im Bildungssektor, im wirtschaftlichen Bereich, Nichtregierungsorganisationen oder Kommunen zu unterschiedlichen Ansichten über Mittel und Wege kommt, helfen Visionen Konflikte abzubauen. Denn schließlich arbeitet man auch in schwierigen Phasen eines Projektes zusammen an einer gemeinsamen Vision. Deshalb war in unserem Workshop klar: Visionen sind enorm wichtig und sollten der Ausgangspunkt für die Arbeit sein.

**Michael Marwede:** *Wir haben bereits etwas zur Rolle der Millenniumziele in den Workshops gehört. Herr Handschuh, was ist Ihr Eindruck? Können die Millennium-Entwicklungsziele als Themenfeld mithalten beispielsweise bei Fragen wie Klimaschutz, Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitsplatzsicherung oder demografischer Wandel?*

**Alexander Handschuh:** In der Kommunalpolitik sind die Millennium-Entwicklungsziele sicher nicht so präsent wie die anderen Themen, die Sie gerade genannt haben. Ich denke aber, dass sich Themen wie der Klimaschutz unter das siebte Millenniumziel der nachhaltigen ökologischen Entwicklung summieren lassen. „Global denken, lokal handeln“ ist im Klimaschutz der richtige Ansatz. Denn wenn Klimaveränderungen zu Unwettern führen, trifft es nicht die Gemeinde A und die Gemeinde B, weil sie sich besonders gut um den Klimaschutz bemüht hat, sondern leider gerade die Länder des Südens, die obendrein nicht in der Lage sind, sich darauf vorzubereiten oder anzupassen. Die deutschen Städte und Gemeinden – und das ist Teil der Strategie – können sich beispielsweise auf Dürreperioden oder Hochwasser vorbereiten. Und das hat auch mit Klimawandel und Klimaschutz zu tun. Aus meiner Erfahrung gesprochen, wäre es allerdings unredlich zu behaupten, dass kommunaler Klimaschutz bereits eine ähnliche Rolle spielen würde wie die lokale Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik. Das ist sicherlich noch ein Weg, den es zurückzulegen gilt.

**Michael Marwede:** *Nun möchte ich Ihnen alle dieselbe Frage stellen: Was nehmen Sie von dem, was Sie gestern gehört haben, mit in Ihre Institution?*

**Walter Leitermann:** In unserem Workshop spielte im Bereich des fairen Beschaffungswesens die Frage der rechtlichen Grauzone oder Unsicherheit eine große Rolle. Wir haben bei der Eröffnungsrede des Staatssekretärs bereits gehört, dass es insbesondere im Wirtschaftsministerium Widerstände gibt, soziale Zielsetzungen bei der Vergabe anzuerkennen. In diesem Punkt gab es explizit die Bitte unter anderem an meinen Verband, sich um das Thema auf Bundesebene zu kümmern und politisch weiter aktiv zu sein, um das Ziel der fairen Beschaffung auch gesetzlich zu verankern.

Ein zweiter Punkt, den ich auch als Verbandsvertreter an mich gerichtet empfunden habe, betrifft den Erfahrungsaustausch, der über gute Beispiele in den Kommunen verstärkt werden sollte, weil das Lernen voneinander und miteinander ein wesentlicher Aspekt dieser Arbeit ist. Wir haben in unserem Workshop zwar nicht wie in Herrn Krehers Workshop von „Ideenklau“ gesprochen. Wir haben es etwas vornehmer formuliert und gesagt: Besser gut kopiert als schlecht selbst konzipiert. Als Multiplikatoren ist es eine der vornehmsten Aufgaben der Verbände, dieses voneinander lernen oder voneinander abschreiben zu fördern. Und das nehme ich als zweite Bitte aus dieser Veranstaltung mit nach Hause.

**Michael Marwede:** *Herr Prüfer, was nehmen Sie mit?*

**Uwe Prüfer:** Ich würde dies in drei Punkte zusammenfassen. Als entwicklungspolitisches Landesnetzwerk begleiten wir in Brandenburg kleine lokale Akteure auf ihrem Weg hin zu Städtepartnerschaften oder ihren Dialogen mit Stadtverwaltungen. Und da nehme ich eine Menge gute Beispiele mit, die wir uns sicherlich genau anschauen und die eine oder andere Idee weiterverfolgen werden. Also: Klau, Erfahrungsübertragung oder best practice. Das ist das Erste und ganz Praktische, dass ich in Form von Flyern und Broschüren, Links und persönlichen Kontakten mitnehme.

Das Zweite: Ich würde meine NGO-Kolleginnen und

Kollegen gerne ermutigen, offensiver auf Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtverwaltung zuzugehen. Ich hoffe, dass es dort mehr Verbündete gibt als sich das mitunter auf den ersten Blick zeigt. Wir hatten gerade ein schönes Beispiel in Cottbus, wo die Millenniumtore eine ganze Woche gestanden haben und wo der Oberbürgermeister dann auch die Millenniumerklärung unterzeichnet hat. Ich bin zuversichtlich, dass wir da ein Stück vorankommen – auch mit ein wenig Rückenwind von dieser Tagung.

Das Dritte: In unserem Workshop ist der gute alte Spruch von der Vernetzung gefallen. Der stimmt immer noch. Auch wenn es manche nicht mehr hören können, gibt es da nach wie vor noch Potenziale, sich sowohl horizontal zu vernetzen als auch Chancen zu nutzen, in der Kommune zu schauen, wo man auch Kontakte und Vernetzungsstrukturen in die Bundesländer und möglicherweise auch darüber hinaus nutzen kann, in dem man sich zum Beispiel in Bundesprogramme einklinkt.

**Michael Marwede:** Herr Handschuh, was nehmen Sie mit?

**Alexander Handschuh:** Auch ich nehme zunächst eine Menge gute Beispiele mit. Ich nehme einen sehr interessanten Ansatz aus der Stadt Gelsenkirchen mit, nämlich die Solarstadt als Leitbild. An diesem Beispiel wird deutlich, wie man Klimaschutz und Energieeffizienz in die Lokalpolitik integrieren kann und zwar nicht nur als Zukunftsaufgabe im Sinne von Zukunftssicherung, sondern in gewisser Weise auch, in dem man sie in verschiedene andere Politikbereiche integriert. Das ist ein Ansatz, der mich beeindruckt hat und der sicherlich auch nachahmenswert ist. Und ich nehme die Erkenntnis mit, dass es Städte gibt, die im Sinne eines positiven Wettbewerbs als Motoren für andere Städte dienen können. Denn wenn eine Kommune Projekte umsetzt, die sich als erfolgreich erweisen, ist der Anreiz in der Nachbarkommune größer, so etwas auch zu schaffen. Und das ist ein Gedanke, den man weiter verfolgen sollte.

**Michael Marwede:** Herr Kreher, was nehmen Sie mit?

**Alexander Kreher:** Ich nehme zum Einen mit, dass die

Städtepartnerschaften so wie sie derzeit gestaltet werden – als Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Kirchen und anderer – seitens des Bundes viel zu wenig zur Kenntnis genommen werden. Wir müssen als zentrale Akteure anerkannt werden. Das fehlt schlicht und ergreifend. Es ist an der Zeit, hier etwas zu tun. Herr Staatssekretär Stather war hier und er kommt aus Baden-Württemberg. Oberbürgermeister Dr. Schuster ist zwar CDU-Mitglied, trifft aber häufig SPD-Mitglieder. Wir würden also versuchen, entweder in einem Brief über den Deutschen Städtetag oder den Rat der Gemeinden und Regionen Europas die Städtepartnerschaften stärker ins Bewusstsein der Ministerin und des Staatssekretärs zu setzen. Das wurde auch im Workshop diskutiert: Bitte nehmt die Städtepartnerschaften zur Kenntnis!

Applaus!

Was ich ebenfalls mitnehme ist die Bestätigung, dass jeder in seiner Stadt selbst etwas tun kann. Wenn wir in einer Gebietskörperschaft zusammenstehen, kann etwas bewegt werden. Das wurde auch unter den unterschiedlichen Akteuren im Workshop deutlich. Ein konkretes Beispiel: Wenn es darum geht, den Bundesländern Mittel zu entlocken für entwicklungspolitische Bildungsarbeit, kann dies auch mit aus den Städten erfolgen. Die Assistentin von einer Bundestagsabgeordneten hat in unserem Workshop klipp und klar gesagt: Bindet doch die jeweiligen Fraktionen der Gemeinderäte und die Landtagsabgeordnete mit ein und gebt Druck drauf. Das war nicht allein an die Kommunen gerichtet, sondern beispielsweise auch an die Nichtregierungsorganisationen. Also ich nehme mit: Wir können alle etwas tun.

Der dritte Punkt ist, dass wir vor Ort noch mehr in Dialog treten müssen. In unserem Workshop gab es überhaupt keinen Streit. Es war klar, dass wir – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – alle an denselben Zielen und an denselben Visionen arbeiten. Und dieser Workshop und diese Konferenz waren eine ideale Plattform, sich auszutauschen. Und das müssen wir auch vor Ort noch mehr tun. Denn jeder kann im Thema Entwicklungszusammenarbeit auch etwas tun, wenn er nach Hause geht: Nichtregierungsorganisationen, Bildungsträger oder Kommunen. Wir müssen nur verstärkt miteinander kommunizieren.

**Michael Marwede:** *Ich habe noch eine Schlussfrage: Müssen wir eigentlich in acht Jahren anders „grunzen“ und uns heute schon überlegen, welche „Ferkel“ wir zeugen, damit wir eine neue „Sau“ haben? Wir haben Halzeitbilanz für die Millennium-Entwicklungsziele. Was machen wir in acht Jahren? Sind wir gefrustet, weil wir die Ziele nicht erreicht haben? Brauchen wir etwas Neues ab 2015 oder haben wir das Gefühl, jetzt schon so viel Stabilität in dem Themenfeld erzeugt zu haben, dass es über diese Phase hinaus eine Handlungsrelevanz hat?*

**Alexander Kreher:** Die Notwendigkeit, etwas zu tun, ist klar, denn die Probleme rollen ja wirklich auf uns zu. Und deshalb werden das Bewusstsein und das Level der Aktivitäten nicht mehr absinken. Die Millennium-Entwicklungsziele und die Periode von 2000 bis 2015 sind dabei natürlich ein enorm wichtiger Katalysator. Er treibt voran und führt auch dazu, dass das die Motivation und das Bewusstsein in die Breite getragen werden – auch wenn wir die Ziele nicht erreichen. Deshalb brauchen wir in acht Jahren nichts Neues. Das entwickelt sich selbst. Ob wir in einigen Jahren wieder Kampagnen wie die Millennium-Entwicklungsziele machen, kann ich nicht sagen. Aber ich bin vollkommen überzeugt: Die Motivation auch im Kleinen und an konkreter Projektarbeit wird zunehmen.

**Michael Marwede:** *Herr Leitermann, brauchen wir eine neue „Sau“ in acht Jahren?*

**Walter Leitermann:** Das kann nicht schaden, so wie auch jetzt die Millennium-Kampagne nicht schadet. Ich glaube auch nicht, dass wir in acht Jahren frustriert sein werden, selbst wenn wir die Ziele vielleicht noch nicht erreicht haben. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an Rio und die Agenda 21 vor einigen Jahren. Heute ist Agenda 21 fast kein Thema mehr, abgelöst durch die Millennium-Entwicklungsziele. Vielleicht haben wir in acht Jahren einen anderen Namen oder eine andere Überschrift, aber das Thema bleibt. Die Kommunen und auch die Nichtregierungsorganisationen haben auch vor Rio schon an den Themen gearbeitet. Mit den Millennium-Entwicklungszielen machen wir im Prinzip auch vieles, was wir unter dem Begriff

Agenda 21 bereits gemacht haben. Das Bewusstsein für diese Themen ist inzwischen so weit, dass es eigentlich völlig egal ist, mit welcher „Sau“ wir durchs Dorf reiten. Wir sind an den Themen dran. In acht Jahren haben wir vielleicht einen anderen Namen, aber wir bleiben im Kontext des Themas und werden uns wieder zu Themen wie faires Beschaffungswesen treffen, wenn auch nicht unter der Überschrift der Millennium-Entwicklungsziele.

**Michael Marwede:** *Herr Handschuh, was glauben Sie?*

**Alexander Handschuh:** Es kann nie schaden, sich ehrgeizige Ziele zu stecken. Mann sollte aber auch berücksichtigen, dass es Zeit braucht, bis sich Ergebnisse in die Fläche ausbreiten. Die Auswirkungen vieler Prozesse, die nun in Gang gekommen sind, kann man vielleicht in ihrer Komplexität heute noch gar nicht erkennen. Und deshalb macht es aus meiner Sicht durchaus Sinn, sich in acht Jahren zu fragen, wo wir denn in 15 oder 20 Jahren sein wollen und sich das nächste ehrgeizige Ziel zu stecken. Und dabei gehen die heutigen Ziele ja nicht verloren.

**Michael Marwede:** *Herr Prüfer...*

**Uwe Prüfer:** Prophezeihungen sind nicht mein Spezialgebiet. Ich bin auch kein Biologe. Ich bin mir aber relativ sicher, dass wir – was kommunales Nord-Süd-Engagement angeht – in diesem Zeitraum nicht die „eierlegende Wollmilchsau“ entdeckt haben werden. Insofern bleibt es spannend, wie die „Frischlinge“ aussehen werden, mit denen wir dann vielleicht zu tun haben. Ich habe aber die Hoffnung, dass wir wieder mehr zum Ursprung von Politik zurückkehren. Wenn man sich überlegt, dass Politik von Polis – also der guten alten Stadt – kommt, sollten wir wieder ein bisschen politischer werden in den Gemeinden.

**Michael Marwede:** *Vielen Dank für die Runde und für die schöne Stunde an die Rapporture. Und vielen Dank an das Publikum, für das Zuhören.*



## VII. Vorträge

**Prof. Dr. Helmut Mayer,**  
**Direktor des Meteorologischen Instituts**  
**der Universität Freiburg**

*Management des Klimawandels.*  
*Welche Lösungsstrategien können*  
*auf kommunaler Ebene*  
*zum Klimaschutz beitragen?*

Sehr geehrter Herr Nitschke,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie nun in die Problematik des Managements des Klimawandels entführen und die Frage behandeln: Welche Lösungsstrategien können auf kommunaler Ebene zum Klimaschutz beitragen? Ich werde dabei vor dem Hintergrund der Stadtklimatologie referieren. Da ich von der Universität Freiburg komme, werde ich Ihnen natürlich Beispiele aus der Stadt Freiburg vorstellen. Diese Beispiele finden Sie aber in allen Kommunen und das, was ich hier methodisch referiere, können Sie auch auf andere Kommunen anwenden – nicht nur national, sondern auch international.

Ich habe meinen relativ kurzen Vortrag in drei Punkte untergliedert:

- Klimawandel
- Kommunaler Klimaschutz
- Anpassung an den Klimawandel in Kommunen

Zu den **Ursachen des Klimawandels**: Hauptursache des Klimawandels ist die Zunahme der Emission der Treibhausgase in die Atmosphäre. Dabei spielen global gesehen nicht nur Verbrennungsprozesse aller Art eine Rolle, sondern auch extreme Landnutzungsänderungen, Verstärkungen sowie Zunahme von städtischen Flächen. Ein weiterer Faktor ist die sehr lange Lebensdauer der Treibhausgase in der Atmosphäre von 30 Jahren und mehr. Das bedeutet: Im Hinblick auf das Klima können wir eigentlich für diese Zeit nichts mehr machen, die nächsten 30 Jahre sind abgehandelt, die laufen! Alles, was wir tun können, bezieht sich auf die Zeiträume nach diesen 30 Jahren! Dessen müssen wir uns bewusst sein. Und deswegen ist auch die Frage



nach Anpassungsstrategien im Moment ebenso wichtig wie die nach Schutzmaßnahmen.

Letztlich kommt es durch den Eingriff der Menschen in die Atmosphäre zu einem so genannten Strahlungsantrieb, den man inzwischen quantifizieren kann. Das ist – wenn Sie so wollen – ein zusätzlicher Energiegewinn in der Atmosphäre. Der macht im globalen Mittel etwa 1,5 Watt pro Quadratmeter aus. Sie werden nun sagen: 1,5 Watt pro Quadratmeter ist ja immens klein, wieso der ganze Aufstand, die ganze Aufregung? Aber: Sie müssen diese 1,5 Watt pro Quadratmeter in Relation setzen zu etwas Vergleichbarem wie etwa dem globalen Wärmefluss in der Atmosphäre. Wenn Sie den Wert darauf beziehen, macht dieser zusätzliche Strahlungsgewinn etwa 23 bis 24 Prozent aus. Und dieser Wert ist dann doch relativ bedeutend.

Daraus resultieren nun eine ganze Reihe von Wirkungen und Wechselwirkungen im Klimasystem. Mit dem Wort Klimasystem möchte ich darauf aufmerksam machen, dass man das Klima allein eigentlich nicht betrachten kann. Vielmehr muss man das gesamte System ins Auge fassen. Dazu gehören neben der Atmosphäre die Hydrosphäre, die



Lithosphäre, die Cryosphäre und andere. Die Klimamodelle haben natürlich die Aufgabe, alle diese Prozesse in den einzelnen Kompartimenten und natürlich auch die Wechselwirkungen möglichst präzise zu beschreiben. Das gelingt teilweise gut, teilweise gibt es noch Ergänzungsbedarf.

Es gibt bereits sehr viele Maßnahmen zum Klimaschutz. Aber: Wie wirksam sind diese eigentlich? Es genügt nämlich nicht, dass man Maßnahmen beschließt, dass man großen Aktionismus zeigt. Man muss wissen, wie effektiv die Maßnahmen sind. In Bezug auf die Treibhausgase stellt sich dabei die Frage: Wie kann ich die Effektivität überprüfen? Und in diesem Punkt besteht national, in abgeschwächter Weise auch international, ein sehr großer Nachholbedarf!

Eine Möglichkeit, die Effektivität zu überprüfen, bietet der Blick auf das wichtigste Treibhausgas in der Atmosphäre Kohlendioxid und wie es sich verändert. Dazu ein Beispiel: Wenn man sich die Messergebnisse von der weltweiten Referenzstation auf dem Mauna Loa auf Hawaii und die Messergebnisse von der Station des Umweltbundesamtes

auf dem Schauinsland in der Nähe von Freiburg anschaut, fallen einem auf den ersten Blick keine größeren Unterschiede auf. Wenn man sich aber vor Augen hält, dass die Lebensdauer von Kohlendioxid etwa 30 Jahre und mehr beträgt und die Atmosphäre sehr gut durchmischt ist, wird deutlich, dass das Kohlendioxid international wie national weiterhin zunimmt und diese Zunahme sicherlich nicht linear sondern leicht exponentiell ist. Das heißt: Die ergriffenen Maßnahmen greifen bisher nur unzureichend.

Kommen wir nun zu den Kennzeichen des Klimawandels. Der Klimawandel ist dadurch charakterisiert, dass es zum einen Trends von Klimavariablen gibt und zum anderen Extremwettererscheinungen. Bei den Trends von Klimavariablen hört man viel über die Veränderung der Lufttemperatur und die Veränderung des Niederschlags. Über andere meteorologische Variable wie die Windgeschwindigkeit oder die Bewölkung oder sonstiges hört man allerdings wenig. Warum ist das so? Eine Antwort ist, dass die Belastbarkeit dieser Ergebnisse derzeit noch nicht gegeben ist. Bei Extremwetter spielen insbesondere Hitzeperioden

eine Rolle, die Dürre im Sommer, die Starkniederschläge oder konvektive Niederschläge und die Intensivierung von Sturmereignissen, was aber nicht bedeutet, dass die Anzahl der Stürme zunehmen wird. Vielmehr werden die Stürme intensiver sein. Darüber hinaus gibt es noch weitere Extremereignisse.

Damit möchte ich überleiten zum **kommunalen Klimaschutz**. Da Sie dazu in den vergangenen beiden Tagen bereits viel erfahren konnten, werde ich meine Ausführungen kurz halten. Die kommunalen Beiträge zum Klimaschutz werde ich auf zwei Faktoren reduzieren. Der erste und primäre Faktor ist die Energieeinsparung. Hier gibt es ein Problem. Zwar gibt es in nahezu jeder Kommune so genannte Klimaschutzkonzepte. Diese Konzepte orientieren sich aber immer an Bruttoinventuren von Kohlendioxid. Die entscheidende Frage aber ist: Wie viel geht an Kohlendioxid aus dem Volumen Stadt und damit aus den verschiedenen Landnutzungen wie versiegelten Flächen und Grünflächen in die Atmosphäre. Also: Was geht netto in die Atmosphäre? Dies kann man in etwa angeben über die Nettoabgabe von Kohlendioxid in die Atmosphäre, wobei dieser Kohlendioxid-Netto-Fluss eine variable Größe ist. Er hängt ab von energetischen Prozessen, die in einer Stadt ablaufen. Dabei darf man aber auch nicht vergessen, dass die Wetterbedingungen eine sehr wichtige Rolle spielen. Ganz wichtig ist deshalb ein Monitoring zur Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen – und zwar ein Monitoring über die Nettoabgabe von Kohlendioxid aus Stadtgebieten in die Atmosphäre. Das gibt es derzeit in Deutschland in keiner einzigen Kommune. Allerdings werden diese Untersuchungen, die ich für sehr wichtig halte, bereits in Kommunen anderer Länder durchgeführt.

Der zweite Faktor beim kommunalen Klimaschutz ist die Energiekonversion. Dabei geht es um den vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energien. Die Energie, die wir aus Sonne und Wind gewinnen können, ist dabei nahezu zu 100 Prozent klimaneutral und umweltverträglich. Die Verbrennung von Holz ist dagegen nicht klimaneutral wie immer behauptet wird. Sie ist deswegen nicht klimaneutral, weil in einem relativ kurzen Zeitraum sehr viel an Kohlendioxid freigesetzt wird, was in einem sehr langen Zeitraum akkumuliert wurde. Das wird deutlich, wenn Sie sich vor Augen führen, dass eine normale Bewirtschaf-

tungszeit von Wäldern 80 bis 100 Jahre beträgt. Zudem ist die Verbrennung von Holz nicht umweltverträglich. Es werden jede Menge Feinstaub und gasförmige Verbindungen sowie Gerüche freigesetzt. Nach einer Untersuchung des Umweltbundesamtes ist der Anteil der Feinstaubemissionen, der durch Holz verursacht wird, immens groß.

Zusammenfassend kann man sagen, dass alle kommunalen Beiträge zur Reduzierung der Ursachen des Klimawandels auch Beiträge zum Umweltschutz sind. Deshalb ist aktiver Klimaschutz auch aktiver Umweltschutz und das ist ja auch das, was wir möchten.

Damit komme ich zur **Anpassung an den Klimawandel in Kommunen**. Zunächst einmal möchte ich die Konsequenzen aufzeigen, die der Klimawandel hat: Er betrifft Menschen, er betrifft ihre Leistungsfähigkeit, ihr Wohlbefinden, ihre Gesundheit. Darüber hinaus gibt es natürlich auch Auswirkungen auf die Forstwirtschaft, die Landwirtschaft oder den Tourismus. Ich möchte auf diese Details aber hier nicht eingehen, sondern den Schwerpunkt auf die Stadt legen und mich dabei vor allem auf die Frage konzentrieren: Ist es möglich, das was man international als „human thermal comfort“ bezeichnet, also den thermischen Komfort für Menschen, in städtischen Freiräumen, aber auch in Innenräumen, aufrecht zu erhalten angesichts dessen, was auf uns zukommt, was man weiß, was belastbar ist, aber auch unter Einbeziehung von Umweltschutzziele?

Zunächst einmal zu der Frage: Was ist überhaupt thermischer Komfort, wie kann man ihn quantifizieren? Nur ein kurzer Hinweis: Die Lufttemperatur ist dafür nicht geeignet, obwohl sie die bekannteste Größe ist. Der Mensch hat keinen Sensor für die Lufttemperatur. Wenn der Mensch sich thermisch unwohl fühlt, dann ist das ein Ausdruck dafür, dass seine Energiebilanz nicht mehr richtig funktioniert. Energiebilanz ist sozusagen der Ausgleich zwischen Energieaufnahme und Energieabgabe. Für den thermischen Komfort gibt es aber inzwischen bestimmte Maßzahlen, die man thermische Indizes nennt. Der Deutsche Wetterdienst hat so einen thermischen Index kreiert. Das ist die gefühlte Temperatur, die Sie sicher aus der Wettervorhersage kennen.

Um den thermischen Komfort von Menschen in der Stadt aufrecht zu erhalten, muss man das Design von Stadtquartieren

optimieren. Dies gilt sowohl für Gebäude als auch für Grünflächen. Sie müssen Fassadenbegrünungen fördern, Sie müssen den Anteil der Dachgärten erhöhen, Sie müssen stadtklimarelevante Luftleitbahnen freihalten insbesondere bei solchen Wetterlagen, bei denen die Stadt unter der großräumigen Hitze leidet. Das Problem ist ja eben, dass großräumige Dürre oder Hitze durch die Wettereffekte vorgegeben ist. Die können Sie mit Maßnahmen auf kommunaler Ebene nicht beeinflussen. Die Stadt hat aber die Eigenschaft, dass sie das, was so großräumig vorgegeben ist, modifizieren kann. Ich bezeichne dies immer als ein Delta. Ganz bekannt ist dabei der Begriff der städtischen Wärmeinsel. Das ist so ein Delta. Und eben in dieses Delta muss man eingreifen. Dieses muss ich möglichst optimal gestalten.

Hier setzt nun das Verbundprojekt KLIMES an. KLIMES steht für „Planerische Strategien und städtebauliche Konzepte zur Reduzierung der Auswirkungen von klimatischen Extremen auf Wohlbefinden und Gesundheit von Menschen in Städten“. Es ist eingebunden in die Forschungsinitiative „Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Es gibt zu KLIMES eine eigene Homepage, auf der Sie nachlesen können, wer daran beteiligt ist und welche Ziele es gibt, so dass ich mich hier nur auf das Übergeordnete beschränken kann.

Wie bei jedem größeren Vorhaben muss man sich zunächst Gedanken machen, welche Arbeitshypothesen es eigentlich gibt. Diese werden auf der Basis von Expertenwissen und umfangreichen Literaturrecherchen bereitgestellt. Darauf baut man die Zielsetzungen auf und entwickelt einen Arbeitsplan. Ziel ist letztlich ein Katalog oder ein Leitfaden mit Entwurfsbausteinen für klimagerechten Städtebau vor dem Hintergrund zunehmender Hitze im Sommer. Das Problem konvektiver Niederschläge im Sommer ist außen vor gelassen.

An diesem Projekt arbeiten insgesamt vier Gruppen: Neben unserem Institut sind dies zwei Gruppen von der Universität Kassel und eine Gruppe aus Bochum oder Mainz. Beteiligt sind verschiedene Disziplinen wie Stadtplanung und Umweltmeteorologie. Es gibt entsprechende experimentelle Untersuchungen und Befragungen zum Hitzeempfinden

der Menschen. Und weil wir das Projekt nicht nur unter derzeitigen Klimabedingungen sondern auch unter zukünftigen Klimabedingungen durchführen, gibt es Simulationsberechnungen.

Ganz wichtig ist uns auch der Dialog mit der Praxis und der Öffentlichkeit. Deshalb arbeiten wir eng mit der kommunalen Stadtplanung in Freiburg zusammen und beziehen auch die Öffentlichkeit mit ein. Wir werden im November beispielsweise das Konzept des Projektes bei einer Veranstaltung in einem Freiburger Ortsteil vorstellen. Dabei wollen wir herausfinden, wie die Öffentlichkeit darauf reagiert, ob unsere Fragen wirklich relevant sind und was wir praktisch umsetzen können.

Als kleines Beispiel möchte ich Ihnen Ergebnisse aus Simulationsberechnungen zeigen, die wir für verschiedene Straßenschluchten durchgeführt haben. Solche Straßenschluchten können sehr variabel sein. Es gibt Straßenschluchten in Ost-West-Richtung, Nord-Süd-Richtung oder auch Zwischenrichtungen. Eine typische Kenngröße für Straßenschluchten ist das Höhen-Breiten-Verhältnis. Wenn man dieses Verhältnis in Simulationen nun variiert, das Straßendesign und den Straßenquerschnitt verändert, Galerien oder Überhänge anbringt oder Straßenbegleitgrün in Form von Randbäumen oder Bäumen in der Straßenmitte einführt, verändert sich auch der thermische Komfort für die Menschen.

Man kann also sagen, dass die Gestaltung einer Straßenschlucht massiven Einfluss auf das thermische Empfinden der Menschen hat. Deshalb sollte geschaut werden, wie man planungsmäßig eingreifen kann, um Straßenschluchten so weit wie möglich zu optimieren. Dabei kann man auch von Städten anderer Länder lernen, sogar von Städten, die heute bereits permanent unter Hitzestress leiden wie in der Sahara. Denn wenn die regionalen Klimaprognosen eintreten, werden wir in 30 oder 40 Jahren ähnliche Hitzestress-Situationen erleben. Das Problem ist nur, dass die Menschen dies derzeit nicht immer akzeptieren, weil sie nur in Zeitabschnitten von wenigen Jahren denken. Wenn man die Menschen beispielsweise nach dem Hitzejahr 2003 befragt, werden sich die meisten kaum noch daran erinnern, dass es in dem Jahr nicht nur eine sondern zwei Hitzewellen gab, nämlich eine im Juni und



eine in der ersten Augushälfte. In diesem Punkt müssen wir auch die Sensibilität der Menschen wieder aktivieren und stärken.

Damit komme ich zu einer kurzen und plakativen Zusammenfassung:

Es besteht für mich kein Zweifel, dass die Ursachen des derzeit ablaufenden Klimawandels durch Menschen gemacht sind. Die Menschen sind hauptsächlich für Klimawandel verantwortlich – zu etwa 90 Prozent. Da besteht auch in der Wissenschaft Konsens. Andere Einflussvariablen, die es geben mag, sind dagegen verschwindend gering.

Die Verstädterung nimmt zu. Die Anzahl der Menschen, die in Städten leben, steigt global an. Das bedeutet letztlich, dass die Ursachen des Klimawandels hauptsächlich auch durch Prozesse bedingt sind, die im städtischen oder stadtnahen Bereich ablaufen.

Auf kommunaler Ebene lassen sich Lösungsstrategien zum Klimaschutz identifizieren und Maßnahmen durchführen. Was fehlt, ist ein Effizienz-Monitoring. Mit Hilfe eines solchen Monitorings könnte noch zielgerichteter gehandelt und Strategien zielgerichteter entwickelt werden.

Es lassen sich Strategien identifizieren oder aufstellen, die effizient umgesetzt werden müssen. Dies ist aber nur möglich mit Hilfe aller Akteure: der Wissenschaft, der Politik, der Praxis und der Öffentlichkeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Information**

*Da Prof. Dr. Helmut Meyer seinen Vortrag bei der Konferenz mit Hilfe von Folien präsentierte, spiegelt der hier veröffentlichte und aus Verständlichkeitsgründen gekürzte Text nicht alle Aspekte seiner Rede wieder. Die Servicestelle schickt Interessierten auf Wunsch aber gerne die 25-seitige Powerpoint-Präsentation von Prof. Dr. Helmut Meyer zu.*

*Weitere Informationen zum Projekt KLIMES finden Sie außerdem auf der Internetseite [www.klimes-bmbf.de](http://www.klimes-bmbf.de).*

## > Fragen

**Ulrich Nitschke:** Sie unternehmen den Versuch, das Wohlbefinden mit dem Klimawandel zusammenzubringen. Wie viel Zeit haben wir überhaupt für solche Maßnahmen?

**Prof. Dr. Helmut Mayer:** Das sind jetzt zwei Aspekte. Die erste Frage richtet sich auf den Klimaschutz und da haben wir eigentlich keine Zeit mehr zu verlieren. Wie ich an den Ergebnissen der weltweiten Referenzstation auf dem Mauna Loa auf Hawaii zur globalen Entwicklung der Kohlendioxid-Konzentration erläutert habe, sind wir bereits zu spät. Die nächsten 30 Jahre sind gelaufen, da können wir nichts mehr machen. Das heißt aber nicht, dass wir den Kopf in den Sand stecken sollten. Wir müssen vielmehr weiter in die Zukunft schauen. Nach den derzeitigen Klimamodellen macht sich ein verstärkter Einsatz von erneuerbaren Energien trotz weiterer wirtschaftlicher Entwicklung etwa ab 2050 bis 2060 bemerkbar. Dann würden die globalen Kohlendioxid-Emissionen bei entsprechenden Maßnahmen zurückgehen.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Anpassung an den Klimawandel. Auch wenn der Klimawandel in den nächsten 30 Jahren nicht aufzuhalten ist, können wir uns auf die Folgen und Extremereignissen wie Hitze einstellen und damit müssen wir sofort anfangen. In unseren Städten ist ein Planungsspielraum vorhanden, um Maßnahmen zum klimagerechten Städtebau durchzuführen. Die Stadtstrukturen stehen weitgehend im Gegensatz zu Entwicklungsländern oder Schwellenländern, wo die Planung mehr oder weniger informell abläuft. Hier ist etwas da und die Frage ist, in welchen Bereichen man eingreifen kann? Aber auch hier möchte ich zur Ermutigung sagen: Planungsspielräume lassen sich gut identifizieren – im Ruhrgebiet vielleicht noch etwas besser als etwa im Südbadischen.

**Dr. Gerhard Osadnik:** Ich komme aus Gelsenkirchen. Herr Professor Mayer, für das Ruhrgebiet ist das Thema von besonderer Relevanz. Wir sind in einer besonderen Situation in einem Ballungsgebiet ohne großen Speckgürtel und Stadtklimaausgleichsflächen. Wir haben extreme Wärmeinseleffekte. Wir haben eine hohe Konzentration an Personen. Und wir haben einen demografischen Wandel



wie es ihn in der ganzen Republik sonst nicht gibt mit der Folge, dass die schrumpfende Bevölkerung immer älter wird und in die Stadtkerne zieht, die sich immer mehr aufheizen. Hinzu kommt eine hohe Schadstoffbelastung. Zudem haben wir trotz Rückbau zuviel Bausubstanz. Wir müssen jetzt handeln, damit wir in zehn Jahren etwas merken. Deshalb möchte ich meine Bitte auch an Sie richten, dass wir im Ruhrgebiet auch an einem solchen Projekt partizipieren können. Die Bereitschaft der Städte ist da. Da ich das Signal gehört habe, dass wir in dem Projekt nicht bedacht werden, will ich hier die Gelegenheit wahrnehmen, dass wir doch in stärkerem Maße mitmachen können. Vielleicht können Sie da noch einmal etwas tun.

**Dagmar Vogt-Sädler:** Ich komme vom Umweltamt der Stadtverwaltung Neuss. Ich denke, dass Sie mit dem Thema Anpassung an den Klimawandel bei der Stadtplanung genau ins Schwarze getroffen haben. Wir berücksichtigen bei uns in der Planung zunehmend diese Fragestellung. Das betrifft einerseits den Stadtklimabereich, wo wir schon seit Jahren einzelne Planungsvorhaben modelltechnisch untersuchen lassen im Bezug beispielsweise auf Durchlüftungswirkung. Das betrifft aber auch andere Bereiche wie den Artenschutz und die Auswahl der Pflanzen, die man im Rahmen von Planungsmaßnahmen einsetzt. Wenn Sie Kommunen suchen, die bereits eine gute Datenbasis haben, möchte ich ihnen auch unsere Zusammenarbeit anbieten.



Ich hätte aber in dem Zusammenhang noch zwei Fragen. Einmal sprachen Sie von dem Monitoring der Nettoabgabe von Kohlendioxid. Gibt es da schon geeignete Modelle, die speziell auch den Einfluss der Vegetation von Wäldern berücksichtigen? Und die zweite Frage wäre: Bei Ihren Modellrechnungen hatten Sie ermittelt, dass das geringe Höhen-Breiten-Verhältnis eine Aufheizung der Straßenschluchten bewirkt. Ist dabei die Beschattung mit berücksichtigt worden, die ja eigentlich dazu beiträgt, bei engen Straßenschluchten durch die Verminderung des Sonneneinfalls auch die Temperatur-Bilanz zu verbessern?

**Dr. Renée Ernst:** Sie haben in Ihrem Vortrag sehr viel zu Gebäuden gesagt, aber nichts zum Verkehr, der auch eine wichtige Quelle für Kohlendioxid ist. Wieso wurde das nicht berücksichtigt oder lag das an der Kürze Ihres Vortrags?

**Prof. Dr. Helmut Mayer:** Zunächst einmal zum Projekt KLIMES. Die Untersuchungen finden in Freiburg statt, aber rein aus logistischen Gründen. Wir machen keine Stadtklimastudie für Freiburg. Die Standorte, die wir ausgesucht haben für die Untersuchungen, wurden so ausgewählt, dass sie eine allgemeine Gültigkeit haben. Das war auch eine große Voraussetzung für das Projekt. Aber natürlich nehmen wir alle Angebote von Kommunen gerne an, die in diesen Bereichen bereits gearbeitet haben.

Zur Frage nach den Abschattungseffekten: Das Ergebnis, das ich Ihnen gezeigt hatte, galt für einen thermischen Index. Und dieser Index bezog sich nicht auf die gefühlte Temperatur, die der deutsche Wetterdienst verwendet. Den Index, den wir verwenden und der in der Wissenschaft international geläufig ist, nennt sich Physiologisch Äquivalente Temperatur – abgekürzt mit PET. Diese Größe muss berechnet werden, wobei verschiedene meteorologische Parameter wie die Lufttemperatur, der Dampfdruck, die Windgeschwindigkeit und die gesamte kurz- und langwellige Strahlung aus dem dreidimensionalen Raum simuliert und berücksichtigt werden. Insofern sind Abschattungseffekte berücksichtigt.

Zur Frage des Monitorings beim Kohlendioxid-Nettofluss in die Atmosphäre: Man hat etwa vor zehn Jahren begonnen, sich Gedanken zu machen, welche Rolle die Wälder einnehmen und ob sie Kohlendioxid-Senken oder -Quellen darstellen. Die Methoden sind also bekannt. Es gibt zu den weltweit umfangreichen Untersuchungen zur Rolle von Wäldern im Kohlendioxid-Haushalt eine weltweite Datenbank, die auf der Internetseite der NASA verfügbar ist und sich Fluxnet nennt. Wenn die Methoden also da sind, kann man sie auch auf Stadtgebiete übertragen. In Basel beispielsweise finden solche Untersuchungen bereits statt. In Deutschland allerdings nicht.

Zur Frage der Rolle des Verkehrs als Kohlendioxid-Quelle: Sie haben vollkommen Recht. Das habe ich außer Acht gelassen und nur allgemein angedeutet, als ich sagte, dass Menschen für den Klimawandel verantwortlich sind. Und dabei spielt der Verkehr natürlich auch eine Rolle. Eine ganz wichtige Voraussetzung in diesem Bereich ist es, den Verkehr flüssig zu halten. In Freiburg hat beispielsweise die Straßenbahn Vorrang, was dazu führt, dass auf den Hauptverkehrsstraßen Stop- und Go-Verkehr herrscht und damit nicht nur umweltrelevante Schadstoffe überdimensional freigesetzt werden, sondern natürlich auch Kohlendioxid. Sinnvolle Verkehrskonzepte sind also ganz wichtig, wobei der Trend allerdings dahin gehen sollte, den Verkehr generell zu reduzieren und möglichst gute öffentliche Verkehrsanbindungen und Verkehrsmittelkonzepte zu entwickeln.

**Dr. Herbert Schmalstieg,**  
**Oberbürgermeister a. D. der Landeshauptstadt**  
**Hannover**

*Die Bedeutung der kommunalen Ebene  
für konkrete Beiträge  
der Umsetzung der Millennium-  
Entwicklungsziele*

„No excuse 2015“!

Meine Damen und Herren,

der Countdown läuft: In 2.629 Tagen, am 1. Januar 2015 werden wir gefragt: „Was habt Ihr getan?“ Ihr – das sind nicht nur die 189 Regierungschefs und ihre Regierungen, nicht nur die Regional- und Landesregierungen und ihre Parlamente, nicht nur die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sondern auch jeder Einzelne von uns wird gefragt werden und wird auch antworten müssen.

Natürlich waren es die Staats- und Regierungschefs, die auf dem Millenniumgipfel im Jahr 2000 in New York einen konkreten Plan für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt bis 2015 verabschiedet haben. Und natürlich müssen auch sie dafür sorgen, dass der Plan umgesetzt wird, dass insbesondere die reichen Industrienationen von ihrem Reichtum abgeben. Aber die Millenniumziele gehen uns alle etwas an und niemand darf sich davor verschließen.

Ich möchte dazu den isländischen Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger aus dem Jahr 1955, Halldór Laxness, zitieren. Und der hat einen Satz geschrieben in seinem – wie ich finde – bedeutendsten Werk „Der große Weber von Kaschmir“, den ich hier mit meinen und mit heutigen Worten wiedergeben möchte, weil er damals noch von Negern gesprochen hat. Er hat sinngemäß gesagt: Wenn wir in Europa nicht von dem Reichtum etwas abgeben, werden eines Tages die Afrikaner kommen und sich das holen, was wir ihnen vorenthalten.

Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt: Wenn wir von unserem Reichtum nichts abgeben, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass es Menschen gibt, die sich auf die

Völkerwanderung machen, um dorthin zu kommen, wo sie – ich formuliere es einmal so – nicht gern gesehen sind und auch nicht aufgenommen werden. Aber, Menschen sind Menschen und man darf keine Unterschiede machen, wenn es darum geht, in einer gemeinsamen Verantwortung und in einer globalen Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung einzutreten.

Heute leben bereits mehr als 50 Prozent der Menschen in Städten. Deshalb müssen wir die Millenniumziele in den Städten umsetzen und deswegen muss sich auch die Kommunalpolitik um diese Fragen kümmern. Viele Beispiele sind in den Foren diskutiert worden, viele Städte engagieren sich, erfreulicherweise auch die kommunalen Spitzenverbände. So hat sich der Deutsche Städtetag immer wieder mit den Millenniumzielen beschäftigt, hat Maßnahmen der Information und der Bewusstseinsbildung vorgeschlagen, gemeinsame Aktionen angeregt, den Erfahrungsaustausch gepflegt und empfiehlt auch den Städten in die so genannte Dritte-Welt-Arbeit zu intensivieren, wobei das ja eigentlich Erste Welt heißen müsste, da dort ja viel mehr Menschen leben als in den Regionen, in denen wir uns aufhalten.

Die Weltunion der Kommunen hat auf ihrem Kongress in Peking am 10. Juni 2005 den Millennium-Entwicklungszielen höchste Priorität eingeräumt. Es heißt dort etwas volkstümlicher als in der Ursprungserklärung:

*„Armut und Hunger auszurotten, allen Jungen und Mädchen den Abschluss der Grundschule zu ermöglichen, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, die Gesundheit von Müttern und Kindern zu verbessern, die Ausbreitung von HIV/AIDS zu stoppen, die Lebensbedingungen von Slumbewohnerinnen und -bewohnern zu verbessern, den Zugang von Trinkwasser und sanitären Einrichtungen zu ermöglichen, die Umwelt zu schützen und eine globale Partnerschaft für Entwicklung zu schaffen, in der entwickelte Länder mehr und bessere Hilfen leisten, Schulden erlassen und faire Handelschancen ermöglichen.“*

Ich finde, dass man es nicht besser formulieren kann. Und es kommt nunmehr darauf an, zu handeln und diese Ziele anzugehen. Es sind – anders formuliert – die zentralen Herausforderungen, die wir bis 2015 bewältigen müssen, um ein sozial gerechtes Zusammenleben und Überleben auf



diesem Erdball zu ermöglichen. Mit der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ und der internationalen Aktion „make poverty history“ haben im Jahr 2005 Hunderttausende von Menschen in Deutschland und Millionen weltweit ihre Stimme gegen Armut und Ungerechtigkeit erhoben und sich mit den UN-Zielen solidarisiert.

Ich will, meine Damen und Herren, am Beispiel der Stadt, in der ich die Ehre hatte dreieinhalb Jahrzehnte als Oberbürgermeister tätig zu sein, einige Hinweise zu diesem Thema geben: Hannover hat viele eigene Beiträge geleistet. Die Stadt ist aktiv im Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern, wenn es um den Erhalt der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre geht. Wir haben seit Jahrzehnten Städtepartnerschaften in Europa, Afrika und Japan und arbeiten in vielen anderen Partnerschaften und Kampagnen zur nachhaltigen Entwicklung. Ich nenne hier nur die aktive Mitwirkung in der Charta von Aalborg und im Agenda 21-Prozess.

Mit den Beschlüssen zur Umsetzung der Agenda 21 hat sich der Rat unserer Stadt eine Selbstverpflichtung auferlegt. Dazu gehört auch die Verpflichtung, künftig keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen. Mit dem Agenda 21-Büro und Silvia Hesse – die Leiterin ist hier und hat gestern schon mitgewirkt – wird die Bewusstseinsbildung vor Ort bei Einwohnerinnen und Einwohnern, Betrieben und in der Verwaltung Schritt für Schritt vorangebracht.

Ich glaube, dass es immer darauf ankommt, wie eine Stadtverwaltung mit einem solchen Thema umgeht – und das beginnt schon bei der Organisation. Man kann den Agenda 21-Prozess irgendwo in irgendeinem Dezernat in der letzten Ecke ansiedeln. Aber, dass wir dieses Referat, das jetzt Integration und Agenda-Prozess heißt, direkt im Büro des Oberbürgermeisters angesiedelt haben, macht deutlich, dass wir das Thema ernst nehmen und dass man auch dort direkte Zugänge hat. Mit eigenen Aktionen und durch die Unterstützung von Aktionen Dritter haben wir die Bevölkerung informiert und das Bewusstsein für die angesprochenen Probleme geweckt.

Maßnahmen waren zum Beispiel die Fotoausstellung „Millenniumziele 2015“ des BICC im Rathaus, ergänzt



durch lokale Informationen unter Einbeziehung von Vereinen, die zu diesen Zielen arbeiten: das Haus der kirchlichen Dienste, Oxfam, Jugendumweltbüro, Palästina-Initiative, Dritte Welt Forum, unicef und amnesty international. Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 hat das Agenda 21-Büro die MDG-Ausstellung „Acht Ziele – acht Tore“ im Stadtzentrum gezeigt. Ich erinnere mich sehr gern an diese bedeutungsvolle Ausstellung, die auch in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden hat. Weitere Aktionen wie die Faire Woche, „KonsumMensch“, der Hannover-Kaffee, die eigene Agenda 21-Zeitung und der faire Einkaufsführer gehören ebenfalls dazu.

Ich will, meine Damen und Herren, beispielhaft auf die hannoversche Arbeit zu sprechen kommen mit drei Themenfeldern und darauf näher eingehen: Bekämpfung der Armut, Gleichstellung und Bekämpfung von AIDS.

Zunächst **zur Bekämpfung von Armut**: 1,2 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut. Armut gibt es überall auf der Welt, auch in Deutschland. 13,5 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner gelten bei uns als arm. Besonders betroffen sind Arbeitslose, Migrantinnen und

Migranten, Alleinerziehende sowie Kinder und Jugendliche. Ich will nicht falsch verstanden werden: Armut in Deutschland ist aufgrund der sozialen Grundsicherung nicht vergleichbar mit der Not und der Armut der Menschen in Mali, Kambodscha oder wo auch immer auf der Welt. Aber es gibt sie auch bei uns. In unseren großen Städten ist diese Armut sichtbar. 16 Prozent der rund 77.000 Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in der Landeshauptstadt Hannover leben in Armut. In Frankfurt sind es 20.000 der unter 15-Jährigen.

Von den 14,5 Millionen Kindern in Deutschland gelten 2,2 bis 2,8 Millionen als arm. Und wenn man die Entwicklung betrachtet – 2004 waren es nach Untersuchungen noch 1,2 Millionen – kommt es natürlich darauf an, wie man dieser vor allem aus wirtschaftlichen Gründen bedingten Einkommensarmut entgegenwirken kann. Natürlich leisten unsere Städte und Gemeinden in Deutschland erhebliche Aufwendungen, um die Nöte auszugleichen. Der örtliche Träger der Sozialhilfe wendet zum Beispiel für diese Kinder

in unserer Stadt rund 24 Millionen Euro jährlich auf. Hinzu kommen beträchtliche Leistungen für die Familien im Rahmen von Wohngeldbewilligungen und anderen Fördergesetzen des Bundes und der Länder wie Kinder- oder Erziehungsgeld. Zudem haben wir natürlich überall kommunale Sozialdienste, die ein Netz familienorientierter Hilfen bieten.

Die Arbeit ist darauf ausgerichtet, Auswirkungen der Armut aufzufangen und möglichst auszugleichen. Im Einzelnen bedeutet das, dass sowohl Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten und Mitwirkung bei der Vermeidung von Obdachlosigkeit sowie die Regelung von Mietschulden erfolgt. Es gibt familienentlastende Hilfen in den Bereichen Freizeit, Hausaufgabenbegleitung und Kinderbetreuung. Dafür gibt eine Stadt wie Hannover jährlich rund 60 Millionen Euro aus. Ausreichend Kindertagesstättenplätze wirken präventiv. Ihre Verbindung zum kommunalen Sozialdienst gehört dazu.

#### Zur **Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der**

**Rolle der Frauen:** Wir können für Hannover in Anspruch nehmen, dass wir in Niedersachsen 1984 die erste Stadt waren, die die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle beschlossen und eine hauptamtliche Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte eingestellt hat. Und als die Arbeit 1986 aufgenommen wurde, waren wir immer noch die einzige Stadt mit einer solchen Stelle. Stolz sind wir aber auch, weil in den 20 Jahren die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in der Verwaltung ebenso selbstverständlich verankert worden ist wie die der örtlichen Frauenbeauftragten in den einzelnen Fachbereichen.

Das war nicht immer so: Ich erinnere mich gut an die Zweifel und Widerstände, die die erste Frauenbeauftragte überwinden musste und wie sie mit Engagement und zum Teil ungewöhnlichen Ideen für die Sache der Gleichstellung von Frauen und Männern und die Existenzberechtigung ihres Referats kämpfte und nicht immer auf offene Ohren oder auf wohlwollende Berichterstattung traf.

Heute hat Gleichstellungspolitik in der Stadtverwaltung einen festen Platz. Selbstverständlich gehört zu jedem Stellenbesetzungsverfahren das Votum der Gleichstellungs- oder der örtlichen Frauenbeauftragten. Selbstverständlich



werden in jeder Entscheidungsvorlage Gleichstellungsaspekte berücksichtigt. Der Frauenanteil in Führungspositionen ist in den vergangenen 20 Jahren erheblich gestiegen. Arbeitszeitflexibilisierungen und die grundsätzliche Genehmigung von Teilzeitarbeit fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Stufenplan sowie die Regelung zur Personalführung und zur Personalplanung sind bereits im Jahr 2000 vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales als Best-Practice-Beispiele veröffentlicht und seither weiterentwickelt worden.

Zur **Bekämpfung von HIV/AIDS**: In Hannover konnten wir uns den Herausforderungen von AIDS wirksam stellen. Bürgerschaft, Rat und Verwaltung sind solidarisch zur Tat geschritten und haben sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung gewandt. Hierfür stehen neben der hannoverschen AIDS-Hilfe viele Initiativen wie das Aktionsbündnis gegen AIDS und eine Vielzahl von Vereinen, die sich des Themas angenommen haben.

Nicht anders sieht es in unseren Partnerstädten aus, insbesondere in den ärmsten Regionen der Welt. Mehr als 37 Millionen Erwachsene und mehr als 2,2 Millionen Kinder leben weltweit mit HIV/AIDS. Das darf uns nicht unberührt lassen. Wir müssen helfen. Oft reichen die Mittel nicht, sich um Kranke und Schwache zu sorgen, die Ärmsten der Armen in Solidarität zu behandeln. In Hannover sind seit Jahren mit der Millenniumerklärung 2001 Aktivitäten entstanden, die auf die internationale AIDS-Krise aufmerksam machen und Ross und Reiter beim Namen nennen. Wir brauchen Geld, um die dringendsten Probleme zu lösen. Damit die Forderungen nach mehr Engagement gegen AIDS nicht im leeren Raum verhallen, müssen sich Politiker auch persönlich engagieren und Verantwortung tragen.

Wie kann ein Beitrag einer Stadt aussehen? Neben den Aktionen in unserer Stadt bezieht sich unser Beitrag auch auf unsere Städtepartnerschaft mit Blantyre in Malawi. Wir haben diese Partnerschaft seit 1968. Und wir haben in den vergangenen fast 40 Jahre in vielen Bereichen und Gebieten dort geholfen. Wir haben Schulen gebaut, Krankenschwestern ausgebildet, Brunnen gefördert und damit 300.000 Menschen zu einer Wasserversorgung verholfen. Wir haben Stadtplaner, Gartenbaufachleute und Feuerwehrleute ausgebildet.

Malawi ist eines der ärmsten Länder der Erde. Seit 2002 herrscht dort akuter Ernährungsnotstand. Die Lebenserwartung beträgt 29 Jahre, die Säuglingssterblichkeit liegt bei 11,7 Prozent und die Kindersterblichkeit bei 18,8 Prozent. Von den rund zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist jeder fünfte Erwachsene mit HIV infiziert sowie jedes dritte Kind. Wie in den meisten Ländern Afrikas gehört AIDS zum Alltag. Die heutige Elterngeneration ist weitgehend erkrankt oder bereits gestorben. 360.000 Kinder sind als Waisen zurückgeblieben, werden notdürftig oder gar nicht versorgt und leben zum Teil auf den Straßen.

Im Jahr 2001 hat mich ein Brief von einem Pfarrer erreicht, der dort in Blantyre arbeitet. Er schrieb: „Täglich habe ich hier Beerdigungen, täglich sterben Kinder wie die Fliegen.“ In Hannover waren wir uns einig, dass wir das nicht zulassen können. Wir können keine Partnerschaft pflegen und dann so tun, als ginge uns das nichts an. Und so haben wir im Jahr 2002 eine Malawi-Stiftung für AIDS-Waisen gegründet. Vor drei Wochen ist der erste Bauabschnitt eines Zentrums für Aidsweisen in Blantyre eröffnet worden mit einem Gesundheitszentrum, einer Tagesschule und Übernachtungsmöglichkeiten. Die ersten zwei Klassen für jeweils 60 Kinder sind fertig gestellt und Workshopeinrichtungen geschaffen worden.

Dafür haben wir 250.000 Euro gesammelt. Und ich bin sicher, dass wir die noch benötigten übrigen 200.000 Euro auch noch aus der Bürgerschaft zusammentragen werden, um den zweiten Bauabschnitt bis spätestens Ende 2009 fertig zustellen. Hier wurde also nicht nur Hilfe gefordert oder versprochen, sie wurde auch geleistet: durch die vielen Spenden von Einwohnerinnen und Einwohner und der praktizierten Solidarität. Ich will damit nicht kokettieren, aber allein bei meinem 60. Geburtstag und im vergangenen Jahr, als ich aus dem Amt ausgeschieden bin, sind zusammen fast 40.000 Euro Spenden nur für diese Stiftung eingegangen.

Ich empfehle dies zur Nachahmung, wie in vielen anderen Bereichen auch. Denn es gibt nicht nur Blantyre, sondern überall in Afrika, Asien und anderen Teilen der Erde ähnliche Probleme. Wichtig war aber auch, dass durch diese Projekte Menschen in unserer Stadt für die AIDS-Arbeit motiviert werden konnten. In dem wichtigen Bereich der AIDS-

Aufklärung konnte zudem in den Schulen das Leben mit AIDS in einer globalisierten Welt begreifbar gemacht werden.

Aber wir müssen uns weiterhin fragen lassen, ob das angesichts von inzwischen weltweit mehr als 40 Millionen Menschen mit HIV wirklich genug ist. AIDS ist global: Noch immer sterben 8.000 Menschen täglich daran. Am schlimmsten davon betroffen sind die Kinder. Denn als Folge von AIDS müssen bereits heute 13 Millionen Kinder weltweit als AIDS-Waisen aufwachsen.

Auch in Deutschland gibt es Kinder, die von AIDS betroffen sind – sei es, dass sie selbst infiziert sind oder in einer Familie leben, in der ein Angehöriger infiziert ist. Doch in Deutschland haben wir natürlich eine andere Situation: Die Kinder hier werden im Unterschied zu denen in den ärmeren Ländern medizinisch versorgt. Doch darüber hinaus bedürfen auch sie umfassender Hilfs- und Unterstützungsangebote im psychosozialen Bereich, wie Kinder- und Elternfreizeiten und Mutter-Kind-Projekte. In Deutschland ist die größte Sorge dieser Familien die Angst vor Diskriminierung. Auch hier sind wir alle aufgefordert, die Integration von Menschen und Familien mit HIV/AIDS in unserer Gesellschaft zu verbessern – weil uns das alle angeht!

Meine Damen und Herren, zu jedem der acht Millenniumziele könnte und müsste ich lange sprechen. Hier aber nur einige Stichworte:

Primarschulbildung für alle: Hier entscheiden sich die Zukunftschancen. Wenn in Deutschland jedes fünfte Kind mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlässt, ist das ein Skandal. Wer heute nicht in Bildung investiert, versündigt sich an den jungen Menschen. Deshalb brauchen wir die vorschulische Bildung. Wir brauchen nach meiner Überzeugung die Kindergartenpflicht ab dem zweiten Lebensjahr, Ganztagschulen und insbesondere die Förderung der Kinder, die aus bildungsfernen Familien stammen. Man kann doch erst von Integration auch bei uns sprechen, wenn ebensoviel Kinder mit Migrationshintergrund Abitur machen wie Kinder, die einen deutschen Hintergrund haben.

Senkung der Kindersterblichkeit: Mich treibt es wirklich um, dass alle fünf Sekunden ein Kind stirbt, dass täglich auf un-

serer Erde 15.000, 20.000 oder 25.000 Kinder an Hunger sterben oder weil es keine Medikamente gibt. Ich sage noch einmal: Wir müssen von unserem Reichtum abgeben. Für 2.000 bis 3.000 Euro kann in Togo oder in Kamerun ein Brunnen gebaut werden. Hier gibt es viele Initiativen und Aktionen, die in den Städten organisiert werden können. Wir müssen auch mit unseren Stadtwerken und mit den großen Wasserversorgern sprechen. Jeder Wasserversorger müsste eigentlich die Auflage erhalten, mitzuhelfen, und jedes Stadtwerk müsste sich in der so genannten Dritten Welt auch mit um die Wasserversorgung kümmern. So haben wir mit unseren Stadtwerken nicht nur in Malawi, sondern auch in der sehr problematischen Provinz Cauca in Kolumbien ein Projekt auf den Weg gebracht. Auch ein hannoverscher Freundeskreis Togo baut seit Jahren in Togo Brunnen.

Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern: Hier haben wir eine Verpflichtung, der Sterblichkeit von Müttern bei der Geburt ihrer Kinder entgegen zu wirken. Wir können helfen bei der Einrichtung von Vorsorgeuntersuchungs-Einrichtungen. Wir haben in Afrika eine mobile Gesundheitsstation eingerichtet. Mütter pilgern zum Teil 20 Kilometer dorthin, um Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch zu nehmen.

Ökologische Nachhaltigkeit: Klimaschutz, erneuerbare Energien, Reduzierung des Autoverkehrs, energiesparende Gebäude, Passivhäuser, Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs. All dies sind Themen, die uns täglich beschäftigen müssen. Ich möchte – weil hier auch über Visionen gesprochen wurde – an Willy Brandt erinnern, der wirklich ein großer Visionär war. Als er in seinem ersten Bundestagswahlkampf als Kanzlerkandidat 1961 in seinem Programm den blauen Himmel über der Ruhr gefordert hat, ist er belächelt worden. Heute gibt es diesen blauen Himmel zwar aus anderen Gründen, aber damals war das eine Vision, nämlich Umweltschutz zu praktizieren und auch zu propagieren. Ein weiteres Beispiel: Auch die Forderung der Aktion „Mayors for Peace“, bis zum Jahr 2020 alle Atomwaffen auf dieser Welt abzuschaffen, ist eine Vision und wir haben sie weitergetragen als der Bürgermeister von Hiroshima und ich vor zwei Jahren die Ehre hatten, auf der UN-Vollversammlung darüber zu sprechen. Ich will damit sagen: Wir dürfen nicht vergessen, dass



diese unsere Erde uns nur geliehen ist – geliehen, um sie für nachfolgende Generationen zu erhalten!

Aufbau von globalen Partnerschaften: Es wird immer wieder über die Frage gestritten, ob dies eine Aufgabe der Kommunen sei. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an die ersten Partnerschaften, die mit Nicaragua geschlossen wurden. Das einzige Land, das damals von Anfang an verstanden hat, dass Partnerschaften wichtig sind für den Frieden und für die Eine Welt, war Rheinland-Pfalz.

Bezogen auf Europa möchte ich in diesem Zusammenhang die Frage stellen: Glaubt irgendjemand, dass die deutsch-französische Verständigung sich ohne die nahezu 3.000 Partnerschaften der Kommunen so hätte entwickeln können? Ich möchte auch an die unmittelbar nach dem Abschluss des deutsch-polnischen Vertrages geschlossenen ersten drei Partnerschaften von Bremen, Göttingen und Hannover in Polen erinnern. Auch das war ein Akt der Aussöhnung! Regierungschefs können sich treffen, schöne kluge Reden halten und viele Vereinbarungen treffen, aber ohne die Menschen in den Kommunen geht es nicht. Deswegen müssen Bund und Länder kommunale Partnerschaften fördern und dieses auch als ein Instrument

einsetzen. Wir brauchen diese Partnerschaften! Sie sind wichtig, weil sie etwas für die Gesamtgesellschaft tun.

Natürlich werden sich Städtepartnerschaften heute wandeln und verändern müssen. Mehrere Städte können mehr bewegen als eine einzelne Kommune. So haben wir zum Beispiel zusammen mit Wien ein von der EU gefördertes Projekt zur nachhaltigen Stadtentwicklung in Hanoi durchgeführt, ein anderes mit der Stadt Graz in China und das bereits erwähnte Wasserprojekt in der Provinz Cauca in Kolumbien. Ein weiteres Projekt gibt es in Aleppo in Syrien zur Förderung von Kleinunternehmen in einem Innenstadtsanierungsgebiet.

Meine Damen und Herren, man kann viel bewegen, wenn man will. Jeder sollte es neben der wichtigen Tagesarbeit in seiner Gemeinde tun, weil das auch für uns eine Zukunftschance ist. Ich will es gerne wiederholen: Die Millenniumziele gehen uns alle etwas an! Und ich bin sicher, wenn wir – die wir hier versammelt sind – heute in 2.629 Tagen gefragt werden, was habt ihr denn getan, sagen können: Jawohl wir haben mitgeholfen! Und ich hoffe, dass die 189 Regierungen, die die Millenniumziele verkündet haben, dieses auch von sich behaupten können.

Ich danke Ihnen sehr für die Aufmerksamkeit!

## > Fragen

**Ulrich Nitschke:** Bevor ich die Runde gebe, habe ich eine persönliche Frage: Was motiviert Sie, diese internationalen Fragen immer wieder so anzusprechen und auch in dieser Radikalität?

**Dr. Herbert Schmalstieg:** Es ist wirklich eine persönliche Frage. Das liegt vielleicht an meiner Biographie. Mein Vater ist im Krieg gefallen und in meinem Umfeld gab es keinen Reichtum. Ich musste mir alles selbst erarbeiten. Bereits als 14-Jähriger habe angefangen, mich für internationale Fragen zu interessieren. Ich habe damals Schriftwechsel mit mehr als 30 oder 40 Botschaften geführt und mich über die Situation in anderen Ländern informiert – von Venezuela bis zur Schweiz und von der Sowjetunion bis nach Panama. Als ich 1960 als 16-Jähriger in die SPD eingetreten bin, habe ich mich dann mit Fragen der Römischen Verträge beschäftigt und während des Prager Frühlings sehr viele internationale Kontakte gesucht. Dabei war die Frage der Aussöhnung für mich immer entscheidend. Es sollte nie wieder Menschen so ergehen, wie es mir in meiner Jugend ergangen ist. Deshalb war es auch ein bedeutendes Ereignis für mich, als ich am 50. Todestag meines Vaters auf einer deutsch-französischen Konferenz im französischen Senat eine Rede halten durfte.



**Dr. Carola Stein:** Ich komme aus Rheinland-Pfalz. Was mich umtreibt, ist die Frage nach der Verantwortung auch der Regierungen im Süden dieser Welt. Inwieweit können

Kommunen mit ihren Partnerschaften Einfluss nehmen auf die jeweiligen Regierungen, sich mehr den Millenniumzielen zu widmen?



**Monika Dülge:** Ich komme vom Eine Welt-Netz NRW und VENRO. Ich kann hier sehr gut anschließen, denn meine Frage geht ebenfalls in die politische Richtung. Sie haben beeindruckend illustriert, was eine Stadt im Rahmen von Städtepartnerschaften im Süden tun kann. Viele von uns haben gestern den erschütternden Vortrag von Professor Ziegler gehört, der eben auch deutlich gemacht hat, wie Erfolge in der Entwicklungszusammenarbeit durch politische Entscheidungen oder Handeln multinationaler Konzerne immer wieder konterkariert werden. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass in der Europäischen Kommission endlich Schluss gemacht wird mit den absurden Exportsubventionen. Wie können beispielsweise auch Städte darauf Einfluss nehmen, dass dies endlich geschieht und damit der Hunger wirksam gekämpft werden kann?

**Klaus Giesing:** Ich komme vom Zukunftsforum Krefeld. Wie schaffen Sie es sozusagen aus der Kommunalpolitik heraus, auch die Bevölkerung anzusprechen und den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, was sie gewinnen können, wenn sie sich mit Themen der Einen Welt beschäftigen? Welche Mechanismen, welche Strategien versuchen Sie dort anzuwenden?

**Dr. Herbert Schmalstieg:** Es wäre sicherlich ein spannendes Thema für eine der nächsten Veranstaltungen, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie man die so genannten Empfängerstaaten gewinnen kann, die Millenniumziele

umzusetzen. Was ich geschildert habe, mag einigen von Ihnen als „heile Welt“ erscheinen. Aber das war und ist es natürlich auch bei uns nicht. In Malawi zum Beispiel war es sehr schwierig. Obwohl es dort mittlerweile eine demokratische Regierung gibt, ist Korruption ein großes Problem. Wir haben das Geld deshalb auch nicht direkt der Stadtverwaltung gegeben, sondern das Projekt mit einer Hilfsorganisation durchgeführt und auch immer nur nach Baufortschritt gezahlt. Zudem war der frühere Leiter unseres Stadtplanungsamtes einige Male vor Ort, um das Projekt zu begleiten.

Um zu ihrer Frage zu kommen: Man muss natürlich versuchen, auf Partnerländer einzuwirken, in denen es noch keine Demokratie gibt. Ich weiß, dass das leicht gesagt ist. Ich bin selbst einmal bei dem früheren Staatspräsidenten Banda vor die Tür gesetzt worden, als ich kritisiert habe, dass dort Demokraten im Gefängnis sitzen. Trotzdem muss man es versuchen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Veränderung in Europa hätten meiner Ansicht nach auch nicht stattgefunden, wenn es keine Reiseerleichterungen und keine Städtepartnerschaften zwischen bundesdeutschen Städten und DDR-Städten gegeben hätte.

Zur zweiten Frage: Ich war Anfang dieses Jahres privat, aber auch zum Teil offiziell, auf Kuba. Was ich dort gesehen und erlebt habe an Not, Armut und Kriminalität hat mich tief erschüttert. Hier muss sich etwas bewegen – in Deutschland und in Europa. Frau Wierczorek-Zeul und Frau Merkel – das muss ich neidvoll anerkennen – wollen in der Entwicklungszusammenarbeit wirklich etwas bewegen, aber die Europäische Kommission muss sich natürlich auch bewegen.

Natürlich müssen wir auch das Bewusstsein für die Eine Welt bei den Menschen schärfen. Eigentlich müssten wir von jedem Reiseveranstalter verlangen, der Gäste nach Kuba oder nach Kenia bringt, diese nicht nur in abgeschlossenen Hotelanlagen unterzubringen, ihnen zu essen und zu trinken und einen schönen Strand zu geben und sie vielleicht zwei oder dreimal zu Kultureinrichtungen zu fahren. Die Reisenden müssten auch etwas über die Lebensumstände im Reiseland erfahren. Hier stehen wir aber leider noch am Anfang der Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft.

Aber wie ich bereits sagte: Wir müssen vor allem auch auf die Politik einwirken. Die politischen Prozesse sind eine ganz entscheidende Frage. Es ist eine Aufgabe auch der Regierungsvertreter, dass sie bei ihren Besuchen und Konferenzen Probleme direkt ansprechen. Es hilft wenig, wenn Aktivisten wie wir uns alleine darum kümmern.

**Ulrich Nitschke:** Muss man nicht auch gesetzlich etwas ändern? Ich erinnere nur an die Diskussion zur Föderalismusreform II bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Mai, als der Präsident des Deutschen Städtetags von der Kanzlerin gefordert hat, die kommunalen Vertreter von Anfang an an der Gesetzgebung zu beteiligen und woraufhin Angela Merkel auf Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit im Präsidium verwies, der als Ministerpräsident auch die Interessen der Kommunen vertritt. Was würden Sie davon halten, wenn die Kommunen sich selbst vertreten würden?

**Dr. Herbert Schmalstieg:** Sie haben zu Recht gesagt, dass Frau Merkel auf Herrn Wowereit hingewiesen habe. Auch Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust und der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen sind Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages. Das reicht aber nicht aus. Wir müssen direkter beteiligt sein. Ich habe über drei Jahrzehnte immer eine dritte Kammer gefordert und weiß wie problematisch es ist, eine Kommunalkammer einzurichten. Leider hat unsere Verfassung hier einen Mangel. Denn dort wird hergeleitet, dass die Kommunen im Staatsaufbau von den Ländern vertreten werden. Und die haben – ich habe selbst zehn Jahre einem Landesparlament angehört – ihre eigenen Interessen. Als beispielsweise im Vermittlungsausschuss über Hartz IV verhandelt wurde, saß der Vertreter des Deutschen Städtetages vor der Tür und wurde nicht einmal gefragt. Als ich Präsident des Deutschen Städtetages war, konnten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände zumindest einmal im Jahr mit dem Kanzler sprechen und einmal im Jahr wurden sie auch zur Ministerpräsidentenkonferenz eingeladen. Ich will jetzt nicht verraten, wer das war. Aber es waren auch Kommunalfreundliche, die das wieder rückgängig gemacht haben.

## VIII. Schlussworte

### **Dr. Renée Ernst,**

Beauftragte für die Millennium-Kampagne in Deutschland

### **Ulrich Nitschke**

Leiter der Servicestelle Kommunen  
in der Einen Welt/InWEnt gGmbH

**Ulrich Nitschke:** *Ich freue mich sehr, Frau Dr. Renée Ernst von der deutschen Millennium-Kampagne bei den Schlussworten an meiner Seite zu haben, mit der die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt seit zweieinhalb Jahren eine Kooperation pflegt.*

*In 21 Städten in Deutschland haben wir erfolgreich die Millennium-Tore positionieren können. Das erste Mal im Juli 2005 in Bensheim, letztmalig im Oktober 2007 in Cottbus. In fast jeder Landeshauptstadt haben sie gestanden. Wie geht es weiter?*

**Dr. Renée Ernst:** Wir haben die Hoffnung, dass die Millennium-Tore ein großes Finale in Berlin feiern werden. Es war zwar nicht ganz einfach. Aber durch unser gutes Zusammenwirken haben wir nun die Bereitschaft und die Zusage von Bundestagspräsident Norbert Lammert, dass wir die Tore direkt vor den Reichstag platzieren können. Und wir hoffen, dass wir damit auch die Parlamentarier erreichen und deutlich machen können, dass die Millennium-Entwicklungsziele auch ein parlamentarisches Anliegen sein sollten. Denn wir wollen nicht als Funktionäre die Fürsprecher sein, sondern die Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungspolitik bitten, dass Thema sozusagen zu adoptieren. Und wir wollen versuchen, vielleicht sogar eine Sondersitzung im Bundestag zu bekommen. Und dazu hätte ich sehr gerne kommunale Vertreter, die sich als Fürsprecher für die Ziele einsetzen. Das wäre meine Vision, die aber im Augenblick nur eine Vision ist. Aber wie Sie alle wissen: Visionen treiben uns an und das wäre für mich ein phantastischer Abschluss für die Kampagne.

**Ulrich Nitschke:** *Wir sind beide berüchtigt für Visionen – auch in unseren eigenen Teams. Wir haben uns also überlegt, dass wir die 21 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu dieser Abschlussveranstaltung in Berlin einladen, in denen die Tore gestanden haben. Nicht fehlen dürfen natür-*

*lich auch die Bundesländer. Die Bundesländer beabsichtigen ja auch, sich in der Entwicklungszusammenarbeit neu zu positionieren. Sie denken laut oder erst einmal leise in ihren Gremien darüber nach, für das Jahr 2008 einen Ministerpräsidentenbeschluss auf den Weg zu bringen. Das finden wir eine wichtige Anregung. Dabei wird hoffentlich auch die Gemeindehoheit, die bei den Ländern liegt, eine zentrale Rolle spielen. Denn beim Zusammenwirken dieser Ebenen scheint es noch Nachholbedarf auch im Verständnis von Politikerinnen und Politikern zu bedürfen. Und da wollen wir einen kleinen Beitrag leisten über die Millennium-Entwicklungsziele. Inzwischen gibt es etwa 50 kommunale Beschlüsse aus zehn Bundesländern. Auch hier besteht unserer Ansicht nach noch Nachholbedarf. Deshalb wird es eine der wichtigen Aufgaben sein, die Ideen zum eigenen Handeln mit politischen Rahmensetzungen zu verbinden.*

**Dr. Renée Ernst:** Das Zusammenwirken der Akteure ist sehr wichtig. So habe ich das Zusammenspiel von kommunalen Spitzenverbänden mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der UN-Kampagne als sehr positiv empfunden. Als UN-Kampagne arbeiten wir auch Hand in Hand mit der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“. In diesen beiden letzten Jahren der Zusammenarbeit haben wir zudem auch erlebt, dass sich die Qualität verändert hat. Die Diskussionskultur ist besser und tiefer geworden ist. So wird vor Ort konkret mit den Bürgerinnen und Bürgern über Fragestellungen wie Armutsbekämpfung in der Welt gesprochen. In diesem Zusammenhang fand ich sehr interessant, dass Dr. Schmalstieg betont hat, dass die Globalisierung auch die Kluft zwischen Arm und Reich hier bei uns weiter auseinanderdriften lässt und dass dies auch etwas mit Nord und Süd zu tun hat. Die Komplexität dieser Diskussion hoffen wir im nächsten Jahr auffangen zu können, in dem wir ein noch tiefer gehendes Instrument entwickeln wollen. Wir denken dabei an eine Städtetour, in der wir nach dem Vorbild der Bewegung „We are, what we do“ aus England eine Handreihung für Städte mit Ideen zum Handeln entwickeln.

**Ulrich Nitschke:** *Eine Art Städtekatalog also?*

**Dr. Renée Ernst:** Ja, genau. Darüber hinaus gibt es eine neue Bewegung mit dem sehr schönen Namen „Utopia“ und dem Nachsatz „Wir fangen schon einmal an“. Und das





ist genau das, was ich auch erlebe. Bei den Diskussionen in den Städten zeigt sich sehr häufig, dass die Bürgerinnen und Bürger viel weiter sind als die Regierungen. Bei den Menschen ist bereits viel an Bewusstsein vorhanden. Das zeigt sich auch an den ständig wachsenden Bioverbänden und an den Bioläden, die mittlerweile immer größer werden. Dagegen habe ich bei der Regierung häufig das Gefühl, dass man sie erst zum Jagen tragen muss. Bislang haben Politikerinnen und Politiker immer noch die Ansicht, dass sie mit Themen der Entwicklungszusammenarbeit keine Wahl gewinnen zu können.

**Ulrich Nitschke:** *Herr Kreher hat das in der Podiumsdiskussion aber heute deutlich abgeschwächt und gesagt, dass der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Schuster damit Wahlkampf gemacht hat.*

**Renée Ernst:** Das ist wunderbar, aber immer noch eine löbliche Ausnahme. Deshalb wäre mein Ansatz, noch viel konkreter auf die Politikerinnen und Politiker zuzugehen. Und das können wir nur, wenn wir eine starke Bürgerbewegung haben, die ihnen signalisiert, dass immer mehr Menschen Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich als ein zentrales Thema erleben und sie vielleicht sogar die Parteiprogramme einmal danach durchstöbern, wie sich die

Parteien denn eigentlich zu entwicklungspolitischen Themen stellen und das vielleicht sogar Wahl entscheidend für sie werden könnte.

**Ulrich Nitschke:** *Mit diesem kleinen Ausblick auf das Jahr 2008 möchte ich die Veranstaltung hiermit beenden. Frau Ernst werden Sie sicher noch häufiger auch in Städten erleben und sie dort begrüßen können. Vielen Dank.*

**Dr. Renée Ernst:** Dankeschön und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit!

## IX. Rahmenprogramm



### **Abendempfang im Alten Rathaus der Stadt Bonn**



### **Orgelkonzert in der Alten Kirche**

Als kleine Überraschung hatte sich die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zum Ende des zweiten Konferenztages am 19. Oktober 2007 etwas Besonderes einfallen lassen: Der Regional- und Münsterkantor Markus Karas aus Bonn spielte an der Klais-Orgel von 1911 des Collegium Leoninum Bonn. Auf dem Programm standen:

Robert Jones (\*1945)

Intrada

Romance

Johann Sebastian Bach (1685-1750)

Adagio C-Dur, BWV 564,2

Ludwig van Beethoven (1770-1827)

Allegretto aus: Fünf Stücke für Flötenuhr

Léon Boëllmann (1862-1897)

Priere à Notre Dame aus der Suite Gothique

César Franck (1822-1890)

Choral Nr. 3 a-Moll



# X. Anhang

## **Fachkonferenz**

### **„UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog“**

## PROGRAMM

---

### **Donnerstag 18.10.07**

Ab 14:00 Akkreditierung und Imbiss - Vestibül vor der „Alten Kirche“

15:30 Begrüßung und Eröffnung - Alte Kirche

**Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin Stadt Bonn**

**Dr. Carola Donner-Reichle, Bereichsleiterin InWEnt, MDG-Beauftragte**

15:45 Eröffnungsrede mit Diskussion und Fragen - Alte Kirche

**Erich Stather, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

16:45 bis 17:45 Podiumsdiskussion - Alte Kirche

„Millenniumentwicklungsziele – was hat das mit meiner Kommune zu tun?“

Moderator: Ulrich Nitschke

PodiumsteilnehmerInnen:

- **Bärbel Dieckmann, RGRE, Vizepräsidentin (deutsche Sektion)**
- **Monika Dülge, VENRO, Vorstand**
- **Dr. Renée Ernst, Beauftragte für die UN-Millenniumkampagne in Deutschland**
- **Sven Harmeling, Germanwatch, Referent Klima und Entwicklung**

18:15 Gemeinsamer Gang zum Empfang der Stadt Bonn (Treffpunkt Hotelfoyer)

18:30 Empfang der Stadt Bonn - Altes Rathaus

---

### **Freitag 19.10.07**

9:00 - 9:15 Begrüßung und Einführung zu 4 parallelen Workshops - Alte Kirche

Moderation: Ulrich Nitschke, Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt

9:30 Vier parallele Workshops - Erster Durchlauf

#### **Workshop 1 – Fairer Handel und Faire Beschaffung - Alte Kirche**

Moderator: Dr. Stefan Wilhelmy, Servicestelle/InWEnt

Rapporteur: Walter Leitemann, Deutscher Städtetag

Referenten:

- *Christoph Bartscher, Stadt Bonn, Zentrale Dienststelle für das Vergabewesen - Nachhaltige Beschaffungspolitik in Kommunen*
- *Renate Hechenberger, Landeshauptstadt München, Büro 3. Bürgermeister - Kommunale Ansätze der Stadt München im Bereich Nachhaltiges Wirtschaften*
- *Helga Jänsch, Stadt Dortmund, Agenda-Büro - Das Dortmunder Aktionsbündnis „Hauptstadt des Fairen Handels“*
- *Helfried Wollensak, Stadt Ravensburg, Hauptamtsleiter – Ravensburg grenzenlos fair*

### **Workshop 2 – Kommunale Partnerschaften – Hofgarten 1**

Moderatorin: Silvia Hesse, Stadt Hannover

Rapporteur: Uwe Prüfer, VENROB

Referenten:

- *Rüdiger Bednarz, Bürgerinitiative „Halver hilft Matara“ – zum Wiederaufbau in der Region Matara (Sri Lanka) nach der Flutkatastrophe 2004*
- *Beate Bröcker, Stadt Magdeburg / Sonja Eberle, DWHH – Partnerschaft mit der Deutschen Welthungerhilfe für ein Projekt im Westen Angolas (Mangue)*
- *Dr. Carola Stein, Ministerium des Innern Rheinland-Pfalz – 25 Jahre Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz*
- *Thomas Fettback, Oberbürgermeister Stadt Biberach/Riß – Städtepartnerschaft: Biberach – Telawi (Georgien)*
- *Karin Gleixner, Stadt Nürnberg, Amt für Internationale Beziehungen – Die gelebte Städtepartnerschaft zwischen Nürnberg und San Carlos (Nicaragua)*

### **Workshop 3 – Finanzierungsmodelle – Hofgarten 2**

Moderatorin: Monika Dülge, Eine Welt Netz NRW

Rapporteur: Alexander Kreher, Stadt Stuttgart

Referenten:

- *Hans Clasen, Rhein-Sieg-Kreis – EU-Projekt zur Unterstützung des Aufbaus der Kommunalverwaltung in Kambodscha*
- *Andreas Rosen, Stiftung Nord-Süd-Brücken – Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ostdeutscher Nichtregierungsorganisationen zu den MDGs*
- *Dr. Rüdiger Schlaga, Landeszentrale für politische Bildung – Aktionskreis Millenniumziele 2015 in Mainz und Rheinland-Pfalz*
- *Silvia Starz, Deutscher Fundraising Verband – Fundraising für Kommunen und öffentliche Einrichtungen*
- *Dagmar Vogt-Sädler, Stadt Neuss, Umweltamt – Sozial und ökologisch verantwortliche Geldanlage – auch für Kommunen – Oikocredit*

### **Workshop 4 – Klimaschutz und Energie – Atrium**

Moderator: Ulrich Nitschke, Servicestelle/InWEnt

Rapporteur: Simon Burger, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Referenten:

- *Josef Ahlke, Stadt Erfurt, Stadtentwicklungsamt – Erfurts (Bildungs-)Projekte im Bereich Klimaschutz und Energie*
- *Dr. Maria Hohn-Berghorn, Stadt Bonn, Internationale Angelegenheiten – Internationale Kontakte zwischen Bonn und Usbekistan – mehr als nur Austausch*
- *Gerald Knaut, Forum Umwelt und Entwicklung – Was hat der Einsatz erneuerbarer Energien (in D und EL) mit Armutsbekämpfung zu tun?*
- *Silke Lunnebach, Klimabündnis europäischer Städte e.V. – Welche Möglichkeiten haben deutsche Kommunen sich für eine zukunftsfähige und klimafreundliche Entwicklung zu engagieren?*
- *Dr. Gerhard Osadnik, Stadt Gelsenkirchen, Umweltamt – Gelsenkirchen auf dem Weg zur Solarstadt*

10:45 – 11:15 Pause (Kaffee, Tee, Snacks) – vor den Workshopräumen

11:15 – 12:30 Fortsetzung WS – Erster Durchlauf

### **12:30 Mittagessen – Leo's Bistro**

14:00 Vier parallele Workshops – Zweiter Durchlauf

**Bitte den Workshop nach vorher getroffener Auswahl wechseln!**

15:15 – 15:45 Pause (Kaffee, Tee, Snacks) – vor den Workshopräumen

15:45 – 17:00 Fortsetzung WS – Zweiter Durchlauf

17:15 – 17.45 Kleine Überraschung – Alte Kirche

Optional 18:30 Treffpunkt gemeinsame Fahrt zum Bonner UNO-Gespräch - Hotelfoyer

19:00 Vortrag „Das tägliche Massaker des Hungers – wo ist Hoffnung?“ -  
Prof. Jean Ziegler, UN Sonderberichterstatler  
Bundeskunst- und Ausstellungshalle

---

### **Samstag 20.10.07**

9:00 „Frühschoppen“ – Alte Kirche

Zusammenführung der Ergebnisse aus den Workshops vom Vortag

Moderator: Michael Marwede, Servicestelle/InWEnt

Podium:

- Walter Leitemann, Deutscher Städtetag (WS1)
- Uwe Prüfer, Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg (WS2)
- Alexander Kreher, Stadt Stuttgart (WS3)
- Simon Burger, Deutscher Städte- und Gemeindebund (WS4)

10:00 Kurze Pause – Vestibül vor der Alten Kirche

10:30 Vortrag: „Management des Klimawandels. Welche Lösungsstrategien können auf kommunaler Ebene zum Klimaschutz beitragen?“

**Prof. Dr. Helmut Mayer, Universität Freiburg, Meteorologisches Institut**

11:15 Vortrag: „Die Bedeutung der kommunalen Ebene für konkrete Beiträge der Umsetzung der Millenniumentwicklungsziele“

**Dr. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister Hannover a.D.**

12:00 Schlussworte

- Renée Ernst, Beauftragte für die UN-Millenniumkampagne in Deutschland
- Ulrich Nitschke, Servicestelle/InWEnt

Anschließend Möglichkeit zum Besuch des UN-Tags auf dem Bonner Marktplatz (vor dem Alten Rathaus) mit zahlreichen Präsentationen und Veranstaltungen zu den Millenniumszielen

siehe: Programmflyer der Stadt Bonn

# Teilnehmerliste

1	Ahlke, Josef	Stadt Erfurt, Lokale Agenda 21
2	Baltsch, Josef	Journalistin
3	Bartscher, Christoph	Stadt Bonn, Liegenschaftsamt
4	Becker, Christian	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
5	Bednarz, Rüdiger	Bürgerinitiative "Halver hilft Matara"
6	Bittner, Eva	Deutsche Welthungerhilfe, Öffentlichkeitsarbeit
7	Böker, Brigitte	Rhein-Sieg-Kreis, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit
8	Bolze, Jens	Stadt Darmstadt, Leiter Agenda21-Büro
9	Boppel, Chris	Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration, NRW, Referatsleiter Eine Welt
10	Bröcker, Beate	Landeshauptstadt Magdeburg, Beigeordnete, Dezernat V
11	Dr. Burckhardt, Gisela	Entwicklungspolitische Gutachterin
12	Clasen, Hans	Rhein-Sieg-Kreis, Leiter Schulamt
13	Dahlberg, Kerstin	Hansestadt Bremen, Senat für Umwelt, Bau Verkehr und Europa
14	Däubler, Ralf	Bad Säckingen, Umweltbeauftragter
15	Dieckmann, Bärbel	Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn
16	Disser, Ulrich	Stadt Hofheim am Taunus, Umweltbeauftragter
17	Dr. Donner-Reichle, Carola	InWEnt gGmbH, MDG-Beauftragte
18	Dülge, Monika	Eine-Welt-Netz NRW
19	Dwors, Vera	Exile Kulturkoordination e.V.
20	Eberle, Sonja	Deutsche Welthungerhilfe, Öffentlichkeitsarbeit
21	Dr. Eicker, Bernd	Bürgermeister der Stadt Halver
22	Dr. Ernst, Renée	UN-Millenniumkampagne Deutschland
23	Esch, Anja	wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Gabriele Groneberg, MdB
24	Fettback, Thomas	Oberbürgermeister der Stadt Biberach
25	Gauer-Süss, Gertraud	Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung
26	Giesing, Klaus	Zukunftforum Krefeld e.V., KlimaCup und Mpumalangaforum NRW
27	Gleixner, Karin	Stadt Nürnberg, Amt für Internationale Beziehungen
28	Gordon, Tina	Brot für die Welt/EED, Koordinationsstelle Fairer Handel
29	Gruszinkat, Claudia	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
30	Handschuh, Alexander	Deutscher Städte- und Gemeindebund
31	Harmeling, Sven	Germanwatch, Referent f. Klima und Entwicklung
32	Harten, Albrecht	Bürgermeister von Cuxhaven
33	Hastedt, Manfred	Stadt Chemnitz, Leiter Umweltzentrum
34	Hechenberger, Renate	Landeshauptstadt München, Büro 3. Bürgermeister
35	Heckmann, Friedrich Wilhelm	stellv. Bürgermeister a.D.
36	Hesse, Silvia	Landeshauptstadt Hannover - Leiterin Integration und Agenda 21
37	Hirn, Gerhard	Journalist
38	Dr. Hohn-Berghorn, Maria	Bundesstadt Bonn- Leiterin Vorstandsreferat 01
39	Hölcker, Norbert	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
40	Jäger, Johanna	Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen e.V.
41	Jänsch, Helga	Stadt Dortmund, Agendabeauftragte
42	Kattentidt, Nolten	Stadt Münster, Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit
43	Knauf, Gerald	Forum Umwelt und Entwicklung
44	Knöss, Marianne	Stadt Hofheim am Taunus, Stadtverordnete u. Kreistagsabg.
45	Kolbe, Lena	Tourismus & Congress GmbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler
46	Krämer, Klaus	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
47	Kraetsch, Reiner	Ausschuss für intern. Angelegenheiten der Stadt Bonn
48	Dr. Krasa, Gottfried	Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Umweltrecht

49	Kreher, Alexander	Landeshauptstadt Stuttgart - Leiter Stabsabteilung für europ. /intern. Angelegenheiten
50	Kron, Susanne	Stadt Heidelberg, Agenda-Büro
51	Kudermann, Melanie	Stadt Heidelberg, Agenda-Büro
52	Lange, Benjamin	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
53	Leitermann, Walter	Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) / Deutscher Städtetag
54	Lenz, Peter	Stadt Karlsruhe, Hauptamt
55	Leuschner, Claudia	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
56	Dr. Likafu, Mboyo	Pädagogisches Zentrum Aachen e.V.
57	Lunnebach, Silke	Klimabündnis europäische Städte e.V.
58	Marwede, Michael	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
59	Prof. Dr. Mayer, Helmut	Meteorologisches Institut Universität Freiburg
60	Mende, Claudia	freie Journalistin für eins Entwicklungspolitik
61	Metzger, Christine	World Konferenz Center Bonn
62	Moll, Claudia	Don Bosco Jugend Dritte Welt e.V.
63	Dr. Moser, Peter	gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung dezentraler Energietechnologien
64	Müller, Carola	EU-Beauftragte der Stadt Lörrach
65	Müller, Ernst	Stadt Speyer, Hauptverwaltung
66	Müller, Paul	Stadt Hattingen, Büro Umweltschutz
67	Nitschke, Ulrich	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
68	Ohlert, Werner	Partnerschaft Piela-Bad Münstereifel e.V.
69	Olma, Reinhild	Agenda21 Beauftragte der Stadt Bassum
70	Dr. Osadnik, Gerhard	Stadt Gelsenkirchen, Leiter Umweltamt
71	Pakleppa, Hans	Kultur Transnational e.V.
72	Pfeiffer, Hans-Joachim	Eine Welt AG Agenda21 Stadt Lennestadt
73	Pietruschka,	Heinz Stadt Oldenburg, Büro für Kommunalpartnerschaften
74	Prüfer, Uwe	Verbund der Entwicklungspolitischen NRO Brandenburg e.V.
75	Pursej, Mona	Koordinatorin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW, Eine-Welt-Forum Aachen e.V.
76	Rienesl, Alexander	Agenda21-Eine Welt-Koordination Stadt München
77	Ritter, Julia	Christoffel-Blindenmission e.V.
78	Rodemann, Lucie-Maria	Agendabeauftragte der Stadt Dinslaken
79	Rosen, Andreas	Stiftung Nord-Süd-Brücken
80	Scheelje, Dirk	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
81	Dr. Schlaga, Rüdiger	Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
82	Dr. hc Schmalstieg, Herbert	Oberbürgermeister a.D. der Landeshauptstadt Hannover
83	Schütz-Lembach, Gabriele	Stadt Aachen, Umweltamt
84	Sonnet, Peter	Pressesprecher der Stadt Troisdorf
85	Starz, Silvia	FundNet - Beratung und Dienstleistung
86	Staatssekretär Stather, Erich	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbei und Entwicklung
87	Dr. Stein, Carola	Ministerium für Inneres und Sport - Referat Entwicklungszusammenarbeit
88	Dr. Stremplat-Platte, Petra	Deutsche Gesellschaf für Technische Zusammenarbeit
89	Stercken, Angela	Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration
90	Vogt-Sädler, Dagmar	Stadt Neuss, Leiterin Umweltamt
91	von Sydow, Paula	Stadt Oldenburg, Büro für Kommunalpartnerschaften
92	Wachsmann, Lutz	Stadt Hilden, Leiter BM-Büro
93	Wahl, Martin	Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft gGmbH
94	Dr. Weber, Ulrich	Lüner-Eine-Welt-Netz
95	Wilhelm, Christian	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
96	Wolbring, Renate	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt
97	Wollensak, Helfried	Stadt Ravensburg, Leiter Hauptamt

## „Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet“

**ERNÄHRUNG** Der UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler spricht von zwölf Milliarden Menschen, die auf der Erde problemlos ernährt werden könnten. Kritik übt er an der Weltbank, dem Währungsfonds und den USA, die das Recht auf Nahrung negierten

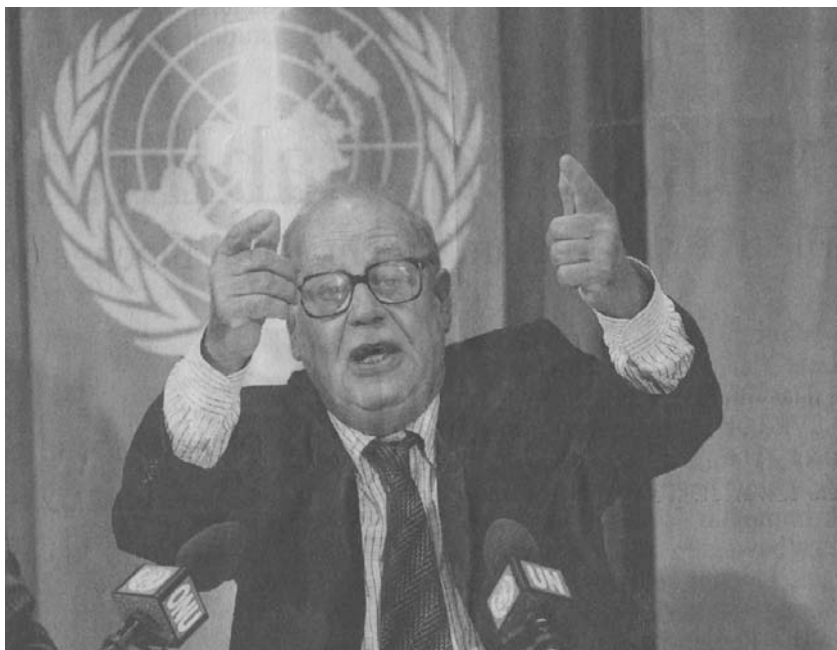
Von **Lutz Warkalla**

**BONN.** Wer Jean Ziegler einlädt, weiß, worauf er sich einlässt. Der 73-jährige Schweizer, ehemaliger Soziologieprofessor in Genf und Paris, langjähriger Abgeordneter der Sozialdemokraten im Schweizer Nationalrat und seit dem Jahr 2000 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, ist kein Freund geschliffener diplomatischer Formulierungen. Er liebt die klare Sprache, ist ein Freund der Provokation. Und weil er kein Hehl daraus macht, dass er von multinationalen Konzernen, von Raubtierkapitalismus und ungezügelter Liberalisierungseuphorie gar nichts hält, lieben ihn die Globalisierungsskeptiker.

Jean Ziegler als Redner beim achten Bonner UNO-Gespräch am Freitagabend, das hatte für ein volles Haus im großen Saal der Kunst- und Ausstellungshalle gesorgt. Und er enttäuschte niemanden. Scharfzüngig, provokant, faktenreich, bisweilen mit trockenem Schweizer Humor, widmete er sich dem Thema „Das tägliche Massaker des Hungers – wo ist Hoffnung?“ Zu Beginn ein Kant-Zitat: „Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.“ Damit, so Ziegler, „sind wir bei der totalen Aktualität des Hungers.“

Die Zahlen: 845 Millionen Menschen waren im letzten Jahr stark unterernährt – „verstümmelt durch Hunger“, wie Ziegler es formuliert. Jeden Tag sterben 24 000 Menschen an Hunger, nimmt man die unmittelbaren Folgen des Hungers dazu, sind es 100 000 Tote täglich. Alle vier Minuten verliert jemand sein Augenlicht wegen Vitamin-A-Mangel. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren. „Wenn wir hier also eine Dreiviertelstunde reden, werden wieder 428 Kinder verhungert sein.“

Dass der Hunger zunimmt, statt abzunehmen, ist für Ziegler unerträglich, der Hinweis auf das Bevölkerungswachstum nur eine Ausflucht. „Es geht um Menschen,



**Kritik an den UN:** Sonderberichterstatter Jean Ziegler erhebt schwere Vorwürfe.

FOTO: DPA

die vernichtet werden durch diese absurde Weltordnung.“ Absurd, weil die Erde nach Angaben des Welternährungsberichts problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte – das doppelte der Weltbevölkerung. Hunger muss heute kein Schicksal mehr sein, so Ziegler. Und dann der Satz, den er hier nicht zum ersten Mal sagt: „Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.“

Was sind die Ursachen? Ziegler ist zu klug, um die „große Komplexität“ dieser Ursachen, ihr unterschiedliches Zusammenwirken nicht wahrzunehmen. Aber er lässt keinen Zweifel, was er für den wichtigsten Grund hält: Die „tödliche Schizophrenie“ des UN-Systems, in dem viele Organisationen „eine großartige Arbeit machen“ für mehr „planetarische soziale Gerechtigkeit“ und im Kampf gegen den Hunger – und gleichzeitig andere UN-Einrichtungen wie der Weltwährungsfonds oder die Weltbank, aber auch die Welthandelsorganisation und die USA „genau das Gegenteil machen und das

Recht auf Nahrung negieren“. Natürlich sei es nicht so, dass diese Institutionen oder die USA die Realität des Hungers nicht wahrhaben wollen: „Es ist die neoliberale Weltanschauung, die sagt, dass der Markt den Hunger beenden wird, wenn sich die Produktionskräfte dank Liberalisierung und Privatisierung so entwickelt haben, dass auf alle der goldene Regen fällt.“

Aber das, so Ziegler, funktioniert nicht. 15 Jahre Globalisierung hätten die Weltwirtschaft zwar enorm angekurbelt, aber „der Hunger steigt, die Epidemien steigen, die Zerstörung der Menschen durch extreme Armut steigt“. Selbst die humanitäre Hilfe funktioniert nicht mehr, sagt er. In Darfur könne das Welternährungsprogramm nur Tagesrationen von 1 600 Kalorien verteilen, obwohl die Weltgesundheitsorganisation als Minimum 2 200 Kalorien als Existenzminimum bezeichne. „Die Vereinten Nationen organisieren die Unterernährung“, klagt Ziegler, weil zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird. Der Grund werde offen ein-





**Anstehen für Nahrung:** Frauen aus einem Lager von Hochwassergeschädigten in Bangladesch warten auf die Essensausgabe.

FOTO: DPA

geräumt: Priorität habe der Kampf gegen den Terrorismus, die Sicherheits- und Militärinvestitionen, auf Kosten der humanitären Hilfe.

Die „mörderische EU-Agrarpolitik“, die mit ihren direkten und indirekten Subventionen die afrikanische Landwirtschaft zerstöre, die Auslandsschulden („ein mittelalterliches Folterinstrument“), die vielen armen Ländern keinen Spielraum lassen für soziale Investitionen, multinationale Konzerne wie Nestlé, die als Hauptakteure der Globalisierung heute „mehr Macht haben als alle Kaiser und Könige der Vergangenheit“, sich aber nur der Gewinnmaximierung verpflichtet sehen – seit Jahren prangert Ziegler unermüdlich an, was er als Ursache des Massakers des Hungers sieht.

Doch Ziegler klagt nicht nur, er fordert auch ganz konkrete Schritte. In dieser Woche wird er in seinem Bericht vor den Vereinten Nationen in New York für ein fünfjähriges weltweites Moratorium für die Herstellung von Biokraftstoffen und ein Asylrecht für Hungerflüchtlinge plädieren. Auch er sieht die Notwendigkeit des Kampfes ge-

gen den Klimawandel, zu dem Biokraftstoffe einen Teil beitragen könnten. Aber die Umwidmung von Nahrungsmittel produzierendem Landwirtschaftsboden zur Herstellung von Biokraftstoffen ist für ihn „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“: Für die Produktion von 50 Litern Bioethanol benötige man 232 Kilo Mais, argumentiert Ziegler, „davon kann ein Kind in Sambia oder Mexiko ein Jahr lang leben“. Das Moratorium soll den Konzernen die Möglichkeit geben zu erforschen, wie sich Biokraftstoffe herstellen lassen, ohne die Nahrungsmittelproduktion zu beeinträchtigen: durch die Nutzung von agrarischen Abfällen oder unwirtschaftlichen, bisher nicht der Produktion dienbaren Flächen.

Mit der Forderung nach einem Recht auf provisorisches Asyl für Hungerflüchtlinge reagiert Ziegler auf das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer, wo Tausende jeden Monat auf der Flucht vor Armut und Elend ertrinken. „Das sind Hungerflüchtlinge, keine Wirtschaftsflüchtlinge“, sagt Ziegler, sie brauchen Hilfe, nicht Abweisung durch die Festung Europa. Sein Kalkül: Wenn

die Staaten verpflichtet werden, sie vorübergehend aufzunehmen, bis die Ursache, der Hunger, beendet ist, wächst der Druck, mehr zur Bekämpfung des Hungers zu tun.

Und die Hoffnung? Ziegler zitiert Jean-Paul Sartre: „Wer die Menschen liebt, muss hassen, was sie unterdrückt, nicht wer.“ Ihm geht es um strukturelle Veränderungen, er setzt auf die „Macht der Scham“, die auch die Verletzer von Menschenrechten wie dem Recht auf Nahrung nicht ungerührt lässt. Seine Verbündeten sieht er nicht bei großen Politikern, die sich auf der „Zirkusveranstaltung von Heiligendamm“ getroffen haben, sondern in der neuen Kraft der „planetarischen Zivilbewegung“ – von Greenpeace über die brasilianische Landlosenbewegung bis zu attac. „Alles ist möglich“, glaubt Ziegler, „wir können die Politik zwingen, anders zu handeln.“ Das Ziel sei klar, es stehe in der Menschenrechtserklärung. Wie man dahin gelange, sei offen. Und er schließt mit einem Zitat von Pablo Neruda: „Sie können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling beherrschen.“

# XI. Publikationen

*Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen).  
Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.*

## **Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:**

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005.
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007.
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.

## **Material-Reihe der Servicestelle**

- Nr 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.

- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten.
- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.

#### **Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle**

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (Dezember 2006) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]

#### **Sonstige Publikationen der Servicestelle:**

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle [Englisch und Deutsch]
- Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)

- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

#### **Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:**

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayor's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26<sup>th</sup> March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **\*\*\*Eine-Welt-Nachrichten\*\*\*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

## XII. Über uns

### Eine Welt beginnt vor Ort

Immer mehr Entscheidungsträger aus deutschen Städten und Gemeinden erkennen das vielgestaltige Potenzial, das die Realisierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit für ihre Kommune und weltweit in sich trägt. Sie wissen, ein Engagement für die Eine Welt ist für Städte und Gemeinden in Deutschland und in den Partnerländern in vielerlei Sicht ein Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren gleichermaßen vom Standortfaktor „Internationalität“.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie, als Akteure in Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik, dieses oft noch brachliegende Potenzial für sich vor Ort und Ihre kommunalen Partner weltweit zu entdecken und zu nutzen.

### Welche fachlichen Themen und Leistungen bietet Ihnen die Servicestelle?

Die vier kommunalen Zukunftsthemen sind:

- Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog,
- Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften,
- Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen - Zusammenarbeit mit Diasporen,
- Faires Beschaffungswesen - der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Städte und Gemeinden rund um die Zukunftsthemen zu informieren, beraten, vernetzen und qualifizieren ist Auftrag der Servicestelle. Dabei bieten wir Ihnen nicht nur:

- vielfältige Publikationen, wie unsere Dialog Global und Materialreihe,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- unsere umfangreiche Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)

Hier stehen sämtliche Publikationen der Servicestelle zum Download bereit und Sie erhalten neben aktuellen Informationen und umfangreichen Links die Möglichkeit zur Nutzung unseres Finanzierungsratgebers und ModeratorInnen-Netzwerks.

Sondern auch:

- persönliche, kostenlose Beratung, gern auch vor Ort in Ihrer Stadt oder Gemeinde,
- Veranstaltungen: Workshops, Netzwerktreffen, Konferenzen u.a.,
- Wettbewerbe und
- Fachveranstaltungen und individuelle Beratung in Ihrer Region.

Unsere Motivation sind Ihre Ideen und Konzepte, Ihre Kreativität und Ihr Durchhaltevermögen. Kommunales Engagement für die Eine Welt kann für alle Beteiligten gelingen – wir unterstützen Sie gern dabei!



#### Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 1600

Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1601

[www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)

## **InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH**

steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Ihre Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte und an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und erreichen jährlich rund 55.000 Personen.

Die Programme und Maßnahmen von InWEnt zielen darauf, Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen zu fördern:

- Sie stärken individuelle Handlungskompetenzen,
- erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen
- und verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene.

Das methodische Instrumentarium ist modular verfügbar und wird den jeweiligen Anforderungen lösungsgerecht angepasst. Neben face-to-face-Situationen in Bildungs-, Austausch- und Dialogveranstaltungen nimmt die Vernetzung durch E-Learning einen breiten Raum ein. Die Partner von InWEnt sitzen gleichermaßen in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern.

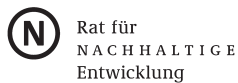
Gesellschafter von InWEnt sind die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Wirtschaft und die Länder.

InWEnt entstand in 2002 durch die Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).



**InWEnt –  
Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH**  
Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn  
Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 0  
Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1766  
[www.inwent.org](http://www.inwent.org)





Die Servicestelle in der InWEnt gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

**Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund,

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Deutsche UNESCO-Kommission e.V.